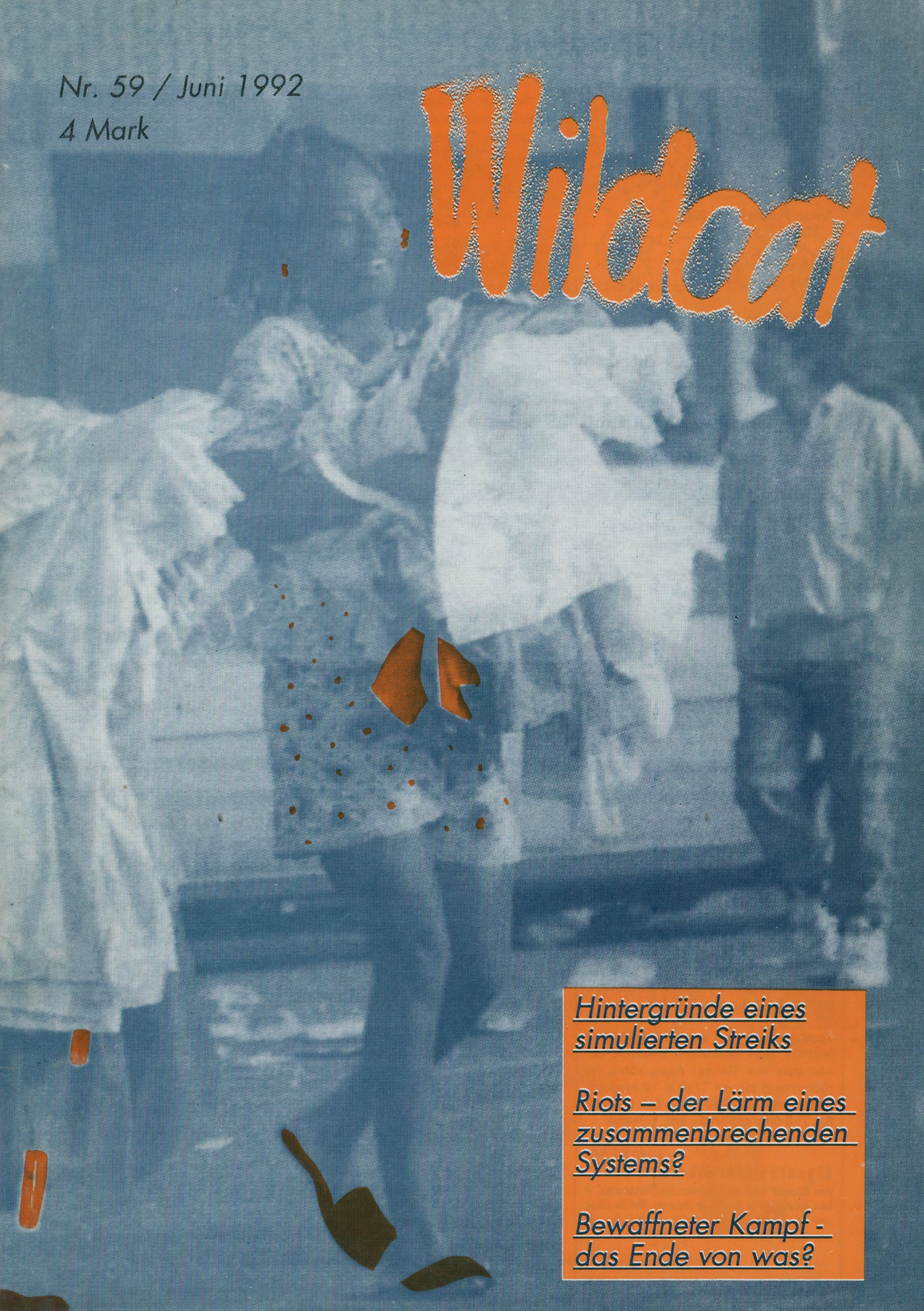
Nr. 59 / Juni 1992
4 Mark

Wildcat



Hintergründe eines simulierten Streiks

Riots – der Lärm eines zusammenbrechenden Systems?

Bewaffneter Kampf - das Ende von was?

Kontaktadressen der Wildcat:

Sisina, Postfach 360 527,
1000 Berlin 36 - 030/6121848

Sisina, Postfach 301 206
5000 Köln 30

Wildcat, Postfach 306 325,
2000 Hamburg 36

Postlagerkarte 17 26 49 E,
7800 Freiburg

Wildcat im Friedensbüro, M2, 15b,
6800 Mannheim

. . Wir suchen noch Weiter- .
. . . verkäuferInnen, bitte . .
. . . wendet Euch an uns! . .

Buchbestellungen, Abos von Wildcat und TheKla an die Berliner Adresse.
Überweist den entsprechenden Betrag an Sisina, Postgiroamt Berlin, Kto-Nr. 31502-109

Wildcat: Einzelheft 4 Mark,
Abo 6 Hefte 20 Mark

TheKla:

- *TheKla 10*: Zerowork - Klassenkämpfe in den USA und weltweit in den 70er Jahren ..... 10 Mark
- *TheKla 11*: "Let's Get Organised" (Sept.89) – Erfahrungen aus Jobberaktionen ..... 5 Mark
- *TheKla 12*: Arbeit, Entropie, Apokalypse und andere Texte der Midnight Notes. Außerdem: Lordstown - Produktive Sabotage ..... 5 Mark
- *TheKla 13*: Klassenkämpfe im Sozialismus (Polen, China) – Klassenkämpfe in Westeuropa, Krankenschwestern in Frankreich .... 5 Mark
- *TheKla 14*: Ölwechsel – Schuldenkrise; Golfkrieg; Zionismus - Mißgeburt der Arbeiterbewegung ..... 6 Mark

!!!endlich erschienen!!!

- *TheKla 15*: Schichtwechsel – Fiat und die ArbeiterInnen ..... 6 Mark

(jeweils zuzüglich 2 Mark Versandkosten, bei Großbestellungen weniger)

TheKla gibt's jetzt auch im Abo. Wer jetzt 24 Mark überweist, bekommt die nächsten vier Bände. Abos könnt ihr rückwirkend bis zur TheKla 10 machen, dann kostet das T10 11,–, T11 6,-, T12 6,-, T13 6,- und T14 6,- *inkl.* Versand.

V.i.S.d.O ist P. Müller

Eigentumsvorbehalt
Diese Zeitung ist Eigentum des Absenders. Eine "Zurhabenahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile an den Absender zurückzuschicken.

San Francisco, 1. Mai 1992

Liebe wildcat/Deutschland,

großer Riot hier letzte Nacht! Gruppen junger Schwarzer stürmen in feine Hotels und rufen »Die Reichen müssen sterben!« Mehr als 100 Läden geplündert, Polizeimotorrad abgebrannt, "Ausnahmezustand" verhängt (zum ersten Mal seit dem Erdbeben von 1906), fünf Polizisten verletzt... Riots auch in Berkeley, Oakland, San Jose, Atlanta, Seattle... Washington DC? Detroit? New York? – Es ist schwer, Infos zu bekommen, aber wir erwarten, daß der Aufruhr weitergeht... Natürlich, in Los Angeles haben sich Riots, Plünderungen und Brandstiftungen ausgeweitet. Das Radio hat gerade gebracht, daß ein geplünderter und abgefackelter Supermarkt das Graffiti trug »Tonight L.A.P.D.« [Heute nacht Los Angeles Police Department]. Noch wurden meines Wissens keine Polizisten getötet... Alle "Protest"-Aktionen – Riots – sind deutlich außer Kontrolle jeglicher Möchtegern-Autoritäten. In L.A. gab es größere Plünderungen und Brandstiftungen gerade einen Block von der pazifistischen Kirchenveranstaltung entfernt. Auf einer Protestversammlung, an der ich teilnahm, die mit etwa 400 Leuten begann, versuchten verschiedene linke Gruppen eine Demo anzufangen, ohne Erfolg. Es ging los, als eine Gruppe von etwa 30 meist schwarzen und Hispano-Teenagern anfing, die Straße entlang zu rennen und Schaufenster einzuwerfen. Der Rest folgte seiner proletarischen Avantgarde. Dann gab es Steine auf die Polizei, viele zerstörte Fenster von Regierungsgebäuden, Sprühereien und Plünderungen. Ich hörte zahlreiche klassenbewußte oder nicht-rassistische Bekundungen wie »Es geht nicht um Schwarz und Weiß«, »Besorgt's den Reichen« usw. Schwarze zeigten oft völlige Solidarität mit uns Weißen, während sie riefen »Seize the Time« und andere Slogans aus der Zeit der Black Panthers. Allerdings wurde ich auch seitlich auf den Kopf geschlagen von einem Schwarzen, der auf dem Gehweg an mir vorbeiging – ohne ersichtlichen Grund, einfach blinde Aggression. NEIN zur selbstverwalteten Konterrevolution! Hier in S.F. sind die Dinge am nächsten Tag "unter Kontrolle". In L.A. geht es den ganzen Tag weiter. Einige von uns diskutieren darüber, ein Flugblatt zu schreiben, das die Überwindung der Warenbeziehungen auf der Ebene der Zirkulation feiert... aber ich werde morgen wohl die Stadt verlassen. Klar, Ihr Deutschen habt euren eigenen Spaß auf der Ebene der Produktion! Müllstreiks, Generalstreik im Öffentlichen Dienst von 2 Millionen? Wir werden im Juni viel zu reden haben, falls unser Treffen nicht durch die Weltrevolution unterbrochen werden sollte. Mögen die Plünderungen nie aufhören!

S.

P.S. Ich bin jetzt quer durch die USA unterwegs. In der Nacht, nachdem ich den Brief schrieb, wurde ich – zusammen mit weiteren 850 Leuten – in San Francisco bei einer Massenverhaftung im Zuge der "Ausnahmezustand"-Straßenkontrollen eingebunkert. 850 Leute wurden 36 Stunden lang festgehalten, weil sie in der Nähe eines Platzes waren, auf dem eine Demo sein sollte.

Bis bald (irgendwo in Nevada, 5.5.92)

weitere Leserbriefe diesmal auf Seite 34 f.

Gaps in Time – Gaps in Space

Auch diese Nummer kommt wieder später als angekündigt – der vor zwei Jahren begonnene zweimonatliche Rhythmus läßt sich nicht durchhalten.

Uns kostet dieser Rhythmus viel Kraft, er ist ein dauernder Balanceakt mit der anderen politischen Arbeit. In einer Zeit, wo so viel passiert wie heute, können wir uns nicht einschließen, um die Zeitung fertigzumachen. Aber andererseits brauchen wir in solchen Zeiten auch die Analyse und die Diskussion, und es gibt kaum noch linksradikale Zeitungen, die über die reine Info-Ebene rausgehen.

Wir haben diese Nummer in einem großen Kraftakt fertiggestellt, sie enthält viele Einzelarbeiten, viel "work in progress", wir wissen um den Mangel, aber aktuelle Einschätzungen sind jetzt wichtiger für die Diskussionen als gute, kollektive Papiere, die in fünf Monaten erklären, daß wir vor fünf Monaten hätten praktisch eingreifen sollen!

Bei uns kommt dazu, daß wir mitten in den Vorbereitungen für ein zweites europaweites Treffen stecken, das vom 19.6. bis 22.6. in der Nähe von Berlin stattfinden wird.

Wir werden dort erste Ergebnisse unserer Untersuchungsarbeit zusammentragen (moderne Fabrik; Dienstleistungsbereich; Migration) und in weiteren Arbeitskreisen über unsere Untersuchungsmethoden, Eingreifmöglichkeiten sowie das Verhältnis von Selbstorganisierung und Gewerkschaft diskutieren. Es sind noch einige Plätze frei, wer Interesse hat, sollte sich bis Anfang Juni in Berlin melden!

In diesem Sinne ... die 59!

Berlin, 15.5.92

Zur aktuellen Streikwelle
Hintergründe – eines simulierten Streiks ..... S. 2

Wir müssen noch üben S.11
Interview mit Hamburger Bankarbeitern

Der Stahlstreik, der nicht stattfand S.14

Asturien zur Stunde des Requiems S.17

Der Streik der Busfahrer in Madrid S.19

Da werd ich auf meine alten Tage noch zum Revoluzzer S.21
Interview zum Streik der LehrerInnen in Berlin

Riots
Der Lärm eines zusammenbrechenden System? S.23
Die Wutexplosionen in den französischen Vorstädten . S.24
Die fröhlichen Rodeos von Königs-Wusterhausen S.30
Aufstand in der Stadt der Engel S.32

Briefe aus Paris, Athen und Stockholm zu Migration ... S.36

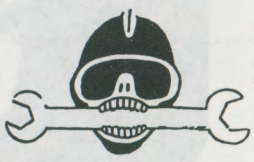
Interview zur Lage in Kurdistan/Türkei S.38

Lohnkampf im ungarischen Gesundheitswesen S.41

Autoindustrie: Just im Streik? S.42

Vom Nutzen eines Skandals - Zur BASF-Datenaffaire .. S.50

Bewaffneter Kampf
Sechs Thesen, vier Mythen, zwei Wege ein Ziel S.52
Buchbesprechungen:
S.Seifert, Lotta Armata S.55
N.Balestrini, Der Verleger S.56



Das Bild der Straßenkehrer, die am Samstag, den 2. Mai – zwei Tage vor "Streik"-Beginn – Kreuzberg säubern, ist übrigens aus der "Streikzeitung" der ÖTV!

Hintergründe

Klassenkampf!

Im Jahr nach der größten imperialen Machtentfaltung seit Vietnam stoßen die imperialistischen Zentren gegen die am meisten totgeschwiegene, vernachlässigte und durch Krisenangriffe gebeutelte Kraft: die Arbeiterklasse. Die kapitalistischen Zentren sind verschuldet wie noch nie, und die Klasse weigert sich zu bezahlen. Im Gegenteil: Die Krise der Arbeit(smotivation) hat Japan erreicht, in den USA erlebt der "proletarische Einkauf" eine neue Blüte, in der BRD läuft die größte gewerkschaftliche Streikwelle seit 20 Jahren.

Die herrschenden politischen Methoden sind überall in einer tiefen Krise. Der östliche Staatskapitalismus ist als erster zusammengebrochen, aber um die innere Verfaßtheit der "parlamentarischen Demokratie" ist es nicht viel besser bestellt. Die Menschen haben ein tiefes Mißtrauen gegen "die da oben" in Gewerkschaften, Parteien und Regierungen. Gleichzeitig droht jeder Versuch, von "Beteiligung", "Tarifkonflikt" und ähnlichen "Mehr-Demokratie-wagen"-Dynamiken aus dem Ruder zu laufen. "Nach elf Tagen Streik dachte unsere Basis, sie können alles erreichen, was sie sich wünschen" (Wulf-Mathies).

Es spricht alles dafür, daß die Arbeiterklasse in der BRD das "Wiedervereinigungs-Trauma" überwunden hat. Der gemeinsame Feind ist ausgemacht, man lernt voneinander, es gab erste gemeinsame Streiks. Die "große Sympathie" für den ÖTV-Streik ist der Ausdruck davon, daß die Klasse sich schon in ihrer Neuzusammensetzung erkennt: es geht nicht mehr "Blaumänner" gegen "Weißkittel", "Krawattenhengste" gegen "Fließbandochsen", die Datentypistinnen haben den gleichen Haß auf ihre Arbeit wie die Fließbandmalocher, und die Müllkutscher haben streikende BankarbeiterInnen gesehen. Gleichzeitig sind die Jugendlichen wieder in Bewegung gekommen.

Die Integrationskraft des Kapitalismus hat sich in der Phase seines scheinbar größten historischen Triumphs (dem "Sieg über die Oktoberrevolution") erschöpft. Das "deutsche Modell" bezog seine Stabilität aus der Fähigkeit, den Klassendruck und Impulse aus sozialen Bewegungen in Reformen umzusetzen. Das ist inzwischen nur noch auf "europäischer" Ebene finanzierbar. Die Vereinigung Europas gewinnt eine nicht vorhergesehene Dynamik.

Aber wir vertrauen auf keine "Zusammenbruchstheorie". Der Kapitalismus wird nur überwunden, wenn eine revolutionäre Kraft entsteht, die stark genug dazu ist, die eigene Utopien, neue Formen des Umgehens miteinander und des Austauschs mit der Natur entwickelt. Nachdem die Klasse in den letzten Jahren alles verweigert hat (den Nationalismus, das Opfer-bringen, das gewerkschaftliche Streik-Schauspiel) und damit das Kapital in die Krise gebracht hat, stellt sich die Frage nun zunehmend andersherum, als Frage nach der Revolution.

Die Rioters in den USA brachten viel Lebensfreude und gesellschaftliche Ausstrahlung rüber. Sie haben die rassistische Scheiße und die Drogenökonomie des Gettos aufgebrochen. Dieses deutliche "Nein" zum Kapitalismus in einem seiner Zentren wurde weltweit gehört. Ist es der Beginn des Kampfes einer neu zusammengesetzten Klasse wie die Watts-Riots 1965?

eines simulierten

Der Staat kann seine Finanzkrise nur durch das Abwälzen der Kosten auf die Klasse zu lösen versuchen: weitere Steuern und Tariferhöhungen sind bereits angekündigt – wie werden die Formen von Widerstand dagegen sein? Poll tax riots in Deutschland? Revolte des Brötchens wie im Januar in Italien? Mal sehen ....

Vielleicht werden ja bis zum Erscheinen dieses Hefts aus den multinational zusammengesetzten Zentren der Klassenmacht in Deutschland, den Metallfabriken, heraus bereits die Lunten gezündet sein. Denn die IGM ist in der gleichen Zwangslage wie die ÖTV, hat es aber mit einer wesentlich militanteren Basis zu tun....

Die bleiernen 80er Jahre sind jedenfalls vorbei. Und wenn es so dicht nach den Streikbewegungen in den Banken und dem Öffentlichen Dienst nun zu Streiks in den Druckereien und den Metallfabriken kommt, könnten sich in diesem Sommer ganz viele Fragen, ganz schnell, ganz praktisch neu stellen ...

Auf seiten der Linken sind die Mythen am Zusammenbrechen bis hin zur Auflösungserklärung einer RZ. Das kann zu Scheingefechten führen – es kann aber auch den Weg dafür freimachen, daß sich wieder mehr Leute auf das beziehen, was um uns rum passiert.

Es wäre der Mühe wert!

Der Streik als Spektakel

Wie kaum ein Streik vorher war der Tarifkampf der ÖTV Anfang Mai ein Medienereignis. Dort wurde nach außen das Bild einer massiven Störung des öffentlichen Leben vermittelt: verwaiste U-Bahnhöfe, sich auftürmende Müllberge, liegengebliebene Post, blockierte Flughäfen. Wer aber versucht, sich genauer umzutun, mit den Streikenden zu sprechen, konnte schnell feststellen, daß die eigentlichen Subjekte, die ArbeiterInnen, bei diesem Streik weitgehend abwesend waren. Entsprechend charakterisieren die Medien dieses Ereignis: »Streik: Eine Frau gegen den Kanzler«, titelt der Stern, »Alle Räder stehen still, wenn die starke Monika es will«, witzelt der Radio-Reporter.

Wir wollen kein falsches einheitliches Bild von diesem Streik vermitteln. In einigen Bereichen und Städten gab es eine aktive Beteiligung am Streik, untergründige Aktionen von Leuten, denen das gewerkschaftliche Streikkonzept zu lahm erschien. In vielen Betrieben wird es wieder normal, über Streik zu reden. Viele Erlebnisse – gerade in bisher streikfernen Bereichen wie den Banken – vermitteln eine neue Lust zu streiken. Aber es scheint auch dort sehr wenig eigene Initiative zu geben. Vielleicht noch am ehesten, wenn Streikende vom Arbeitgeber eingeschüchtert werden, und es mehr braucht, als nur die Anweisungen des Gewerkschaftssekretärs zu befolgen, um den Streik hinzukriegen, wo Streik ein

Streiks

Eisenbahner in Hamburg (30.4.92):
Beim ICE-Betriebswerk in Eidelstedt waren die Kollegen der Wartung zum Streik aufgerufen. Aber das Prestigeobjekt ICE sollte nach dem Willen der Gewerkschaft nicht völlig bestreikt werden. Doch spontan gingen Kollegen auf die Schienen und blockierten die Depots. Der BGS marschierte auf, griff aber nicht ein. Die Gewerkschaft hatte vergeblich versucht, die Aktion zu beenden und rief schließlich als Gegenleistung für die Beendigung der Blockade den Bahnhof Altona in den Streik.
Beim S-Bahn-Betriebswerk in Ohlsdorf – wo nicht gestreikt wurde (außerdem haben U-Bahn und Busse einen eigenen Tarif) – hatten am Dienstag (28.4) Eisenbahner am Ausgang des S-Bahndepots einen Zug durch falsche Weichenstellung entgleisen lassen und so das Depot blockiert. Leider ging es nach 1-2 Stunden wieder weiter.

Der Poststreik in Hamburg
Der Streik im Postamt 3 begann bereits am Freitag vor dem offiziellen Streikbeginn. Ein ständiger Konflikt war der Einsatz von Beamten als Streikbrecher. Die Gewerkschaft protestierte und weitete daraufhin mehrmals die Streiks aus. Beim Paketpostamt wurden allerdings nicht einmal die ein- und ausfahrenden LKW blockiert. Als in der zweiten Streikwoche Beamte aus kleineren Ämtern mit LKWs zu Streikbrucheinsätzen ins Postamt 3 und Paketpostamt gefahren wurden, rief die DPG zu einem regionalen »Generalstreik« im Großraum Hamburg auf. Zur morgendlichen Kundgebung kamen 10.000 Postler, bis die Gewerkschaft die Teilnehmer

erfahrbares Stück Grenzüberschreitung ist. Und es gibt eine – für manche – überraschende Sympathie in der Bevölkerung und unter den ArbeiterInnen für die Streiks.

Nur, es sind nicht ihre. Die Berichte von einzelnen KollegInnen über den Streikablauf wiederholen sich: An der Eingangstür zu ihrem Arbeitsplatz werden sie von Gewerkschaftsvertretern empfangen, die sie oft genug aus der Arbeit gar nicht kennen, die ihnen erklären, daß heute gestreikt wird. Sie sollen ins Gewerkschaftsbüro oder in ein Streiklokal gehen und stempeln. Dann können – oder sollen – sie nach Hause gehen. Entsprechend wenig ist von den streikenden ArbeiterInnen selber in der Öffentlichkeit zu merken. Wenn es Versammlungen gibt, dann sind es von der Gewerkschaft arrangierte Pressetermine für stilvolle Fotos oder zentrale Kundgebungen, zu denen die Streikenden wie zu einer üblichen Betriebsversammlung herbeigeordert werden. »Was tut man nicht alles für das Streikgeld«, war der Kommentar eines Teilnehmers. »Es ist im Grunde, als ob wir für ein paar Tage einen anderen Chef hätten, die Gewerkschaft« – ein anderer Kommentar.

Es gibt auch selten Kontakt der Streikenden mit den Leuten, und das, obwohl es sich um Streiks in Bereichen handelt, die vornehmlich mit Menschen zu tun haben. Stattdessen können wir morgens am Frühstückstisch ein paar um Verständnis heischende, absolut uninformative Anzeigen der ÖTV in der Zeitung lesen. Diese Groteske geht teilweise so weit, daß ArbeiterInnen morgens in der Zeitung lesen, daß in ihrem Betrieb gestreikt wird, um sich dann wie gewohnt an ihren Arbeitsplatz zu begeben – und mangels der Organisation eines Streiks zu arbeiten!

Streik – ohne die Wirtschaft zu gefährden

Das Streikkonzept der Gewerkschaft ÖTV war, in einigen neuralgischen Bereichen die öffentlichen Dienstleistungen zu blockieren, wie Busse und Straßenbahnen, Müllabfuhr und Flughäfen – ohne dafür eine massenhafte und aktive Beteiligung der ArbeiterInnen selber riskieren zu müssen. So wurden z.B. Flughäfen allein durch den Streik der Flughafenfeuerwehr lahmgelegt, Schulen wurden geschlossen, weil sich die Hausmeister im Streik befanden und morgens den Haupthahn der Wasserleitung nicht aufdrehten. Müllabfuhr und öffentlicher Nahverkehr sind zudem die traditionell »starken« Bereiche der Gewerkschaft, wo der Streik auch durchgezogen werden kann. Zusätzlich wurden auch »neue« Bereiche in den Streik einbezogen, wo es bisher keine Streikerfahrungen gab. – Es gab aber für die Gewerkschaft auch das Problem, daß Bereiche einbezogen würden, die sich in den letzten Jahren eigenständig bewegt hatten (Krankenhaus, teilweise der Erziehungsbereich).

Andererseits hat die ÖTV darauf geachtet, so wenig wie möglich »wirklichen« Schaden anzurichten, sprich: den Gang der Wirtschaftsgeschäfte zu stören. Bei der Post wurden z.B. geschäftliche Sendungen bevorzugt weitergeleitet. Eine Blockade des Güterverkehrs bei der Bahn, der Energieversorgung oder der Telecom hätte weite Teile der Produktion lahmlegen können – passierte aber nicht.

Streik – ohne die ArbeiterInnen

In diesem Streik entstand bei den ArbeiterInnen kein Gefühl der eigenen Macht, es gibt keine Ansätze selbständiger Organisierung- und Handlungsfähigkeit. »Organisation« – das ist die Institution ÖTV, die sich mit der Urabstimmung von den Mitgliedern nur die Legitimation besorgt, streiken zu dürfen, aber wie stets selbstherrlich darüber entscheidet, wo gestreikt wird und wo nicht. Nach ihren Satzungen sind die Gewerkschaftsvorstände durch Urabstimmungen zu nichts gezwungen – ein positives Ergebnis für Streik heißt noch lange nicht, daß auch gestreikt wird. Und keine Belegschaft hat das Recht, selber zu entscheiden, ob sie streikt oder nicht. Das ist das deutsche demokratische »Streikrecht«, das zur Zeit als Vorbild für ganz Europa gehandelt wird.

Die ÖTV ließ zwar von Anfang an durchblicken, daß der Streik auch für sie mit Risiken behaftet ist, daß er Erwartungen weckt und Emotionen schürt, die sie vielleicht nicht mehr kontrollieren kann. Aber in diesem Streik konnte sie es – auch wenn in einigen Städten und Ämtern die Arbeit nicht so unverzüglich wieder aufgenommen wurde, wie sie es verordnet hatte. Das Ergebnis der Urabstimmung – 56% gegen die Annahme der Lohnerhöhung von 5,4% – bestätigt diese Einschätzung nur: wäre es ein Streik der ArbeiterInnen selber gewesen, hätte sich die Gewerkschaft nicht derart unverfroren über dieses Votum hinwegsetzen können. Daran zeigt sich, wie schon beim nicht eingetretenen Stahlstreik (siehe dazu den Artikel weiter hinten), auch die Äußerlichkeit dieser Streiks gegenüber den ArbeiterInnen selbst – es gibt einen verbreiteten Unmut über das Verhalten der Gewerkschaftsbosse, aber keine eigenständige Initiative um *diese* Streiks in die eigene Hand zu nehmen. (Wir wollen uns nicht prophetisch betätigen und Überraschungen sind immer möglich – Stand dieses Artikels ist der 14. Mai 92.)

Streik – ein Naturereignis?

Das äußere Bild in den Städten hatte sich zwar durch den Streik des Nahverkehrs merklich gewandelt, ließ jedoch von einem *Streik*, also von einer *Bewegung* der ArbeiterInnen kaum etwas erkennen. Der Streik erschien vielmehr wie etwas, das naturbedingt da ist und wofür niemand so recht verantwortlich gemacht werden kann. Das lag nicht nur an der Abwesenheit der »kämpfenden ArbeiterInnen« im öffentlichen Raum. Dahinter steckte auch das allgemeine und richtige Gefühl, daß dieser Streik nur Teil einer umfassenderen wirtschaftlichen und politischen Krise ist, die in den letzten vier Jahren des nationalen Überschwangs herangereift ist. Diese Krise wurden in den Medien seit Anfang des Jahres in erster Linie als die Frage »Wer soll die Wiedervereinigung weiter bezahlen?« behandelt. Die Presse rechnete einem zwar vor, daß es bei diesem Streik nur um 25 Mark brutto mehr oder weniger geht – aber alle wissen, daß dies nur der oberflächliche Anlaß ist. Weite Teile der Bevölkerung sehen die grundsätzliche Frage darin, wer die finanziellen Lasten zu tragen hat, wieviel sich der »kleine Mann« noch zumuten lassen muß, und verknüpft mit dem Streik die Hoffnung, sich gegen die Plünderungen wehren zu können. Der Streik als Spektakel sollte das Gegenteil erreichen: vorführen, daß es nichts mehr zu verteilen gibt, daß ab nun gespart werden muß und daß im übrigen auch das Kämpfen keinen Sinn hat. Ein schlechter Tarifabschluß kann immer dann besser durchgesetzt werden, wenn er erstreikt wurde. Vielleicht brauchte es gerade dafür eines für den öffentlichen Dienst außergewöhnlichen langen Streiks, auch wenn er für die Gewerkschaften mit der Gefahr des Kontrollverlustes verbunden ist.

aufforderte, »spontan« zum Postamt 3 zu ziehen, um aktiv den Streikbruch zu verhindern. Dort wurde gefordert, daß die 240 zwangsverpflichteten Beamten das Gebäude verlassen. Der Hauptredner ritt vor allem darauf herum, daß der Einsatz von Streikbrechern den Streiks eskalieren würde – was sie ja nicht wollten, nun aber müßten – und appellierte an die "Vernunft" der Oberpostdirektion. Lobend hoben sie das – übrigens nicht eingehaltene – Versprechen des Amtsvorstehers des Paketpostamts hervor, auf Streikbrecher zu verzichten. Der Höhepunkt der Show war erreicht, als der Amtsvorsteher des Postamts 3 (2.500 Beschäftigte) auf den Streiklaster stieg und sich an die »Kolleginnen und Kollegen« wandt. Er sei für die schnellste Beendigung des Streiks und würde daher auf den Einsatz von »amtsfremden« Beamten verzichten. Außerdem »werden Sie ja – wie mein Eindruck ist – deren Einsatz entschlossen verhindern«. Als Gegenleistung nahm die Gewerkschaft die Mehrheit der Streiks zurück. Es klang alles sehr nach einem abgesprochenen Ritual. In der Mittagspause kamen die meisten Beamten unter großem Applaus aus dem Gebäude. Als zur Spätschicht die Streikbrecher ankamen, waren alle Eingänge blokkiert und ein GdP-Sprecher forderte sie auf, nach Hause zu gehen.

Im Widerspruch zu diesem offiziellen Ritual stand die kämpferische Haltung der meisten KollegInnen, die den Streik sehr wohl als ihre Sache betrachteten. Ihnen ist einfach der Kragen geplatzt, und der Gewerkschaftsaufruf kam da gerade gelegen, den Unmut loszuwerden. Dabei scheint sich ein eher pragmatisches Verhältnis zur Gewerkschaft zu äußern, auch bei unteren Funktionären. Es geht eher darum, »Spaß zu haben«, nicht arbeiten zu müssen und weniger um die Unterstützung der gewerkschaftlichen Kampagne.

Genau das macht die Streiks auch für die Regierung interessant. Nach dem Ende des Streiks im öffentlichen Dienst erklärte ein Regierungsvertreter, man habe mit der Ablehnung des Schlichterspruchs bewußt den Streik riskiert, um damit klarzumachen, daß kein Geld mehr da ist. Diese Krise ist zunächst mal durch ökonomische Eckdaten bestimmt: nach der Wiedervereinigung versprach die Regierung, daß es im geeinten Deutschland *allen* besser gehen werde – offensichtlich war sie sich der Grenzen des nationalen Gefühls schon damals so bewußt, daß sie es mit materiellen Vorteilen zu untermauern versuchte.

Bisher wurde nicht das angekündigte »Aufbauwerks« einer großdeutschen Ökonomie im nationalen Rausch angepackt, sondern der Sozialstaat umgewandelt: aus einer kapitalistischen Einrichtung, die den sozialen Frieden und die Leistungsbereitschaft der ArbeiterInnen garantieren soll, in eine große Alimentierungs- und Umverteilungsmaschine. Die neuen rechtlichen Konstruktionen wie Kurzarbeit zu null Stunden auf ein oder zwei Jahre hinaus, Frühverrentung mit Mitte 50, eine Fülle von selbstverwalteten Projekten auf ABM-Basis, sind nicht darauf zugeschnitten, eine ganze Arbeiterklasse, die gerade mit ihrem planwirtschaftlichen Kapitalismus gebrochen hat, zur produktiven Lohnarbeit anzuhalten. Schon bald nach Kohls Wahlsieg war klargeworden, daß die Arbeiterklasse im Westen ihre »Leistungsbereitschaft« in den Dienst dieses Projekts stellen sollte. Eine Arbeiterklasse, die noch unmittelbar vor der Vereinigung ihre Ansprüche an dem laut Kanzler »längsten Boom in der Nachkriegsgeschichte« angemeldet hatte.

Daß es heute aber allen politischen Verantwortlichen so schwer fällt, Vorschläge zu machen, die ernsthaft umgesetzt werden können – man erinnere sich des ganzen Eiertanzes um Ausdehnung der Wochenarbeitszeit, Einführung von Karenztagen, Kürzung der Ministergehälter usw. -, hat Gründe, die tiefer reichen als das rein finanzielle Debakel. Alle gesellschaftlichen Institutionen und ihre Vermittlungsleistungen für das Funktionieren der Gesellschaft sind in die Krise geraten. Die Schwierigkeiten wurden deutlich, als gleichzeitig mit dem Streikbeginn im öffentlichen Dienst der Rücktritt Genschers eine Krise in den Regierungsparteien auslöste. Der neue Befreiungsdruck, der in der Auflösung der staatskapitalistischen Diktaturen sein Symbol gefunden hat, macht nicht halt vor den westlichen Institutionen einer demokratischen Diktatur des Kapitals. Egal welche Autoritäten es auch seien, sie werden schon durch die bloße Ähnlichkeit zu den Praktiken des Staatskapitalismus in Mitleidenschaft gezogen. Weggefallen ist das jahrelange Legitimationsschema der moralischen Überlegenheit des »freien Westens« gegenüber dem Osten – aufmerksame Konservative warnen schon seit einiger Zeit, daß dadurch das ganze System der Demokratie in die Krise geraten könnte. Die Gewalttätigkeit und der unterdrückerische Charakter der westlichen Gesellschaftsordnungen liegen nun nackt zutage. Mehr noch als durch die Zugewinne rechtsradikaler Splitterparteien bei den letzten Landtagswahlen sehen daher die Herrschenden ihren Konsens durch die massive Stimmenthaltung bedroht. Politik erscheint als das dreckige Geschäft, was es ist: Korruption, Bereicherung, Machterhalt. Und auch die vermittelnden Instanzen, die den Klassendruck in Schranken halten könnten, funktionieren nicht mehr hinreichend – auch die Gewerkschaften sind von dieser Krise nicht verschont geblieben.

Die herrschende Clique ist sich ihres Dilemmas bewußt: einerseits bräuchten sie den weiteren Boom, um die Finanzkrise in den Griff zu bekommen, andererseits produzierte gerade dieser Boom, jene »sieben fetten Jahre«, von denen nun ständig die Rede ist, die Ansprüche und Forderungen, die eingedämmt werden müssen. Die Krise beginnt, die Fundamente des sozialen Konsens anzugreifen, wie es auch die ZEIT erkannt hat, die sich in die Apokalypse flüchtet. »Wir müssen es schaffen, die Gesellschaft wieder zu humanisieren und die Gier (!) der Bürger zu

ÖTV-Streik in Braunschweig (04.05.92)

Bei uns im Städt. Klinikum kümmerten sich die meisten gewerkschaftlichen Kollegen am Vorabend durch Anruf bei unserem Vertrauensmann darum, ob gestreikt wird. Sie erschienen dann heute morgen auf der Arbeit - nicht um Streikposten zu stehen, sondern um für sich selbst zu sichern, daß sie ihren Stempel für das Streikgeld bekommen. Auch die für heute angesetzte Demo (quer durch die Stadt, zusammen mit den KollegInnen vom Arbeitsamt), wurde von vielen meiner Kollegen unter dem Motto "Beschwerlich zwar, aber was tut man nicht alles für das Streikgeld" wohl eher als eine Ersatzarbeit aufgefaßt als eine kämpferische Manifestation. Der Streik bei uns läuft streng getrennt nach Gewerkschaftsmitgliedschaft, nur wer drin ist, streikt. Das führt dazu, daß bei uns von 10 Leuten, die heute arbeiten sollten, 7 streikten, und der Rest gearbeitet hat. In anderen Bereichen sind die Quoten wesentlich schlechter: Techn. Dienst (Elektriker, Schlosser, Klempner): ca. 50% im Streik, Haus- und Hofkolonne: ca. 20% im Streik, Küche: wird nicht bestreikt (angeblich, weil die ÖTV die Essenversorgung für die PatientInnen sicherstellen wollte, von anderen Kollegen hab ich aber gehört, daß dort niemand organisiert ist). Der Pflegebereich und die Verwaltung ist noch nicht einbezogen worden.

Die Demo durch die Stadt hatte dann auch durch und durch den Charakter einer Gewerkschaftsveranstaltung: Wenig Leute (ca. 200, aufgerufen waren die Bereiche Städt. Klinikum, Arbeitsamt,

zähmen. Ohne Wandel kann der liberale Rechtsstaat nicht überleben. Vielleicht brauchen wir eine kleine Katastrophe (!), um die ausufernden Ansprüche der Menschen wieder auf das herkömmliche Maß zurückzustutzen.« Was darf es sein? Eine handfeste Wirtschaftskrise mit neuen Suppenküchen, hätte das Erdbeben im Rheinland ein paar Nummern härter ausfallen sollen, noch ein paar kleine oder große Kriege?

Vier Jahre aufgestauter – und neuer – Klassendruck

Im Herbst 1989 standen die Zeichen auf Sturm. Die Unternehmer malten »Düstere Aussichten für das Tarifjahr 1990« an die Wand, Großunternehmen hatten sich schon mit Abschlagszahlungen vor drohenden Nachschlagforderungen zu schützen gesucht. Unmittelbarer Hintergrund war in der Metallindustrie der 1987 abgeschlossene Lohntarifvertrag mit drei Jahren Laufzeit, der den ArbeiterInnen mitten im Boom Reallohnverluste beschert hatte – die gewerkschaftliche Arbeitszeitverkürzungspolitik machte es möglich. Will man den offiziellen Zahlen glauben, dann haben sich die Reallöhne wie folgt entwickelt: 1986 gab es nach den Jahren der Wirtschaftskrise zum ersten Mal wieder eine Reallohnsteigerung, von 4,1%, dann 1987 von 1,9% und 1988 von 2,0%. Im folgenden Jahr sackten die Reallöhne wieder um 0,8% ab, 1990 stiegen sie um 4,8% und 1991 fielen sie wieder um 0,4%.

Diese Reallohnentwicklung spiegelt die politische Situation wider. 1990 waren deutliche Lohnerhöhungen fällig, die Gewerkschaft selbst versuchte das leidige Thema »Arbeitszeitverkürzung« vom Tisch zu bekommen, schielte aber andererseits auch bereits auf lohndämpfende Wirkungen der deutschen Wiedervereinigung – was sich dann 1991 dank welthistorischer Ereignisse wie Zusammenbruch des Sozialismus und Golfkrieg erfüllte. Über den neuen Lohndruck haben wir Anfang 90 in der Wildcat 49 ausführlicher diskutiert und Überlegungen angestellt, ob und wie sich aus den zuspitzenden Verteilungskämpfen sprengendere Kämpfe entwickeln könnten. Damals schrieben wir: »In diesem Sinne liegt in den kommenden Lohnkämpfen eine Perspektive für den Klassenkampf – aber nur in dem Maße wie die ArbeiterInnen darin ihre eigene Organisierung und Macht entwickeln.« Die jetzige Streikwelle ist ein Beispiel dafür, wie eben das zunächst verhindert werden konnte.

Lohnpolitische Zugeständnisse sind trotzdem nötig – teilweise allein aufgrund der arbeitsmarktpolitischen Situation. In vielen Niedriglohn-Branchen werden Arbeitskräfte knapp. Für Facharbeiter ist ein Job im öffentlichen Dienst wegen der im Vergleich zur Industrie geringeren Löhne uninteressant. Und die Vorstellung, das ostdeutsche Arbeitskraftpotential würde diese Lücken füllen, hat sich nicht im erforderlichen Maße bewahrheitet. In vielen unbedeutenderen Branchen wurde nach dem Stahlstreik vergleichsweise »hoch« abgeschlossen: Holzindustrie bei 6,95% nach einem Schlichterspruch von 6,2%, KFZ-Handwerker in NRW 7,1%, was gleichzeitig als Strukturverbesserung ausgegeben wird, bei den Nährmittelbetrieben in Hessen und Rheinland-Pfalz 8,02%, in der Schuhindustrie 7,05% und gerade – während des ÖTV-Streiks – wurden für den Groß- und Außenhandel in NRW 5,9% vereinbart.

Und auch im Osten selber gelingt es nicht, den Lohndruck zu bremsen oder die steigenden Löhne an ein entsprechendes Wachstum der Arbeitsintensität zu binden. Die Gewerkschaften müssen ihre Forderung nach einer schnellen Angleichung der Ost- an die Westlöhne verbalradikal rausstreichen. Gleichzeitig wird in Bereichen, wo die Gewerkschaft keinen Einfluß hat oder die Kampfaussichten schlecht sind, vor allem in kleinen und mittelständischen Betrieben, selbst der deutlich niedrigere Tariflohn Ost unterlaufen. (Auch die ÖTV selbst zahlt erst seit einer Niederlage beim Arbeitsgericht ihren eigenen Angestellten im Osten das volle Westgehalt.)

Städt. Bauamt), ein 'Leithammel vorne weg, die Herde hinterher' (Zitate von einigen Kollegen), keine kämpferische Stimmung, keine Rufe, Parolen etc., dafür aber Enttäuschung über die geringe Beteiligung. Auf der anschließenden Streikversammlung noch ein paar Reden von Gewerkschaftsfunktionären. Auffällig für mich waren angesichts der passiven Grundstimmung die teilweise sehr kämpferisch vorgetragenen Schwerpunkte der Beiträge: "Wir müssen uns auf einen harten und langwierigen Kampf einstellen, es geht nicht nur um Lohn, sondern um die Macht im Land, ein neues Angebot ist in seiner Höhe erst über dem alten Schlichterspruch verhandelbar...", und mehrmals: "besonders wichtig ist, daß die Metaller jetzt auch beginnen zu kämpfen, daß dies ein gemeinsamer Kampf wird, weil wir ja auch gemeinsame Interessen haben." In der anschließenden Diskussion meldeten sich nur 2 Leute zu Wort: Ein Sachbearbeiter aus dem Arbeitsamt, der betonte, daß die von einigen propagierte gestaffelte Lohnerhöhung (die untere Lohngruppen bekommen ein bißchen mehr als die oberen) für ihn nicht tragbar sei, und ein Müllwerker, der nochmal darauf bestand, daß es jetzt um die 9,5% gehen würde und nicht um den alten Schlichterspruch (viel Beifall).

Kurzer Stimmungsbericht aus Braunschweig nach dem Tarifabschluß (10.5.):
Die Empörung über den Abschluß ist auch hier ziemlich groß. Besonders bei denen, die schon seit 12 Tagen im Streik waren (Müllabfuhr, Nahverkehr), war die Stimmung ziemlich aufgeheizt. Ein Grund ist wohl, daß der ÖTV-Bezirk Braunschweig ursprünglich 13% Lohnerhöhung beschlossen hatte, die dann folgenden 9,5% also schon ein Abgehen von der ursprünglichen Forderung waren.
Betriebsversammlung bei der Verkehrs-AG: 300 Anwesende (von 540 Beschäftigten), ca. 90% gewerkschaftlich organisiert. Es ging sehr turbulent zu. Die Redner auf der Versammlung wurden mehrmals von lauten Rufen nach "9,5%" und schrillen Pfeifkonzerten unterbrochen. Es fielen Äußerungen wie "weiter streiken", "zu wenig Geld", "wir werden über den Tisch gezogen", "Schiebung" und "Ganoven". Der Sprecher der ÖTV-Vertrauensleute rief dazu auf, mit "Nein" zu stimmen, der Chef der örtlichen Streikleitung schloß sich dem an. Schon am Donnerstag abend hatte die Kreisverwaltung beschlossen, daß der Streik erst in der Nacht zum Samstag ausgesetzt werden soll. Während in Hannover die ersten Busse schon am Freitag nachmittag fuhren, hielt man sich in Braunschweig an diesen Beschluß. Auch bei der Müllabfuhr: Trotz angeblicher Empörung "bei ungezählten Braunschweigern" (Braunschweiger Zeitung) bleiben die gestapelten Müllsäcke übers Wochenende an der Straße stehen. Die Müllwerker waren nicht dazu zu bewegen, Extratouren für den gröbsten Streikmüll zu fahren. Sie wollen erst ab Montag ihren Dienst wieder aufnehmen. Einzige Konzession war die Öffnung der Mülldeponie für private Anlieferer.
Alles in allem zeichnet es sich in den bestreikten Bereichen ab, daß die Zustimmung zum Abschluß zumindest schwer zu bekommen sein wird.

Krise der Gewerkschaft

Um ihre friedensstiftende Aufgabe erhalten zu können, war es für die Gewerkschaften wichtig, ihr Ansehen mit kämpferischen Gesten wieder aufzupolieren. Der Streik sollte ein Stück der Legitimation retten, die den Gewerkschaften durch ihr Nichtverhalten zu den Steuer- und Abgabenerhöhungen im letzten Jahr verloren gegangen ist. Denn nur so können sie in kritischen Momenten die Kontrolle behalten können. Es ist nicht abwegig, ein Komplott zu vermuten, inszenierte Streiks als eine gemeinsame Rettungsaktion von Unternehmern und Gewerkschaften, um die Stabilität der durch die Gewerkschaften vermittelten Arbeitsbeziehungen zu sichern (s. Interview zum Stahl). Den hiesigen Gewerkschaften ist ihr Einflußverlust nicht so deutlich anzusehen wie den von rapidem Mitgliederschwund gebeutelten Gewerkschaften in Italien oder Frankreich. Die sieben fetten Jahre des Booms waren zugleich sieben Jahre ohne größere Streiks. Die Zeitungen sprechen vom »Identitätsverlust der Gewerkschaften in den 80er Jahren« und erörtern verständnisvoll die Rolle der Streiks als neue Mitgliederwerbung. (Darin liegt auch der Grund, warum sich die ÖTV den Vorschlägen für eine soziale Komponente im Tarifvertrag widersetzte. Sie versucht verstärkt, Mitglieder in den höheren Reihen zu gewinnen, die sie mit geringeren Lohnerhöhungen für die Besserverdienende nicht vor den Kopf stoßen wollte.)

In Deutschland sind Gewerkschaftsstreiks bezahlte Streiks, d.h. wer Gewerkschaftsmitglied ist, bekommt ein Streikgeld, das 60-70% des ausgefallenen Lohns entspricht. Um das kurzfristige Aufspringen auf die Gewerkschaft bei bevorstehenden Streiks zu verhindern, binden die Gewerkschaftssatzungen die Auszahlung von Streikgeld ausdrücklich an eine bereits seit mehreren Monaten bestehende Mitgliedschaft. Aber in der aktuellen Praxis ist das heute nur noch Papier, weil die Gewerkschaften froh sind, wenn es ihnen mithilfe von Streiks gelingt, wieder mehr ArbeiterInnen zu organisieren. So verwiesen Gewerkschaftsvertreter ganz stolz darauf, daß es noch ein paar Tage vor Streikbeginn wahre Eintrittswellen gegeben habe. Selbstverständlich wurde diesen neu gewonnen Mitglieder sofort Streikgeld bezahlt. Nach dem Tarifabschluß berichtete die ÖTV, sie habe während des Streiks 50 000 neue Mitglieder gewonnen – wahrscheinlich seien es noch mehr, da viele Aufnahmeanträge im Poststreik hängengeblieben seien.

Natürlich reicht die Krise der Gewerkschaften tiefer, als daß sie damit aufzufangen wäre. Seit Jahren wird unter Gewerkschaftsfunktionären und -akademikern über das Problem der Individualisierung, ihren Legitimationsverlust in den Betrieben, die Auswirkungen der neuen Formen der Arbeitsorganisation (Gruppenarbeit) auf ihren Rückhalt in den Betrieben usw. debattiert. Der Streik zeigt aber, daß alle bisherigen Versuche, diesen Legitimationsverlust aufzufangen, gescheitert sind: Ausweitung der gewerkschaftlichen Dienstleistungen, wie die gewerkschaftseigene Kreditkarte, hochgestochene Diskussionen über innergewerkschaftliche Demokratie und eine neue »Streitkultur«, das Konzept der »Tarifreform 2000«, mit dem die Gewerkschaft bei neuen Konzepten der individuellen Mitbestimmung, wie z.B. bei der Gruppenarbeit, die Hand im Spiel behalten will. Stattdessen sind sie gezwungen, sich ihre Legitimation über die ganz banale Forderung nach mehr Lohn zu verschaffen. Es ist köstlich zu lesen, wie sich die gewerkschaftliche Tarifexpertin Ingrid Kurz-Scherf fast entschuldigend an die LeserInnen der taz wendet, um zu erklären, warum es jetzt richtig ist, eine pure Lohnforderung zu unterstützen, obwohl es natürlich eigentlich um viel höhere Dinge wie »Humanisierung« usw. gehen müßte. Und dabei muß sie daran erinnern, daß es um die immer noch aktuelle »soziale Frage« geht; eine Umschreibung aus dem 19. Jahrhundert für die Tatsache, daß es Klassenverhältnisse gibt.

Und umgekehrt geht daraus hervor, daß die Gewerkschaft sich mit ihrer »humanisierenden und gestaltenden Politik« von der sozialen Frage weit entfernt hat. Die »gestalterische« Politik der Arbeitszeitverkürzung hat sich sehr schnell als ein Modernisierungs-Konsens zwischen Gewerkschaften und Unternehmer herausgestellt, da die Arbeitszeitverkürzung zum Hebel für die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die Ausdehnung der Betriebsöffungszeiten, neue Schichtmodelle usw. wurde. Diese Politik ist einer der wesentlichen Gründe dafür, daß die sogenannte Lohnquote – das Verhältnis von Unternehmergewinnen und Arbeitereinkommen, noch am ehesten ein Indikator für die Entwicklung der Ausbeutungsintensität – die ganzen 80er Jahre über fällt: während die ArbeiterInnen auf Lohnzuwächse im Tausch gegen kürzere Arbeitszeit verzichten mußten, konnten die Unternehmer ihre Gewinne durch eine entsprechende Steigerung der Arbeitsintensität sichern.

Heute betreibt die Gewerkschaft dasselbe bei der Einführung neuer Modelle der Arbeitsorganisation wie der Gruppenarbeit, die sie teilweise sogar lauthals fordert und ihren Mitgliedern ihre »All-round-Ausbeutung« als Segen der Humanisierung verkauft. In dieser Situation, in der sich die Gewerkschaft ihrer Verantwortung für das Gelingen eines weitreichenden Strukturwandels bewußt ist, bleibt ihr gar nichts anderes übrig, als die Lohnfrage wieder zu ihrer eigentlichen Legitimation und den Streik als effektivstes Mittel der Mitgliederwerbung heranzuziehen. Denn sie braucht dringend ein aufpoliertes Ansehen in den Betrieben und wieder mehr Einfluß, um das Modernisierungskonzept der nächsten Jahre – zusammen mit den Einschränkungen am Sozialstaat – mittragen zu können.

Ein Konsens über die anstehenden Modernisierungen ist jetzt gerade im öffentlichen Dienst gefragt: Telecom und Bundesbahn sollen privatisiert werden. Bei der Telecom war schon zuvor der Abbau von 10 000 Stellen angekündigt worden – ebenso bei der Lufthansa. Die Verwaltungen sollen effektiviert werden. Gedacht werde auch daran, die bisherigen altersabhängigen Lohn- und Gehaltssteigerungen durch die Anbindung an die »Leistung« zu ersetzen, sagt die Verhandlungsführerin der Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes Simonis, die bei den Tarifverhandlungen mit ihrem Vorschlag, die unteren Lohngruppen stärker anzuheben, das reformistische Image der SPD aufzupolieren suchte.

Welche Chance liegt in der Krise?

Als es Anfang des Jahres so aussah, als käme es zum Streik beim Stahl, verknüpften das viele Leute mit der Hoffnung, daß das gesamte gesellschaftliche Klima damit verändert werden könne. Reformistische Kräfte sahen darin vor allem einen Motor zur Herstellung neuer demokratischer Legitimation. Klassenkampf ist nach ihren Vorstellungen reduziert auf einen »Verteilungskampf«. »Die Tarifauseinandersetzung dieses Jahres, die sich nun im Stahlbereich zum Arbeitskampf zuspitzt, gibt dem seit langem untergründig virulenten sozialen Konflikt in Westdeutschland einen für breite Bevölkerungsschichten erfahrbaren konkreten Inhalt und eine durch Urabstimmung und aktive Beteiligung der Beschäftigten legitimierte demokratische Form. Es kann dem öffentlichen Klima in der Bundesrepublik nur guttun, wenn nicht mehr die Asyldebatte und die Fremdenfeindlichkeit im Mittelpunkt der politischen und sozialen Auseinandersetzung steht, sondern die in demokratischen Entscheidungsprozessen formulierte Forderung der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften nach Gerechtigkeit auch bei der Verteilung des von allen erarbeiteten Reichtums.« (taz, 1.2.92) Die Formulierungen, dem Konflikt solle »eine demokratische legitimierte Form« gegeben werden, entspricht genau dem, worum es bei diesen Streiks geht: der Konflikt soll im Netz der demokratischen Institutionen eingesperrt bleiben, damit er sich nicht anders, als Revolte und Drang nach Befreiung Bahn bricht!

Postgiroamt Berlin
Seit 4.5. läuft der Streik unbefristet. Auf dem Vorplatz und im Streiklokal lungern 100-150 Leute rum, essen, trinken, reden und warten auf den Feierabend. Keine Musik, keine Aktionen, nur ab und zu mal ne Durchsage durchs Mega: Gruppe xy geht jetzt bitte abstempeln. Eigeninitiative war nicht angesagt, die Stimmung ging allgemein in die Richtung: Die Gewerkschaft hat gesagt, wir streiken jetzt, also sitzen wir hier, solln die mal machen...
Am 6.5. waren 4 Berliner Krankenhäuser im Streik, insgesamt 3000 Leute. An den Eingängen des Urban-Krankenhauses stehen Streikposten, es gab am Morgen heftige Auseinandersetzungen mit den Chefs. Zum ersten Mal gibt es hier keine Routine-OP mehr, außerdem werden Betten nicht neu belegt. Die Stimmung unter den Leuten ist zuversichtlich. Musik läuft, Essen und Trinken ist da. Aktionen: "Wer kreiert den besten Streikspruch?"

Ludwigshafen, 10.5.92
Überhaupt die Warnstreiks: Beim Daimler (2 Stunden und Demo) und MWM (gut 1 Stunde und Demo) war die Beteiligung sehr gut. MWM war leer. ... Einige zufällig vorbeifahrende Autofahrer und Motorradrocker blieben stehen und hörten sich die Reden an. Der Fahrer eines Linienbusses machte ne Vollbremsung, hupte und winkte. Ich finde, das sind Aspekte eines Lebens, die's hier im Westen in dieser Form schon lange nicht mehr gegeben hat. Das hat mir auch sehr gut gefallen und gibt mir die Hoffnung, daß die "bleierne Zeit" der Nachvereinigung vielleicht dabei, vorbeizugehen. Aber vielleicht liegt's ja daran, daß ich das erstemal als Teilnehmer bei einem Metallwarnstreik mitgemacht habe...

Die Streiks haben einige wichtige Fragen aufgeworfen. Zum ersten Mal seit langer Zeit wurde in den ArbeiterInnen wieder eine gesellschaftliche Kraft gesehen, die festgefahrene Situationen aufbrechen kann. Der Begriff »Streik« ist wieder in die Umgangssprache aufgenommen worden. Die Sympathie innerhalb der Bevölkerung war größer als in den von heute aus oft verklärten 70er Jahren. In dieser widersprüchlichen Situation versuchte die Gewerkschaft, mit den Streiks im öffentlichen Dienst ein Ventil für die gereizte Stimmung und gesellschaftliche Wut zu öffnen und gleichzeitig den ArbeiterInnen ihre Ohnmacht vorzuführen.

Das ist womöglich schiefgegangen: viele stellen sich jetzt wieder eher die Frage, was wir selber an der ganzen Scheiße ändern können. Obwohl der ÖTV-Streik sehr genau von oben an- und abgedreht wurde, haben trotzdem - ähnlich wie im Bankenstreik - einige Belegschaften an Erfahrungen, an Bewußtsein über die eigene Lage und an Selbstvertrauen gewonnen. Das kam nicht zuletzt daher, daß die ArbeiterInnen insgesamt den Streikmanövern der Gewerkschaft mit großer Reserve gegenüberstanden. In diesem Sinne ist es ein positiver Aspekt der Streiks, daß sich viele ArbeiterInnen *nicht* mit Euphorie in sie einbinden ließen.

Gewerkschaft und Arbeitgeber/Staat gehen sehr viel angeschlagener aus diesem Kampf hervor als die ArbeiterInnen. Die ArbeiterInnen sollten vorgeführt werden; sie haben am Ende ihre Gewerkschaft vorgeführt. Sie konnten ohne große Opfer ihren Reallohn sichern, haben danach bei der Urabstimmung der Gewerkschaft einen Denkzettel verpaßt und können sich jetzt zurücklehnen und über Konsequenzen für den weiteren Kampf nachdenken.

Nur darin liegen unsere Hoffnungen: in den Erfahrungsprozessen und darin, daß die ArbeiterInnen über das Tariftheater hinausgehen wollen. Die jetzige übliche Austrittswelle nach einem Streik und dem Geschimpfe auf den Vorstand geht noch nicht darüber hinaus. Eine Chance ist, daß direkt nach dem ÖTV-Streik jetzt Streiks in der Metallindustrie angefangen haben.

Die Gewerkschaft hat diese Streiks inszeniert, um ihrem Erosionsprozeß entgegenzuwirken. Aber gerade auf der Ebene, auf der er stattfindet, im unmittelbaren betrieblichen Geschehen, haben sie sich schon auf die Unterstützung der Umstrukturierung und Modernisierung festgelegt. Und hier wird der Unmut gegen alle Institutionen, die unser Leben nur einem effektiveren Arbeitseinsatz unterordnen wollen, weiter wachsen. Die Gewerkschaften können diese Streiks nur dann im Griff behalten, wenn sie die Selbstorganisationsprozesse an der Basis immer wieder durch hohe Tarifabschlüsse entpolitisieren können - das gilt in den letzten Jahren insbesondere für Krankenhaus und Erziehungsbereich. Daß die Gewerkschaft nach Jahren der Ruhe wieder zum Mittel Streik greift, ist ein Spiel mit dem Feuer, weil es die ArbeiterInnen auf den Punkt hinweist, wo ihre kollektive Macht liegt. Dies geschieht in einer Zeit, in der sich die Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene zum Fürsprecher von Umstrukturierungen macht, die für die ArbeiterInnen Arbeitsintensivierung bedeuten. Die Widersprüche werden sich weiter zuspitzen.

Wir selber können uns an der Entwicklung einer neuen und selbstbewußteren Macht beteiligen, die sich schon abzeichnet. Das sind langsame und untergründige Prozesse, aber es liegt in ihrem Wesen, daß sie urplötzlich umschlagen und zur Revolte werden können.

»Wir müssen noch üben ...«

Interview mit dem Betriebsrat einer Hamburger Großbank

Diese Tarifrunde schien sich ziemlich von den vorigen zu unterscheiden. Zum erstenmal haben sich die BankarbeiterInnen in der BRD so deutlich zu Wort gemeldet ...

In der Härte und dem Umfang ist das einmalig bisher im Bundesgebiet. 1971 hat es mal während der Tarifauseinandersetzung in Hamburg ne große Demonstration von Bank- und Versicherungsangestellten gegeben – 3000 immerhin. Danach war lange Zeit Ruhe bis 1987, wo es in Hamburg zum ersten ganztägigen Streik seit 1945 kam – im Rechenzentrum der Deutschen Bank. Damals hat sich das entzündet an der Frage: Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Die Unternehmer wollten Schalteröffnungszeiten bis in die Abendstunden und Samstagsarbeit. Das war das erste Mal, daß es bei vielen Kollegen geklingelt hat und auch relativ viele sich zumindest an Protestaktionen beteiligt hatten.

Wieso gerade im Rechenzentrum? Das wäre doch wahrscheinlich als letztes davon betroffen gewesen? War es Gewerkschaftstaktik?

Das hat natürlich stark damit zu tun, daß die Kollegen dort gut organisiert waren damals – heute ist es leider anders – und es damals auch noch möglich war, im Rechenzentrum was lahmzulegen. Heute sind sie aufgrund der technischen Möglichkeiten so weit, daß ein paar Spezialisten den Betrieb weiterführen können, beziehungsweise kurzfristig auf ein anderes Rechenzentrum umschalten, unter Umständen können irgendwelche Typen aus der Organisationsabteilung von zu Hause aus mit dem Laptop von einem Rechenzentrum aufs andere umschalten. Vor fünf Jahren haben die den Laden wirklich lahmgelegt, das ist heute schwieriger.

War das ein Gefühl von – potentieller – Macht, oder warum wollten die da unbedingt was machen?

Natürlich ist das auch so ein Gefühl von Stärke oder von Macht. Wenn die jetzt noch so gut organisiert wären wie damals – die haben das Rechenzentrum auch stark reduziert und verlagert nach Frankfurt – es würde heute sicher anders aussehen. Zum Rechenzentrum muß man auch sagen: ein Drittel der Kollegen erinnern mehr an den Arbeiterbereich: Papier einlegen, rausnehmen, Bänder einlegen. Da ist nicht viel mit Banklehre. Die werden im Schnitt nach Tarifgruppe 5 bezahlt, kommen nur mit Nacht- und Schichtarbeit auf mehr Geld. Die anderen, die Programm- und Systemsteuerung und Überwachung machen, sind im Vergleich mit der Bank sehr gut bezahlt – und aus gutem Grund, weil das schon ein relativ anfälliger Bereich ist. Die bekommen Tarifgruppe 7, auch mal 8. Die haben überwiegend branchenfremde Ausbildungen. 1987 war jedenfalls das erste Mal, wo KollegInnen im größeren Umfang aufgewacht sind. Und das war ein voller Erfolg: Bis jetzt sind sie mit dem Thema Flexibilisierung nicht mehr angekommen.

Wie war das diesmal? War im Vorfeld des Streiks abzusehen, daß unter den Kollegen ne Stimmung war: wir müssen jetzt was machen? Oder warum, denkst du, hat die Gewerkschaft gleich relativ...?

Nee, das war ne ziemliche Überraschung für alle. Vor der Tarifrunde hat fast keiner damit gerechnet, daß überhaupt so viele Kollegen in Bewegung kommen. Das war überhaupt nicht abzusehen. Da hat jeder gedacht: das wird so wie jedes Jahr: drei, vier oder fünf Verhandlungsrunden, und dann ist das Thema erledigt.

Gab es eine bestimmte Gruppe von Beschäftigten, die sich besonders am Streik beteiligt, ihn getragen hat?

Den Streik getragen haben ganz klar überwiegend Kolleginnen aus internen Abteilungen, aus Zahlungsverkehrabteilungen. Das kann man fürs ganze Bundesgebiet sagen. Überwiegend Frauen, überwiegend Schaltermitarbeiterinnen, die nach Tarifgruppe 5 bezahlt werden, teilweise auch 6. Da wir neun Tarifgruppen haben, liegt das so etwa in der Mitte.

Wie werden die Frauen aus der Zentrale bezahlt?

Zwischen 3 und 4, manchmal auch 5. In dem Bereich liegt eindeutig der Schwerpunkt. Dabei sind die Motive durchaus unterschiedlich gewesen. Die einen, aus den unteren Tarifgruppen, die ganz bewußt gestreikt haben, denen ging's ganz klar ums Geld, wobei bei jedem Streik natürlich auch der Effekt da ist, man will es seinem Vorgesetzten mal zeigen, daß man auch stark ist. Ansonsten kriegt man immer nur aufs Maul. Diejenigen, die besser bezahlt werden – bei uns die aus der Wertpapierberatung, die mitgemacht haben – bei denen war es ganz klar eine Auseinandersetzung mit ihrem Vorgesetzten.

Wie hoch ist ungefähr das Netto-Einkommen bei Tarifgruppe 3 oder 4?

Das bewegt sich irgendwo zwischen 1500 und 2000 DM, je nach Steuerklasse und Alter.

Welche Ausbildung haben die in den internen Abteilungen in der Regel?

Auch in den internen Abteilungen gibt es unterschiedliche Arbeiten: etwas höherqualifizierte Arbeiten werden von gelernten Bankkaufleuten ausgeübt; aber das Codieren zum Beispiel ist eine sehr manuelle Tätigkeit, die in der Regel von Angelernten ohne Banklehre gemacht wird, die machen diesen Job halt, um Kohle zu kriegen.

Gibt's bei diesen Frauen ne größere Fluktuation?

Sicherlich. Vor allem ist in diesen Abteilungen die Krankheitsrate erheblich höher als in den anderen Abteilungen, wo qualifizierte Leute sitzen oder in den Zweigstellen. Die ist im Schnitt doppelt so hoch wie normal. Das ist ein offenes Geheimnis im Betrieb. Das sind auch Tätigkeiten, da geht's nicht anders, als daß man sich mal freinimmt. Die Arbeitsbelastung ist größer durch diese Einseitigkeit. Die ist einfach krankheitsfördernd. Die Neigung, mal abwesend zu sein, ist etwas ausgeprägter.

Und diese KollegInnen haben sich dann besonders engagiert im Streik. Was habt Ihr als Betriebsräte eigentlich getan, um den Streik vorzubereiten?

Wir haben uns ganz langsam da rangetastet. Wir haben die Kollegen gefragt, wie es denn so ist und ob sie da mitmachen würden. Im Januar haben wir dann

so eine kombinierte Aktion gemacht: eine Protestkundgebung, die auch als Warnstreik wahrgenommen werden konnte. Der war geschickterweise in die Mittagszeit gelegt, um allen die Möglichkeit zu geben, teilzunehmen. Die Gewerkschaftssekretäre waren sehr skeptisch gewesen: Der DAG-Sekretär wollte nicht mal, daß wir ne Demonstration anmelden. Der hat gedacht, das ist die große Pleite. Wir hatten natürlich mit den Kollegen schon gesprochen und hatten auch schon ein ganz gutes Gefühl – zumindest für diese Aktion. Obwohl damals die meisten gesagt haben: das werden wir nie hinkriegen. Das war nachher auch das Erstaunliche. Das hat sich richtig gesteigert, wobei dann im Verlauf der Tarifrunde das Verhalten der Arbeitgeber ne Rolle spielte, weil die auf stur geschaltet haben. Das ist dann sowas wie ne Beleidigung. In der Bank zu arbeiten, und dann gehen die so mit dir um. Das war für viele ein zusätzliches Motiv – neben der Kohle.

Doch die, die das Geld wirklich brauchen, das waren die Trägerinnen und Träger der Streikmaßnahmen. Neben denen, die aus einem gewissen gewerkschaftlichen Bewußtsein – oder sagen wir mal so: aus ihrer Gewerkschaftsmitgliedschaft heraus mitgemacht haben. Wobei das auch wieder ne ganz schwierige Geschichte ist, weil mit dem gewerkschaftlichen Bewußtsein ist es ja – das hat sich im Streik nachher herausgestellt – so einfach, wie man das vorher immer angenommen hat oder wie das von Gewerkschaftssekretären immer behauptet wird, eben nicht.

Du meinst, daß sich viele nicht gewerkschaftlich Organisierte am Streik beteiligt haben?

Das kann man ganz klar an der Beteiligung ablesen: beim ganztägigen Streik waren es bei uns etwas mehr Nichtorganisierte als Organisierte. Von denen, die in der HBV sind – ungefähr 200 – haben 80 ihr Streikgeld abgeholt bzw. ihre Überweisung ausgefüllt. Bei der DAG waren es etwa genauso viel. Das bedeutet, daß nicht mal die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder am Streik teilgenommen hat. Aber über die Hälfte derer, die gestreikt haben, waren Unorganisierte. Und das ist für die auch gar nicht so die Frage, und für mich ist es auch nicht die Frage, ob jemand in der Gewerkschaft ist oder nicht. Das Entscheidende ist ja, daß die Kollegen dann mitziehen. Wie das jetzt bei unbefristeten Streiks – falls es dazu gekommen wäre – ausgesehen hätte, steht natürlich auf nem anderen Blatt.

Hat sich der Unmut gegen das Angebot dann auch umgesetzt oder waren das nur Gespräche am Arbeitsplatz?

Es gab schon Kollegen, die gesagt haben: Jetzt müssen wir schon mal mehr machen. Wir haben dann ne gestaffelte Befragung gemacht: Wer würde an Protestaktionen teilnehmen, wer würde an Warnstreiks teilnehmen und wer würde ganztägig streiken. Und das Ergebnis war recht verheißungsvoll. Sehr viele Kollegen haben gesagt, sie würden auch an ganztägigen Streiks teilnehmen. Und da haben wir gedacht, wir können es riskieren.

Der eigentliche Streik ist ja ziemlich kurz und ziemlich wenig gewesen gegenüber dem Geblähe in den Medien?

Das ist natürlich unterschiedlich. Wenn du andere Städte nimmst, z.B. Berlin oder Bremen, die waren, als der Tarifabschluß durch war, schon beim vierten Tag angelangt. Oder auch in München, die haben einen zweitägigen Streik gemacht. Im Saarland auch, oder bei den Bausparkassen in Baden-Württemberg, oder auch bei der *Gesellschaft für Zahlungssysteme* in Frankfurt – wo überwiegend Leute arbeiten, die nicht in der Bank gelernt haben, nicht die typischen Banker, sondern eben Angelernte, die auch entsprechend schlecht bezahlt werden – die hatten auch schon einige Tage. Hamburg war da relativ schwach.

War es denn dein Eindruck, daß es an der Basis ne Menge Leute gab, die was machen wollten und nur darauf warteten, daß jemand gesagt hat: Jetzt los?

Als die ersten Warnstreiks gelaufen waren, da ist das tatsächlich vorgekommen, daß Kollegen angerufen haben und gesagt haben: Wir wollen jetzt auch! Z.B. im Zweigstellenbereich, wobei da mehr die Tendenz war: Wir wollen nen Warnstreik machen, so drei, vier Stunden. Das war schon da. Das hat sich auch sehr schnell rumgesprochen im Zweigstellenbereich. Nach den ersten Warnstreiks hat sich das sehr naturwüchsig entwickelt. Da haben viele gesagt: Jetzt wollen wir auch! Die Erfahrung hatten sie ja auch noch nie gemacht. Und die Gewerkschaftssekretäre hatten ja auch ein Interesse daran, daß das passiert, das ist ja die beste Werbung. In der Regel waren es Betriebsräte, die sich überlegt haben: wann können wir jetzt wo was machen. Das ist dann abgestimmt worden. Aber es hat auch Fälle gegeben, wo Kollegen von sich aus gesagt haben: wir wollen jetzt auch was machen, und das ist dann auch gemacht worden. Wenn zum Warnstreik oder Streik aufgerufen wurde, war die Beteiligung schon mal spontan. Da gab es Bereiche, da hat keiner mit gerechnet, daß die sich fast komplett beteiligen würden. Die haben von einem auf den anderen Tag gesagt: wir machen mit. So gesehen gab es schon spontane Entscheidungen, aber das war nicht die Regel. Oder daß Kollegen von sich aus gesagt hätten: wir machen jetzt was und wir fragen nicht lange – das hat es nicht gegeben. Es gab wenig an eigenen Transparenten oder an Sprüchen auf der Demo. Das waren eher die vorgedruckten und vorgegebenen Fahnen und Transparente und gerufen wurde da fast gar nichts. Wir haben es mal versucht, aber es war eben nicht so. Das müssen wir erstmal üben, und so gesehen war dieser Streik auch ne Übung. Wir haben ja sowas noch nie gemacht. 99,9% hat da keine Erfahrung mit gehabt.

Hat der Streik zu nem neuen Selbstbewußtsein geführt?

Ja, auf jeden Fall. Die Frage ist nur, wielange sowas vorhält. Aber die Erfahrung als solche, die war ja durchgängig positiv. Auch wenn das nur kurz war mit dem Streik: So ne gute Stimmung und Ausgelassenheit hab ich unter Bankangestellten vorher noch nie erlebt! Das war einfach sagenhaft! Das ist auch was, was hängenbleibt. Die Erfahrung, daß man nen Arbeitstag auch anders verleben kann als im Betrieb.

Hat es denn mal ne Kritik an der Nadelstichtaktik gegeben?

Von wem sollte die denn kommen? Es gab einige KollegInnen, die gesagt haben: Warnstreik, das bringt doch nichts, zwei, drei Stunden. Wenn schon, dann nen ganzen Tag oder länger! Und es hat sich auch gezeigt, daß an dem ganztägigen Streik mehr teilgenommen haben als am Warnstreik.

Wie ist bei euch der Abschluß aufgenommen worden?

Bei denen, die an Streikmaßnahmen teilgenommen hatten, überwiegend mit Enttäuschung. Aber bei der Urabstimmung haben viele nicht mehr teilgenommen und aus diesem Gefühl der Enttäuschung gesagt: Was bringt das jetzt noch? 75% kriegen wir sowieso nicht zusammen. Die anderen haben zum überwiegenden Teil mit Nein gestimmt, über 50% bei uns. Wobei die Gewerkschaft halt rechnet, die die nicht teilgenommen haben, sind Zustimmung. Es gab auch einige Städte, z.B. Berlin, wo die Art und Weise, wie hier vorgegangen worden ist: Spitzengespräch, und den Abschluß haben wir aus dem Radio erfahren, auf ziemlichen Protest

gestoßen ist – auch in den Tarifkommissionen. Da waren einige ziemlich sauer, wie das durchgezogen wurde und haben gesagt: Und dafür haben wir jetzt gestreikt? Da haben sie sich auch nicht getraut, zu sagen: wir stimmen dem Ergebnis zu, sondern haben gesagt: wir lassen das offen und machen dann nochmal ne Urabstimmung.

Es wirkte von außen so, als hätte die Gewerkschaft nen großen Schrecken gekriegt, daß sich so viele Leute haben mobilisieren lassen und ganz schnell das Ganze abgebrochen, bevor sich mehr daraus entwickeln kann.

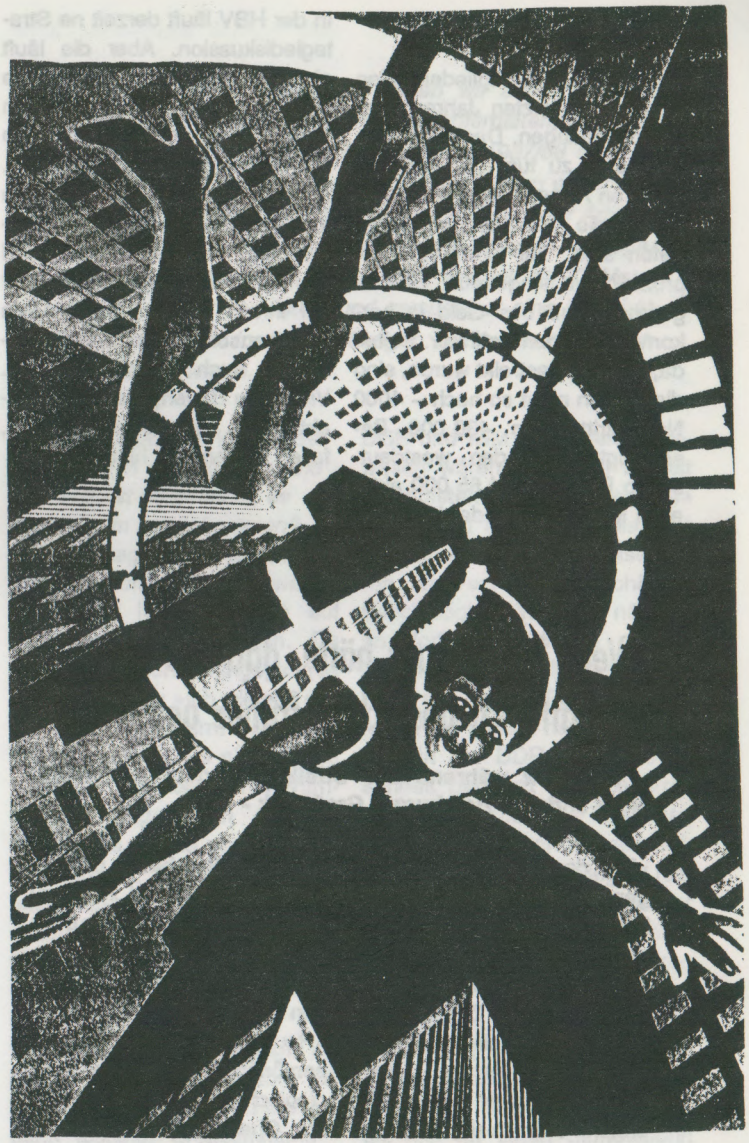
Das haben natürlich etliche so gesehen. Aber die Hochburgen hatten schon drei, vier oder fünf Tage gestreikt und auch in hohem Maße Unorganisierte. Da war schon bei vielen die Einschätzung: Jetzt zum unbefristeten Streik aufrufen, da stehen wir dann nur mit ein paar Leuten noch vor der Tür, das bringt überhaupt nichts. Wobei gerade die Berliner Kollegen gesagt haben: wir wollen weiterstreiken. Da haben auch beide Tarifkommissionen, sowohl von der HBV als auch der DAG übereinstimmend dazu aufgefordert, mit Nein zu stimmen. Nur war dann bis zu dem Fest, was sie gemacht hatten, wo auch die Urabstimmung war, schon wieder zwei Wochen vergangen und – wie sich gezeigt hat – auch die Luft raus. Da waren noch 183 Kollegen, die daran teilgenommen haben. Die haben zwar mit 97% für Streik gestimmt, aber das sind natürlich bei 4500, die am ganztägigen Streik in Berlin teilgenommen haben, sehr wenige. Das kannst du vergessen. Bundesweit waren es bei ner sehr geringen Beteiligung 68% bei der HBV und bei der DAG 89%, die mit Ja gestimmt haben.

Das hört sich ja eher so an, als hätte die Gewerkschaft Angst gehabt, daß der Kampf zusammenbrechen könnte, während unser Eindruck eher war, daß die Gewerkschaft Angst davor hatte, daß der Kampf sich richtig entwickelt.

Nee, diese Einschätzung ist falsch! Mit Sicherheit nicht! Das muß man schon ganz nüchtern sehen, daß viele von den Unorganisierten dann gesagt hätten: Nee, jetzt ist Schluß. Das ist das Ende der Fahnenstange. Es wäre dann natürlich ne Situation entstanden, die wäre spannend geworden und bei vielen aktiven Kollegen... Wir hätten es natürlich gerne gesehen. Bankangestellte und Müllwerker gemeinsam, das wäre schon ne witzige Geschichte gewesen. Nur das zog sich so hin mit der Schlichtungsgeschichte, Ende April, Anfang Mai. Das wäre ne Strecke von zwei, drei Wochen gewesen, ne echte Durststrecke. Im Bundesgebiet hätte es sicher einige Bereiche gegeben – wo der Organisationsgrad auch wesentlich höher ist – wo die Kollegen gesagt hätten: wir machen jetzt nen Vollstreik unbefristet bis zum Abpfiff, aber das wären ganz wenige Betriebe gewesen: Berlin, die Bausparkassen in Baden-Württemberg und im Saarland und sonst kann ich es nicht genau sagen. In Berlin waren alle Großbanken beteiligt. Von den 14 000, die in privaten Banken und Sparkassen arbeiten, haben beim letzten ganztägigen Streik 4500 teilgenommen, das ist schon beachtlich. In Hamburg sind es 25-30 000, und auf der Kundgebung im Januar waren gerade 1200 und nen ganztägigen Streik gemacht haben insgesamt 1500. Die meisten sind brav zur Arbeit gedackelt; das muß man auch sehen.

Was wird sich in den nächsten Jahren in den Banken verändern? Welche Auswirkungen wird der europäische Binnenmarkt haben?

Seit 10 oder 20 Jahren gibt es auf europäischer Ebene eine Zusammenarbeit zwischen Großbanken. Jetzt gehen sie von der Zusammenarbeit zur Kooperation über; die Dresdner Bank liiert sich mit der Banque Nationale de Paris, Credit Lyonnais mit der Commerzbank usw. Das wird sich in den nächsten Jahren verstärken. Für die Kollegen in den Banken in den Ländern, die wirtschaftlich schwächer dastehen, ist das ein ziemliches Problem. Um fit für den europäischen Markt zu sein, werden die erheblich mehr rationalisieren und Leute rausschmeißen als bei uns. Die Entwicklung in der



Bundesrepublik ist sehr langsam, aber doch beständig und zielorientiert. Seit 15-20 Jahren wird der Einsatz von Technik stark forciert, aber aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten können sie es ganz langsam durchführen.

Du glaubst nicht, daß es dabei zu Entlassungen kommt?

Insgesamt hat es immer noch Zuwächse an Personal gegeben im Bundesgebiet und überhaupt keine betriebsbedingten Kündigungen, die rationalisierungsbedingt sind. Die Zuwächse sind natürlich dadurch entstanden, daß das Geschäftsvolumen sich weiter ausgedehnt hat. Das bedeutet für den einzelnen Mehrarbeit, das Ergebnis pro Kopf hat sich in den vergangenen Jahren erheblich gesteigert – und damit auch die Belastungen. In Stichworten läßt sich die Entwicklung in den Banken so zusammenfassen: allgemeine Umstrukturierung, Einsatz von Technik im Massengeschäft: also Zahlungsverkehr im weitesten Sinne, aber auch Wertpapier- und Kreditgeschäft, was ja lange als eher qualifizierter Bereich gegolten hat. Also Massenabfertigung der Normalkundschaft auch über Technik, also durch Automaten; innerhalb der Bank die Verlagerung zu mehr Kundenberatung und Kundenwerbung; Ausweitung des Bankgeschäfts in den Bereich Versicherungen: Finanzdienstleistungen. Abgebaut werden Arbeitsplätze werden im Bereich Zahlungsverkehr und überhaupt Massengeschäft.

Gerade in den expandierenden Bereichen hat ja die HBV Schwierigkeiten, von den Leuten akzeptiert zu werden. Diese Krise scheint sie mehr und mehr mit eigenen Flexibi-

lisierungskonzepten auffangen zu wollen ....

Das stimmt, die Mitgliederzahlen sind in den letzten Jahren eher zurückgegangen. Das hat natürlich damit zu tun, daß bei den jüngeren Angestellten relativ wenige in die Gewerkschaft eingetreten sind. Der "Vergreisungsprozeß" hat eingesetzt. Und irgendwo muß das Geld ja herkommen für den Sekretär. Selbst da, wo jetzt gestreikt wurde, sind die Zahlen nicht so hoch – 4000 Neueintritte von 430 000 Beschäftigten bei den westdeutschen Banken und 65 000 aktuellen Mitgliedern in der HBV.

In der HBV läuft derzeit ne Strategiediskussion. Aber die läuft nicht so sehr darauf hinaus, die Unorganisierten aus den unteren Tarifgruppen anzusprechen, die sich am Streik beteiligt haben, sondern es sollen die Jüngeren mit Karrierebewußtsein angesprochen werden. Denen will man sich anbieten als Partner auf ihrem Weg in Fragen von Berufsausbildung und Weiterbildung, auch Karriereplanung. Viele von denen, die die Streikaktivitäten mitgetragen haben, fallen letztendlich hintenrüber.

»Wenn ich gewußt hätte, daß das so schön ist, hätte ich das schon früher gemacht«

- Interview während des Streiks mit dem Betriebsrat einer anderen Hamburger Großbank -

»Bei den internen Abteilungen, z.B. den Zahlungsverkehrs-Abteilungen, hab ich den Eindruck, daß die Leute wirklich spüren, daß es ihnen in absehbarer Zeit an den Kragen geht, daß sie stark ausgedünnt werden. Wenn sie dann gemerkt haben beim ersten Warnstreik, daß sie nicht die "dummen Datentypistinnen" sind, sondern daß es eine Wirkung hat, wenn sie nicht da sind, weil die andern das gar nicht können, dann motiviert das natürlich dazu, noch einmal zu streiken.In der Datenerfassung, der Codierung, ist während des Streiks die Revision einmarschiert und hat versucht zu codieren. Die Fehlerquote war sehr hoch.

Ich war heute in einer Zweigstelle, die gestreikt hat, die ist dann von den Chefs und Auszubildenden aufgemacht worden. Die streikenden Kollegen draußen haben das gesehen. Das hat bei ihnen zu der Reaktion geführt, daß sie die Kunden dazu animiert haben hineinzugehen. Sie haben den Kunden gesagt: »Heute bedient Sie der Chef persönlich,« und haben sich diebisch darüber gefreut, daß die Chefs auch einmal arbeiten müssen.

Als wir bei einem Tagesstreik im Streiklokal saßen, hat eine unorganisierte Kollegin gesagt: »Wenn ich gewußt hätte, daß das so schön ist, hätte ich das schon früher gemacht«. Das ist dann so ein Wir-Gefühl. Das ist bei anderen auch so gewesen. Zum einen geht es darum, den Mut gefunden zu haben sich aufzulehnen. Zum andern geht es um die Erfahrung, daß es eben noch Mehreren so geht. Daß also gemeinsam diese Erfahrung gemacht wird.«

Der Stahlstreik, der nicht stattfand –

Urabstimmung und Streikdrohung in der Stahlindustrie bildeten den Auftakt der diesjährigen Welle von Streiks und kämpferischen Posen der Gewerkschaften. Dabei sollte der Tarifabschluß beim Stahl noch zur Runde des Vorjahres gezählt werden, um sich – so wurde auch von der IG Metall betont – noch nicht auf eine Entscheidung über die von Unternehmern und Bundesregierung für 1992 angekündigte "tarifpolitische Wende" einlassen zu müssen. Unter anderem hatte ja Möllemann Lohnleitlinien von 4% ausgegeben. Außerdem begründete die IGM ihre Forderung nach 10,5% mehr Lohn damit, daß die Facharbeiter in der Stahlindustrie wieder den Anschluß an die Facharbeiter in der Metallindustrie finden, den sie Ende der 80er Jahre mit dem dreijährigen Tarifvertrag verloren hatten. Auch so konnte die IGM einen Abschluß in der Stahlindustrie als etwas besonderes hinstellen, um sich bei späteren Verhandlungen in anderen Branchen nicht selber die Hände zu binden – und um die ein Prozent niedrigere Forderung in der Metallindustrie zu begründen.

Ähnlich wie später bei der ÖTV erfolgte die Streikdrohung beim Stahl in einer Situation, in der sich die Tarifpartner – wie es bei Partnern eben üblich ist – bereits weitgehend angenähert hatten. Die Unternehmer hatten kurz vor Beginn der Urabstimmung am 26. Januar ihr Angebot von 5,2% auf 5,7% aufgestockt – gerüchteweise war die IGM mit einem Abschluß von 6,18% einverstanden. Auch hier wurde vorgerechnet, daß die Differenz für den einzelnen Arbeiter durchschnittlich nur 20 Mark brutto bedeute.

96% der Gewerkschaftsmitglieder beteiligten sich an der Urabstimmung, davon stimmten 86,8% für Streik. Angeblich ein sensationelles Ergebnis – aber so überrascht dürfte die Gewerkschaftsführung nicht gewesen sein. Beim Stahlstreik 1978/79 hatten auch 87% für Streik gestimmt. Nur hatte die IGM damals einen kleinen Fehler gemacht: sie hatte tatsächlich einen Streik begonnen – und tat sich dann äußerst schwer, ihn nach sechs Wochen wieder zu beenden.

Die IGM-Führung ist sich bewußt, daß es für sie immer problematisch ist, diese letzten Bastionen der traditionellen Arbeiterklasse in den Kampf zu führen. 1979 hatte es nach der Streikbeendigung massive Kritik aus den Belegschaften und auch aus den Reihen der eigenen Funktionäre gegeben. Und in den 80er Jahren hatte sich die Loyalität ihrer Mitglieder in den Stahlwerken weiter zersetzt. Vielen Stahlarbeitern ist noch gut im Gedächtnis, wie der Kampf gegen die Stillegung des Stahlwerks in Rheinhausen von der IGM hintertrieben wurde. Und Steinkühler dürften die Pfiffe noch in den Ohren klingen, die er damals im Ruhrgebiet zu hören bekam.

Urabstimmung und Streikdrohung als Ventil

Nach dem Stahl-Tarifabschluß haben wir uns mit einem Stahlarbeiter von Krupp-Rheinhausen unterhalten, der beim Kampf um das Stahlwerk in Rheinhausen 1987/88 eine aktive dabei war. In dem damaligen Kampf, in dem es an einigen Punkten einen wirklich selbständigen Kampf der Arbeiter gegeben hat, habe er – und viele seiner Kollegen – einiges über die Gewerkschaften in der BRD, speziell die IG Metall gelernt. Vor diesem Hintergrund versucht er eine Einschätzung dessen, was in der diesjährigen Tarifrunde im Stahlbereich gespielt wurde.

In der Presse wurde zwar fleißig vorgerechnet, daß ein "Pilot-Arbeitskampf" in der Stahlindustrie die IGM weitaus billiger käme, als ein Streik in der Metallindustrie, und daß sie die Wirtschaft damit sehr wirksam unter Druck setzen könnte. Alle großen Autokonzerne warnten, daß ein Streik beim Stahl wegen der zunehmenden *Just-in-time*-Anlieferung innerhalb weniger Tage ihre Produktion stoppen würde.
Ein Argument, dem sich die IGM sicher nicht verschlossen hat: denn bei allem tarifpolitischen Getöse haben die Gewerkschaften gerade jetzt wieder einen auf "Modernisierung der Volkswirtschaft" ausgerichteten Kurs eingeschlagen. Sie bemühen sich, den Automobilfirmen bei der Umsetzung des Konzepts der *lean production* (schlanke Produktion) hilfreich zur Seite zu stehen. In der Stahlindustrie erklärt sie sich mit weiteren Fusionen, wie der von Hoesch und Krupp einverstanden, weil sie ihrer Verantwortung für die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland gerecht werden will. Dasselbe gilt für ihre Unterstützung für die "Umstrukturierung" – gerade der Stahlindustrie – im Osten.
Sollte der IGM in einer solchen Situation, in der zudem die Automobilindustrie immer noch in einer unverhofften Boomphase steckt, an einem Stillstand der Bänder bei VW oder Opel gelegen sein? Und zugleich noch das politische Risiko eingehen, eine Gruppe von Arbeitern in den Streik zu rufen, die sich immer weniger von der IGM vertreten fühlt und ihre selbständige Handlungsfähigkeit einige Male bewiesen hat? Die Drohung, daß 135 000 Stahlarbeiter in den Streik treten, fand im Land ein ganz anderes Echo als etwa das der 430 000 BankarbeiterInnen im Westen. Es war klar, daß es die Unternehmer – und auch die Gewerkschaft – hier mit einem politisch viel entschiedeneren Gegner zu tun hätte.
Am 4. Februar sollte über den Beginn des Streiks entschieden werden. Die IGM-Führung ließ ein Wochenende erhitzter Diskussion über *das* Ereignis der Nation – Streik beim Stahl! – vergehen und fand dann Montag morgens einen "tragfähigen Kompromiß". Der Schrecken war abgewendet, das Ergebnis habe ein Gesamtvolumen von fast 6,4%. Die Optik mit der »6 vor dem Komma« war gewahrt, auch wenn der Abschluß selbst dies nicht erfüllte. Vereinbart wurde eine Lohnerhöhung von 5,9% und eine stufenweise Anhebung des Ecklohns ab September '92. Außerdem wird eine einmalige Zulage von 175 Mark gezahlt, die aber auf bereits erfolgte übertarifliche Zuschläge angerechnet werden kann [siehe Interview]. In der 2. Urabstimmung – mit sehr viel niedrigerer Wahlbeteiligung – stimmten nur 45,5% der Gewerkschaftsmitglieder für dieses Ergebnis. Bei der IGM reicht das aus, da ihr laut Satzung 25% Ja-Stimmen genügen.

Wie schätzt du den Verlauf der Tarifrunde in der Stahlindustrie ein? Hattest du gedacht, es könnte zum Streik kommen?
Ich muß sagen, daß ich bei der Frage vorbelastet bin. Ich war im September letzten Jahres auf nem Gewerkschaftstreffen. Da ist ein Funktionär hingegangen und hat gesagt: »Ich will mal aus der Schule plaudern. Das mach ich nur, weil ich es nicht richtig finde, daß die Kollegen in Warnstreiks reingetrieben werden, obwohl die Sache von vornherein feststeht. Es ist alles schon ausgekungelt, die haben sich schon geeinigt: zwischen 6 und 6,7%.« Das hat mich erstaunt, denn die meisten im Betrieb tippten so auf 5 bis 5,5%.
Bis zuletzt hab ich gesagt: Ich glaube nicht, daß es zum Arbeitskampf kommt. Auch wie das dann losging, Urabstimmung - ich sag: Die haben's schonmal fertiggebracht, daß sie eine Urabstimmung gemacht haben und dann zusammengekommen sind und gesagt haben: »Das ist ein tragfähiges Ergebnis, das können wir so akzeptieren, und dann war die Sache ausgestanden. So war es jetzt auch, da kam diese Nacht-und-Nebel--Aktion, Steinkühler und der Landesvater, um den mal wieder ein bißchen zu stützen.

Aber warum hat die Gewerkschaft dann diesen ganzen Wirbel veranstaltet, warum hatte sie das nötig?
Im Vorfeld ist ja unheimlich viel passiert, wo es von ihrer Seite wenig Widerstand und Protest gab. Die ganzen Reformen: Gesundheitsreform, Rentenreform, Solidaritätsabgabe... Da war ganz klar und logisch, daß es eine entsprechend hohe Tarifforderung geben würde. Noch logischer wäre gewesen, daß DGB und IGM im Vorfeld dagewesen wären, um dem Einhalt zu gebieten. Aber das waren sie nicht. Jetzt mußte sich die IGM als der starke Mann präsentieren, als Vertreter des abhängig Beschäftigten. Weil sie nämlich im Vorfeld zu diesen ganzen Erhöhungen, zu diesem Raubbau aus dem Portemonnaie, kein Wort gesagt hatte. Weil die IGM in der DDR durch Abwesenheit geglänzt hat, dadurch, daß sie da vollendete Tatsachen durch die Unternehmer geschaffen hat. Was die Kollegen hier nicht unbedingt als Aufhänger nehmen. Aber der Kollege hat ja die Auswirkungen zu spüren bekommen. Er hat doch gesehen, daß es Containerbuden auf dem Werk von Krupp gab, in denen die Leute aus dem Osten und später aus Polen wohnten, die hier für einen Stundenlohn von manchmal unter 7 Mark gearbeitet haben. Jeder hat doch gesehen und gehört, daß hunderttausende aus den Ostgebieten herkommen und den Job hier antreten, und jeder wußte, daß die Leute damit als Jobkiller fungieren und als Lohnräuber mißbraucht werden. Jeder weiß, daß die polnischen Kollegen - das haben sie im Fernsehen gebracht - saisonal in der Landwirtschaft für 2, 3, 4 Mark arbeiten.
Und der letzte Punkt, der mir jetzt einfällt, sind die befristeten Arbeitsverträge, die auf dem Vormarsch sind. In der Stahlindustrie stellen sie keine Leute mehr ein, sie bauen ab über Sozialpläne, alles Friede, Freude, Eierkuchen - und für Zeiten von kurzfristigen Aufträgen werden Unternehmer reingeholt bzw. Leiharbeiter. Die Übernahme der Auszubildenden wird befristet. Die bekommen einen Lehrvertrag mit einem befristeten

Arbeitsverhältnis von 6 Monaten. Die gängige Praxis bei Krupp und in vielen anderen Stahlbuden auch ist die: Wenn ein Elektriker ausgebildet ist, sagen sie ihm: »Wenn du weiter in deinem Beruf arbeiten willst, um Praxis zu kriegen, dann haben wir keine weitere Beschäftigungsmöglichkeit für dich, dann ist das Arbeitsverhältnis nach 6 Monaten beendet. Aber wir machen dir ein Angebot, ein Arbeitsplatz am Hochofen ...«

Der Personalabbau bei Krupp geht wunderbar über die Bühne. Jeden Monat werden Leute

abgebaut, das Werk wird immer kleiner, das ganze Werksgelände wird verkauft - und keiner nimmt das zur Kenntnis. Das Durchschnittsalter ist sehr hoch. Es ist seit langem keiner mehr eingestellt worden.

Entgegen früheren Zusagen geht auch bei Thyssen der Abbau weiter.

Hier in Rheinhausen, während des Arbeitskampfs vor vier Jahren, ist von den Politikern, vom Oberbürgermeister Krings (SPD) und von allen anderen gesagt worden: »Kolleginnen und Kollegen, aus dem Stahlstandort Duisburg wird keine Tonne Stahl verschwinden.« Da haben sie recht! Das geht mit weniger Leuten. Da ist demnächst der neue Großraum-Hochofen bei Thyssen erstellt. Der macht eine Tagesproduktion von 10.800 Tonnen. Da kann man sich ausrechnen, wieviele andere Hochöfen oder Standorte dadurch verschwinden. Und dann gibt es das Konzept der Ministahlwerke: Damit haben sie in Italien so gute Erfahrungen gemacht. Für den Unternehmer sind diese Ministahlwerke erstens sehr flexibel, und zweitens sind sie sehr schnell liquidierbar, ohne großes Geschrei, weil wenig Leute dadrin sind. Sie können auch dadurch entstehen, daß man große Stahlwerke plattmacht und in solche Ministahlwerke umwandelt. Auf die Weise wird der Widerstand nicht so groß. In Rheinhausen hätte es nie diesen Widerstand gegeben, wenn man gesagt hätte, »2000 bleiben erstmal«, so wie man es in Eisenhüttenstadt dauernd macht. Da hat man erst von 7000 gesprochen, dann von 5000, von 3000 ... Da waren nur paar Tage zwischen. Dadurch wird der Widerstand gebrochen. Der Cromme hat klar gesagt: Aus Rheinhausen hat er gelernt, daß ihm das nicht nochmal passiert, von vornherein einen ganzen Standort in Frage zu stellen.

Hat denn der damalige Kampf bei Krupp-Rheinhausen bis heute Auswirkungen – auch auf die Tarifrunde?

Damals haben sich die Rheinhausener an dem Widerstand so begeistert, weil sie vorher gar keinen Widerstand kannten. Krupp ist hier ja der einzige Betrieb, da zu arbeiten, war wie eine "Beamtenstellung" mit der entsprechenden Loyalität gegenüber der Firma. Das war mit einem Schlag alles weg. Ab dem Moment der Stillegungsverkündung waren alle gleich - da ist die Autorität kaputtgegangen und das hält heute noch an. Früher gab's Exzesse von Vorgesetzten, das waren Halbgötter. Meister haben vor paar Jahrzehnten noch Arbeiter in den Hintern getreten. Sonntags ging der Obermeister im Anzug mit seinem Dackel durch die Halle, um zu gucken, ob die Arbeiter richtig malochen. Durch diesen Arbeitskampf haben die sich so in der Richtung befreit, daß sie einfach mehr Selbstbewußtsein entwikkelt haben: Wir sind auch was, was willst du denn, du lebst doch auch nur von meiner Hände Arbeit. Und die andere Seite hat gelernt, daß sie diese Autorität nie wiederkriegen. Die können sie gar nicht mehr kriegen, weil die Kollegen andere Erfahrungen gemacht haben.

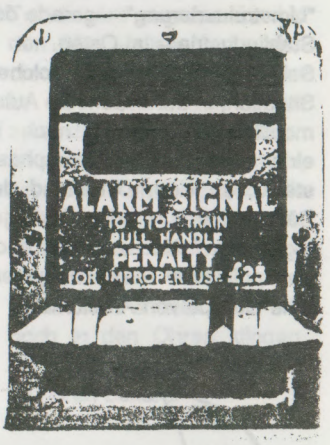
Und das gilt auch für die Gewerkschaft. Der Steinkühler ist während des Arbeitskampfs ausgepfiffen worden. Diese Erkenntnis über ihre Gewerkschaftsführung haben die Kollegen noch im Kopf. Die Gewerkschaft hat hier nix getan, sie hat den Arbeitskampf abgewürgt. Die Rheinhausener haben kein Vertrauen mehr in die Gewerkschaft, aber sie bezahlen sie noch, weil es nichts anderes gibt ...

Die IGM mußte jetzt den starken Maxe machen, um glaubwürdig zu bleiben für die Kollegen, auch in Zukunft. Sie kann aber gar nicht so raus aus ihrem Kasten - für viele und immer mehr Kollegen ist sie nicht mehr die Waffe des Arbeiters, v.a. nicht die nötige Widerstandsform oder die echte Vertretung, für die sie eingesetzt ist, für die sie ja auch bezahlt wird von uns. Wahrscheinlich hat der Unternehmer gesagt: Komm, wir werden jetzt mal ganz niedrig pokern, damit du relativ viel kriegst, damit du dein Gesicht wahren kannst, damit du dich weiter, für die Zukunft, für den Kollegen, einbringen kannst. Die Kollegen haben nachher schlicht und einfach gesagt - ich kenn keinen, der's nicht gesagt hat – »Die reine Verarscherei«.

Die Unternehmer haben auch dafür gesorgt, daß es nicht zur Eskalation kam bei diesen ganzen Reformen. Man hat nämlich Abschläge bezahlt. Krupp-Stahl hat letztes Jahr zweimal erhebliche Abschläge an seine Beschäftigten bezahlt, wegen der "guten konjunkturellen Lage", einmal 350 und einmal ungefähr 500 Mark. Andere haben das auch gefordert, z.B. Mannesmann, und nicht gekriegt. Thyssen hat's gezahlt und Hoesch auch, nachdem die Belegschaften dort aufgestanden sind und gesagt haben, daß sie das auch wollen. Damit ist verhindert worden, daß man zu sehr auf das wegen der ganzen Reformen fehlende Geld hinweist, und zweitens ist man dadurch nicht auf die Idee gekommen, vorgezogene Tarifverhandlungen zu fordern. Diese Gefahr hätte bestanden, das war ganz klar. Oder sie hätten sonst 15% gefordert, die Forderung hätte sich radikalisiert.

Hätte es eigenständige Aktionen gegeben, wenn sich die Gewerkschaft auf 3% eingelassen hätte?

Das glaube ich nicht, bei 3 oder 3,5% nicht. Aber wenn sich die IGM mit denen bei 4,5% geeinigt hätte, ohne Urabstimmung und so, dann hätten sie hier keine einzige Steuererhöhung mehr wagen können. Das ist ein politischer Tarifabschluß. Sie haben auch die zukünftigen Steuererhöhungen wie die der Mehrwertsteuer ins Kalkül gezogen. Das hätten sie sonst nicht mehr durchgekriegt. Sonst hätten die Arbeiter gesagt: Jetzt ist aber Schluß, aber absolut. Aber jetzt haben wir 6,5% und wir müssen ja an den Osten denken und all das ... Ich bin überzeugt, daß so, wie sich die IGM gebärdet hat, die überhaupt nichts zu sagen hatte in der Tarifverhandlung. Das war eine politische Einschätzung und Lösung.



Asturien zur Stunde des Requiems

Generalstreik in den Zechenregionen, Zusammenstöße mit der Polizei, Blockade der Hauptstraßen nach Zentralspanien usw. rückten Asturien Ende 1991 wieder ins Zentrum der gesellschaftlichen Konflikte. Wachen die Bergarbeiter gegen die geplanten Bergwerksschließungen endlich auf? Sind sie wieder auf dem Kriegspfad wie 1934 und 1936, oder wie in ihren harten Streiks gegen die Diktatur in den 60er und 70er Jahren?

Seien wir nicht voreilig, bremsen wir das Entzücken, denn sowohl die Ermüdung durch die Medien als auch der emotionale Bezug, mit dem wir die zornigen Reaktionen "unserer Leute" aufnehmen, können die Bedeutung des Konflikts zutiefst verzerren. Die Umstände, der Rahmen und die Subjekte der Auseinandersetzung haben nichts mehr mit den "glorreichen vergangenen Zeiten" zu tun. Im Gegenteil, alles deutet darauf hin, daß wir uns in der Endphase des gesellschaftlichen Interventionsmodells der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter befinden.

Die Besetzung: das Bild und die Quote der gewerkschaftlichen Macht retten

Die Mobilisierungen vom Dezember begannen mit der Besetzung des Schachts Barredo bei der Stadt Mieres durch die Gewerkschaftsführer von ccoo [Arbeiterkommissionen] und UGT. Es war eine Überraschung, die hohen Gewerkschaftsführer als Bergarbeiter verkleidet zu sehen, begleitet von ihren Adjutanten und bereit, sich in 300 Metern Tiefe einzuschließen, um die Regierung zu zwingen, den Zukunftsplan zu verändern. Die Situation muß schlimm sein, wenn die höchsten Gewerkschaftsführer der Provinz wieder Blaumann und Helm anziehen, die sie schon vor Jahren abgelegt hatten, und einen Knalleffekt wie diesen inszenieren.

Und es ist ernst – vor allem für die Gewerkschaften und ihre Verwalter. Genau wie in den anderen europäischen Ländern erleben die Gewerkschaften eine wachsende Marginalisierung ihrer Fähigkeit, die Arbeitskraft zu verwalten. Die neuen Kriterien der Arbeitsorganisation, die Automationstechnologien, die Prekarisierung usw. stellen ein Universum der Arbeitsverhältnisse dar, in der kein Platz ist für das Eingreifen der Gewerkschaft.
Die für das Jahr 2002 geplante Schließung der Bergwerke des öffentlichen Unternehmens Hunosa bedeutet den Verlust einer Bastion der Gewerkschaftsbürokratie. Im Bergbausektor ist der Organisationsgrad bei mehr als 90% und die Gewerkschaft am tiefsten verwurzelt (die Arbeiterkommissionen entstanden Anfang der Sechziger im Bergwerk La Camocha).

Die letzten Schlachten der alten Arbeiterbewegung

Die Virulenz der Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei sind – wie bereits bei anderen Prozessen der Umstrukturierung (Werften, z.B.) – eher Gradmesser der Ohnmacht als des Offensivpotentials des begonnenen Kampfs.
Das Geschick der verschiedenen PSOE-Regierungen in der Durchführung der kapitalistischen Umstrukturierung in Spanien besteht darin, daß sie den Widerstand nach einem abgestuften Zeitplan lokal binden.
Die Gewerkschaften ihrerseits arbeiteten mit der jeweiligen Regierung zusammen, indem sie jede autonome Äußerung der Arbeiter verhinderten, unterschrieben Abkommen zur sozialen Befriedung und riefen die Arbeiter dazu auf, die »notwendigen Opfer zu bringen, um die nationale Ökonomie zu retten«. Die aktuelle Situation ist nur die offensichtliche Folge einer Entwicklung, die bereits mit den Pakten von Moncloa begann und sich über die Achtziger Jahre hinweg mit der sogenannten Umstrukturierung der Industrie (Textil, Haushaltsgeräte, Stahl, Schiffbau usw.) ausweitete.

Wie erklärt sich die plötzliche Radikalisierung der SOMA-UGT, die nicht einmal zum Generalstreik vom 23. Oktober letzten Jahres aufrief? Warum rufen die Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Demonstration gegen die Deindustrialisierung in Bilbao auf und verhindern das Zustandekommen einer gemeinsamen Front gegen die Umstrukturierung? Warum warteten die Gewerkschaftsführer mit der Mobilisierung im Bergbau, bis sie genau wußten, daß die Entscheidung der Regierung unmittelbar bevorstand und unter diesen Umständen nichts mehr zu machen war?

Die alten Gewerkschafter, die sich in Barredo eingeschlossen haben, sind doch nicht so naiv, zu glauben, daß die Regierung sich in den gemütsvollen Weihnachtstagen erweichen ließe und den Plan von Hunosa zurückziehen würde. Warum ziehen sie also das Spektakel einer Besetzung auf und ziehen die Arbeiter in absolut unnütze, verspätete und verzweifelte Aktionen?

Die Verinnerlichung der Marktlogik

Die Art des Konflikts selbst machte die von den Gewerkschaften vorgebrachten Forderungen zumindest zwiespältig. Denn in Wirklichkeit widersetzen sich die Gewerkschaften nicht dem Zukunftsplan, der die Liquidation von Hunosa vorsieht, sondern nur dem Fehlen von Alternativen, die die Arbeitsplätze –

und man muß annehmen, die Mitgliedschaft – in den Revieren aufrechterhalten. Seit vielen Jahren schon wirken die Gewerkschaften ideologisch auf die Arbeiter ein, und auch jetzt wird die Logik der Marktwirtschaft keineswegs infragegestellt, und keine Stimme erhebt sich gegen die Notwendigkeit, das Defizit der öffentlichen Unternehmen durch ihre Auflösung oder ihren Verkauf an transnationale Konzerne zu eliminieren.

Das einzige, was die Gewerkschaften im Bergarbeiterkonflikt taten, war, Investitionen zu erbetteln. Ein Beweis für die objektive Allianz der Gewerkschaften mit dem Kapital.

Aber das Kapital scheint unter den gegenwärtigen Bedingungen der Ausbeutung der zunehmend prekarisierten Arbeitskraft in der Lage zu sein, auf die Vermittlung und die Kontrolle der Gewerkschaften innerhalb und über die Arbeiterklasse zu verzichten.

Und dies wissen die Technokraten genausogut wie die Gewerkschaftsbürokraten, die versuchen, die Reste des Schiffbruchs zu retten. Beide haben versucht, ihre Trümpfe in diesem Konflikt auszuspielen – nur daß alle Stiche in denselben Händen sind. Deshalb erlaubte es sich die Regierung, den Zukunftsplan während der Besetzung zu genehmigen. Es handelte sich nicht um eine Kraftprobe, sondern um die totale Gleichgültigkeit einem Problem gegenüber, das – zumindest zur Zeit – das sozialistische Management der Umstrukturierung nicht bedroht.

Die Regierung kann auf die Gewerkschaften verzichten, weil die neuen Formen der Arbeitsorganisation und der Arbeitsverhältnisse, die durch die Gewerkschaften während des Übergangs zur Demokratie eingeführt wurden, die Arbeiterbewegung zersetzt und in der Folge ihre Fähigkeit geschwächt haben, auf die Angriffe des Kapitals zu antworten.

Die Leichtigkeit, mit der die sozialistische Regierung ihre Politik der Liquidierung der Industrie und die Erosion der proletarischen Errungenschaften der letzten Jahre des Frankismus durchführt, läßt sich nur mit der Auflösung der Arbeiterbewegung und dem Verlust ihrer Vitalität durch die gewerkschaftlichen und politische Befriedung erklären. Nachdem die Gewerkschaften ihre Wühlarbeit in der Arbeiterklasse verwirklicht haben, hat die sozialistische Regierung freie Bahn bei der Anwendung ihrer wirtschaftlichen Rezepte.

Die Ritualisierung der Konflikte

Nach zwölf Tagen im Schacht gaben die Gewerkschaftler am 4. Januar 92 ihre Besetzung auf. Wie vorherzusehen wurden nicht einmal vage Versprechungen der Regierung oder Verhandlungen auf hoher Ebene erreicht.

Aber unabhängig von den Absichten der Gewerkschaftsführer lohnt das Nachdenken über eine weitere Sache: Seit Jahren werden die Aktionen gegen die Regierungspolitik (NATO, Generalstreik vom 14. Dezember, Golfkrieg, oder der Generalstreik vom 23. Oktober 1991 in Asturien) immer marginaler und zu reinen Bekenntnisakten, trotz der Größenordnung, die viele dieser Mobilisierungen erreichen.

Mit dem Aufruf zu ritualisierten und kontrollierten Generalstreiks sind die Gewerkschaften am Tiefpunkt angelangt. Der Streik, die Mobilisierung und die Sabotage sind weiterhin die Selbstverteidigungswaffen der Lohnarbeiter; aber sie wurden ihres Inhaltes entleert und in rituelle Akte verwandelt, die Verhandlungen legitimieren, die Gewerkschaftsbürokraten mit den Vertretern des Kapitals durchführen. Die Wirksamkeit eines Streiks muß an seinem offensiven Charakter gemessen werden; d.h. an seiner Fähigkeit, den Reproduktionsprozeß des Kapitals zu blockieren, oder an seiner Fähigkeit, den Zyklus zu unterbrechen, den die Ware von der Produktionsphase bis zum Markt durchläuft.

Die neue Organisation des Produktionsprozesses (dezentraler Fordismus) ist nicht nur eine theoretische Formalisierung, sondern eine praktische Wirklichkeit, die gleichzeitig neue Eingriffsmöglichkeiten gegen die verwundbaren Punkte des kapitalistischen Prozesses eröffnet und andere schließt, und die traditionellen Sektoren in die Marginalisierung und den Ruin treibt. Das ist der Fall bei den Bergarbeitern wie zuvor bei den Werft- oder Metallarbeitern. Die Gewerkschaftsaktion während der Umstrukturierung hat dazu beigetragen, die Konflikte in den Herden der größten Virulenz, aber auch den marginalsten zu isolieren. Tatsächlich bedeutet der Streik in einem Sektor, der stillgelegt werden soll – wie der Bergbau – »geringere Kosten« für das Unternehmen als das Weiterführen der Produktion.

Es war diese Gewerkschaftstaktik, die Mobilisierungen gegen die Umstrukturierung (und aktuell die der Bergarbeiter) zum Scheitern verurteilte, weil sie marginalisiert, peripher blieben gegenüber der entstehenden Produktionsordnung. Die Gewerkschaften waren genau dazu beauftragt, das Zusammenkommen der Aktionen und die Ausdehnung auf die neuen neuralgischen Zentren, woher die Profitproduktion kommt, zu verhindern. Indem sie die Kämpfe auf die immer marginaleren Krisensektoren begrenzten, begünstigten sie ihr Scheitern, wie gerade wieder bei den Bergarbeitern.

Die Wirkungslosigkeit der Gewerkschaftsstreiks liegt in der zunehmenden Institutionalisierung der Protestformen im vorgeschriebenen Rahmen aus Respekt vor der demokratischen Ordnung. Und genau in dem Maße, in dem die neue Arbeitsorganisation und der demokratische Totalitarismus die Formen traditionellen Eingreifens der Arbeiterklasse liquidiert, übersetzt sich die Ohnmacht der Lohnabhängigen in die Übernahme von marginalen, symbolischen, bekennenden Ausdrucksformen – auch wenn sie sich manchmal spektakulär und gewalttätig ausdrücken (Reinosa, Euskalduna, Gijón, Cádiz). Die Massenaktion wird zum rituellen Ausleben kollektiver Frustration, die keinen praktischen Druck auf die Verfassungsmacht ausübt.

Der Trost des moralischen Sieges

Natürlich wäre es eine grobe Vereinfachung zu sagen, daß alles nur ein Manöver der Gewerkschaftsbürokraten war, genauso wie zu denken, daß die autonome Aktion der Bergarbeiter, die nicht auf die Empfehlungen der Gewerkschaften zur Rückkehr zur Normalität hörten, »bis die Bürgermeister der Reviergemeinden ihr Gespräch mit dem Industrieminister abhalten«, die Regierungspläne ändern könnte. In diesem Fall bedeutet der Ungehorsam keinen Bruch, sondern nur eine gewöhnliche Disziplinlosigkeit ähnlich z.B. dem Krankfeiern in der Montagsfrühschicht.

Letzten Endes sind sich die Bergarbeiter bewußt, daß nichts mehr zu machen ist. Ein solches Gefühl steckt in der Annahme der wirtschaftlichen Logik, die es verlangt, mit der defizitären Kohleproduktion Schluß zu machen und in der unterwürfigen und schwankenden Haltung, die "Investitionen für Asturien" fordert. Die totale Ohnmacht der Arbeiterbewegung offenbart sich in der dramatischsten und unverhohlensten Form: wenn die Arbeiter das Vertrauen in sich selbst verlieren, dann bleibt nur noch, sich dem Kapital anzuvertrauen.

Außerdem wissen die Bergarbeiter, daß die PSOE ihre Stimmen braucht. Und so wie sie es in Andalusien mit dem Agrarent-

wicklungsplan macht, wird die PSOE mit den Mitteln des Europäischen Sozialfonds irgendeine List finden, um die Unzufriedenheit zu dämpfen und die Stimmen der arbeitslosen und pensionierten Bergarbeiter zu kriegen. Das einzige Problem ist für die Technokraten der Madrider Regierung und die Provinzgewerkschaftler, Hunosa zu liquidieren, ohne daß die Demütigung ihre treuen Kunden aus den Bergwerken allzusehr empört. Mit der Erfahrung von einem Jahrzehnt industrieller Umstrukturierung geht es darum, daß die Arbeiter ihre Niederlage würdevoll er-

tragen – das heißt, nachdem sie sich eine Schlacht geliefert haben. Der Geist der Umstrukturierung inspiriert sich in einem Kompensationsprinzip zwischen beiden Seiten: er überläßt den praktischen Sieg der Regierung (Ausführung des Plans) und den moralischen Sieg den Arbeitern (die kämpfend geschlagen wurden).

Dafür sind die Gewerkschaften da, um einen Kampf zu verwalten, in dem sich die Energie der Arbeiter gegen die Repressionskräfte austoben und die Niederlage mit dem Trost »kämpfend zu fallen« verschmerzt werden soll. Was hätten diese alten Bergarbeiter denn anderes machen sollen als die herauskommenden Besetzer mit erhobener Faust zu begrüßen und [revolutionäre] Parolen aus anderen Zeiten zu rufen? Warum wurde die Präsenz dieser Leute vor dem Schacht – ungeachtet unserer bedingungslosen Sympathie – zu einem pathetischen Bild? Warum bewirken die Gesten der alten Arbeiterbewegung bei uns nur noch Rührung?

Gegen »unsere Leute« zu sprechen ist immer eine undankbare Aufgabe, sei es auch nur, weil es in Wirklichkeit auch eine Art ist, gegen »uns selbst« zu sprechen. Dennoch müssen wir uns von den Vorurteilen und den Ängsten angesichts des zunehmenden Schwindens unserer Bezüge des vergangenen Klassenkampfs freimachen.

Wir könnten unsere Zweifel und Besorgnis verschweigen, wir könnten uns über die Knallkörper und die gesunde Militanz der Bergarbeiter begeistern und den bösen Willen der Madrider Regierung und den Verrat an den Arbeitern schmähen. Aber haben wir denn etwas anderes erwartet? Wir würden uns nur wieder selbst betrügen und noch einmal die Euphorie und den ideologischen Betrug erleben, den uns die Verwalter der bestmöglichen Welt immer predigen.

In ihrer ganzen Komplexität zeigt die Mobilisierung der asturischen Bergarbeiter – genauso wie die anderen Abschlußkonflikte der Umstrukturierungssektoren – eine Reihe von tiefgreifenden Grenzen des aktuellen Klassenkampfs auf. Die Veränderungen der technisch-organisatorischen Bedingungen der Ausbeutung beinhalten gleichermaßen die Veränderung der Widerstandsformen der neuen proletarischen Lage.

Letztendlich werden mit der Liquidierung der traditionellen Bereiche der Zusammenballung der Arbeiterklasse auch die Formen ihrer Integration und ihres Eingreifens in die kapitalistische Ökonomie (Gewerkschaften) liquidiert. Aber wenn wir nicht in der Lage sind, die klärenden Elemente für die neue Phase des Klassenkampfs zu erkennen, die in Konflikten wie dem der asturischen Bergarbeiter stecken können, und das einzige, was uns einfällt, der Rückgriff auf alte Klischees ist (z.B. die Berufung auf die demokratischen und gewerkschaftlichen Werte) und die Lyrik der Niederlage zusammen mit der Liturgie der symbolischen Solidarität anzustimmen, werden wir nur in der schon bekannten Patsche landen: der zigsten Wiederholung der Gemeinplätze über die Krise des linken Denkens.

gekürzt aus: etcétera Nr.19 2/92

Der Streik der

Anfang Februar sind die Beschäftigten der städtischen Verkehrsbetriebe E.M.T. [Empresa Municipal de Trasporte] in Madrid in den Streik getreten, der am 11. April vorübergehend ausgesetzt wurde.

Sie fordern mehr Lohn (3% über der Preissteigerung), Renten von 100%, Urlaub innerhalb der Sommermonate, besseren Service für die BenutzerInnen, und die Wiedereinstellung von 27 Entlassenen. Der Streik beeinträchtigt das öffentliche Leben und den pünktlichen Arbeitsbeginn in den Betrieben Madrids enorm. Als nach einem Monat auch noch die Metrofahrer ein paar Tage lang streiken, kommt es zum totalen Kollaps. Politiker und Presse sind sich einig in der Verurteilung und in der Hetze gegen die Busfahrer – sicher nicht zuletzt aus dem Grund, daß hier ein Arbeiterkollektiv unabhängig von den Gewerkschaften seine Macht einsetzt.

Plataforma Sindical: Die Busfahrer organisieren sich selbst

Der aktuelle Streik ist das Ergebnis eines langen Kampfzyklus, der 1976 mit einem neuntägigen Streik begann. In den folgenden Jahren bleiben die Lohnsteigerungen unter der Inflationsrate. Im Betrieb bilden sich kleine autonome Arbeitergruppen. Unmittelbar nach dem Tarifvertragsabschluß 1987, der wiederum Verluste für die Arbeiter bringt, entsteht eine kleine Arbeiterorganisation im Betrieb, die *Plataforma Sindical*. Mit nur 40 Leuten beginnt sie, Versammlungen in den Fuhrparks zu organisieren und den Betrieb mit Flugblättern einzudecken. Nach einer Zeit ständiger Konfrontation zwischen der Gewerkschaftsbürokratie und der neuen Arbeiterorganisation stehen im Frühjahr 1990 wieder Tarifverhandlungen an. Die *Plataforma Sindical*, die inzwischen 2000 Mitglieder hat, ruft zum unbefristeten Streik auf, der von der Mehrheit der 7000 Arbeiter unterstützt wird. Während der 23 Streiktage besetzen sie die Büros von CCOO und UGT, führen Demonstrationen durch und verweigern die von der Stadtverwaltung verfügten Notdienste. Damit setzen sie die Forderungen nach einer Lohnsteigerung über der Inflationsrate und Arbeitszeitverkürzung durch. Bei den Betriebsratswahlen im Dezember 1990 erreicht die *Plataforma Sindical* 36 der 42 Sitze; UGT und CCOO stellen keine Betriebsräte mehr.

Miese Arbeitsbedingungen – Mieser Service

In den diesjährigen Tarifverhandlungen geht es neben Lohn und Arbeitsbedingungen auch um Privatisierungspläne der Stadtverwaltung. In vielen Städten sind einzelne Linien in die Peripherie oder die Nachtbusse bereits privatisiert. Die Busfahrer befürchten dadurch eine weitere Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen.

Sie verdienen monatlich inklusive aller Zuschläge nur 120 000 ptas (knapp 2000 DM, wobei die Kaufkraft in Spanien geringer ist). Sie arbeiten in Schichten von sieben Stunden. Die Zeitpläne der Fahrtrouten (die außerdem von Kameras überwacht sind) sind so knapp bemessen, daß den Fahrern oft nicht einmal Zeit bleibt, aufs Klo zu gehen. Gelegentlich sieht man einen Bus mitten auf der Strecke anhalten und den Fahrer zum Pinkeln herausspringen...

Neben einer Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen fordern die Busfahrer auch die Verbesserung des Services. Sie haben sich bei früheren Gelegenheiten bereits geweigert, mit verdreckten Bussen loszufahren, oder sich gegen Fahrpreiserhöhungen ausgesprochen.

Busfahrer in Madrid

Auslöser der Mobilisierung war die Ankündigung der Stadtverwaltung, 6000 Mio. Peseten Subvention für die städtischen Verkehrsbetriebe zu streichen – als ersten Schritt der Privatisierung. Die Busfahrer beschlossen für den folgenden Tag einen spontanen Streik. Gleichzeitig standen auch die regulären Tarifverhandlungen an. Da sie den vom Gesetz vorgeschriebenen Zeitraum nicht einhielten, handelte es sich um einen illegalen Streik. Als Reaktion wurden 27 Busfahrer entlassen – alles Betriebsräte der *Plataforma Sindical*.

Zur gleichen Zeit sollten die Tarifverhandlungen bei der Metro beginnen. Sie wurden hinausgezögert, um eine Gleichzeitigkeit mit dem Streik bei der EMT zu verhindern. Durch die Verlängerung des Streiks gab es schließlich doch gleichzeitige Streiks von Bus- und Metrofahrern und auch den Beschäftigten der Vorortzüge (RENFE-Cercanías).

Streik gegen die Regeln

In den ersten Wochen des Streiks verweigern die Fahrer jede Art von Notdienst. Anfang März beginnen sie, einen eigenen Notdienst zu organisieren. Sie fahren nur an bestimmten Wochentagen, die sie selbst bestimmen. Damit erfüllen sie (auf ihre Weise) die Auflagen, erhalten wenigstens etwas Lohn – und erzeugen gleichzeitig für die Stadtverwaltung ein enormes bürokratisches Problem. Denn die Verwaltung meldet die Streikenden aus formalen Gründen beim Arbeitsamt als arbeitslos. Weil die Fahrer nun in Intervallen arbeiten, ist die Verwaltung mit ständigen An- und Abmeldungen beschäftigt.

Dreimal wöchentlich finden Versammlungen mit etwa 2000 Beteiligten statt, wo die Streikenden informiert, und Streikposten, Demonstrationen und Aktionen organisiert werden. Es gibt nur sehr wenige, die sich als Streikbrecher betätigen wollen. Angesichts der Entschlossenheit der Busfahrer traut sich die Stadtverwaltung nicht, Streikbrecher von außen anzuheuern. Die Presse versucht, mit Lügen und ständigen Berichten über die schädlichen Auswirkungen auf Leute, die mit dem Konflikt nichts zu tun haben, Stimmung gegen den Streik zu machen. Dabei wird versucht, zu spalten in die »zwar streikenden, aber relativ gemäßigten« Metro–Arbeiter und die »schlimmeren« Busfahrer.

Die Gewerkschaften und Betriebsräte der Metro wollten den Streik schnell zu Ende bringen, um die Busfahrer zu isolieren. Als die Metro-Arbeiter aber zur gleichen Zeit in einen Vollstreik (mit Ausnahme weniger Notdienste) treten, wird ihnen ein Angebot gemacht: zum ersten Mal seit 10 Jahren eine Reallohnerhöhung, Schaffung einiger weiterer Arbeitsplätze. Die Gewerkschaften willigen sofort ein und beenden den Streik bei der Metro.

Auf die Medienhetze antworten die Streikenden mit einer eigenen Informationskampagne. Wie schon bei dem Streik vor zwei Jahren geben die Frauen täglich ein Flugblatt heraus, das in den Vierteln und auf den Märkten verteilt wird. Die Hetzkampagne und der Versuch, die Bevölkerung bzw. andere ArbeiterInnen gegen die Streikenden zu mobilisieren, bleiben ohne Erfolg. Die Mehrheit der Bevölkerung hat Verständnis für die Busfahrer, die bekanntlich keine Privilegierten sind, und unterstützt ihren Kampf. In Fabriken und kleinen Gewerkschaften wird Geld gesammelt. Eine Umfrage der PSOE ergibt, daß 85% für den Streik sind, und 15% von ihnen dafür, keine Notdienste zu erfüllen.

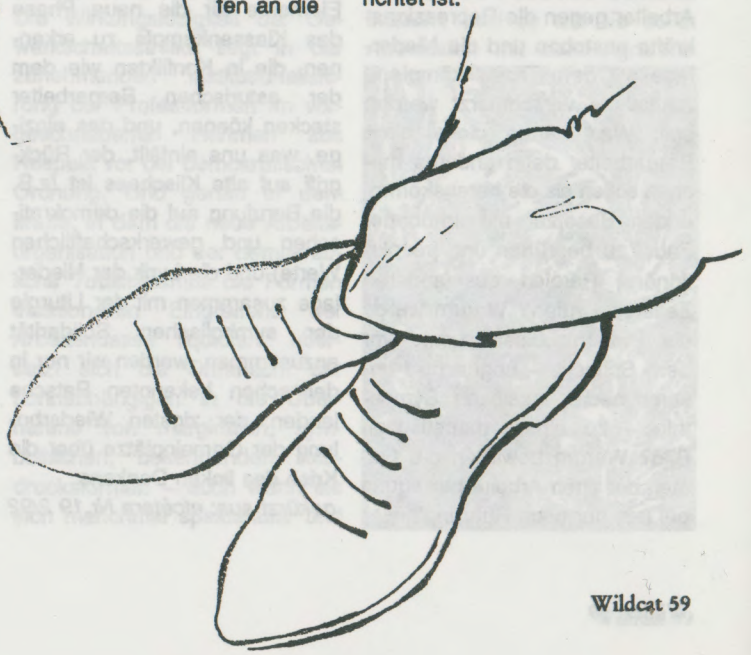
Die Aktivisten der *Plataforma Sindical* hatten selbst nicht erwartet, daß die Busfahrer unter den schwierigen Bedingungen so lang durchhalten würden. Unter den Busfahrern sind viele ältere Arbeiter, die Kampferfahrungen aus der Zeit unter Franco haben. Für sie ist klar: "Wenn sich die Arbeiterbewegung in ihren Kämpfen an die Grenzen der Legalität gehalten hätte, dann hätten wir immer noch Arbeitstage von 14 Stunden".

Letzte Meldungen:

Die EMT weigerte sich beharrlich, zu verhandeln und forderte als Vorbedingung die Beendigung des Streiks. Am 7. April fand der Arbeitsgerichtsprozeß wegen der 27 entlassenen Betriebräte statt, weswegen einen Tag vorher zu einer großen Solidaritätsdemo mobilisiert wurde. Kleinere Gruppen von Gewerkschaftslinken aus Madrider Betrieben (darunter Talbot), Hausbesetzer und Jugendzentren hatten regelmäßig den Streik unterstützt.

Am 9. April beschloß die Versammlung der Busfahrer die Beendigung des Streiks, um der EMT den Vorwand für die Verweigerung der Verhandlungen zu nehmen.

Am 20. April erklärte das Arbeitsgericht 8 der 27 Entlassungen für legitim, alle anderen müssen wieder eingestellt werden. Im Laufe des Streiks wurden allerdings weitere 25 Aktivisten entlassen. Die Verhandlungen gehen weiter, wobei der Schwerpunkt der Forderungen der *Plataforma Sindical* gegen die Privatisierung der EMT gerichtet ist.



»Da werd ich auf meine alten Tage noch zum Revoluzzer...«

Interview zum Streik der LehrerInnen in Berlin

Am 28. März haben die LehrerInnen in Berlin für einen Tag gegen eine geplante einstündige Arbeitszeitverlängerung gestreikt. Die Gewerkschaften hatten in beiden Teilen der Stadt dazu aufgerufen, doch in der Realität besteht die Trennung auf der Ebene der konkreten Kontakte, des Austauschs und der Zusammenarbeit nach wie vor. Wir haben ein Interview mit einem beteiligten Lehrer aus Westberlin gemacht; dabei sind wir ziemlich schnell auf die allgemeine Krise der Schule gekommen, die Schulunlust der Kids und der LehrerInnen, die die Hoffnungen der Bildungsreform immer mehr zersetzt. Die Frage der Zukunft wird sein, ob sich alles immer mehr in individuellen Überlebensstrategien und dem Kampf gegeneinander erschöpft, oder ob die Schule als Punkt der Organisierung genutzt wird, von den SchülerInnen wie von den LehrerInnen. In diesem Sinne gegen pädagogische Sentimentalitäten und berufsständische Klotzerei!

Kannst du mal erzählen, worum es bei dem Streik ging?

Der Senat hat im Zuge seiner Sparmaßnahmen beschlossen, daß an allen Schulen unbezahlt eine Stunde mehr gearbeitet werden soll. Vor ein paar Jahren sind die LehrerInnen nach langen Auseinandersetzungen in die Arbeitszeitverkürzung mit einbezogen worden. Hier in Berlin haben wir seitdem eine Stunde weniger gearbeitet. Danach war es dann bei jeder Tarifrunde so, daß der öffentliche Arbeitgeber mit dieser Stundenreduzierung die niedrigeren Lohnabschlüsse begründet hat. Jetzt, nachdem die LehrerInnen praktisch ihre Arbeitszeitverkürzung selbst bezahlt haben, soll sie wieder verlängert werden.

Auf wieviel Stunden kommt ihr denn in der Woche?

Bei den Vollstellen sollen die effektiven Schulstunden jetzt von 22 auf 23 erhöht werden. Ansonsten hängt das auch sehr vom Engagement der Einzelnen ab und von dem, was du unterrichtest. Wenn du z.B. viel korrigieren mußt, dann sitzt du Stunden, Wochenenden dran.

Ist das eine Berliner Sonderregelung mit der Arbeitszeitverlängerung, oder steht das auch in anderen Bundesländern an?

In Berlin ist damit argumentiert worden, daß sowieso auch im Bildungsbereich gespart werden muß, und der Senat hat sich als Retter der Bildungseinrichtungen dargestellt: "Wenn die Lehrer dieses Solidaropfer für die KollegInnen im Osten bringen, dann kommen die ganzen anderen Sparmaßnahmen nicht." In Bayern wird bspw. diskutiert, die Stundentafel zu kürzen, die Klassenfrequenzen zu erhöhen und den Förderunterricht für ausländische SchülerInnen zu kürzen. Viele denken auch, daß das in Berlin ein Pilotprojekt ist, wenn das hier durchzusetzen ist, dann geht das auch in den anderen Bundesländern.

Wie habt ihr auf den Beschluß zur Arbeitszeitverlängerung reagiert?

Von der GEW und den anderen Lehrerverbänden kam massiver Protest, sie forderten u.a. den Rücktritt des Schulsenators. Es gab bezirkliche Personalversammlungen, eine Demonstration vors Rote Rathaus mit paar tausend Leuten aus Ost- und Westberlin und zig Veranstaltungen.

Die Ablehnung der Arbeitszeitverlängerung war einhellig, die Frage drehte sich nur darum, ob es korrekt ist zu streiken. Die konservativen Lehrerverbände schlugen vor, alle zusätzlichen Arbeiten zu verweigern, Dienst nach Vorschrift zu machen, keine Klassenfahrten mehr usw. Das wird aber von der Landeselternvertretung und einer Reihe von LehrerInnen kritisiert, weil so der Konflikt auf dem Rücken der SchülerInnen ausgetragen wird.

Man hatte den Eindruck, daß man für seine Würde streiken und den aufrechten Gang beweisen müßte. Das spielte in den Schulen tatsächlich eine zentrale Rolle. In meiner Schule z.B. haben nicht nur die in der GEW organisierten KollegInnen gestreikt, sondern auch ältere konservative KollegInnen, die wahrscheinlich das erste Mal in ihrer langen Dienstzeit eine Gesetzesübertretung begangen haben. Da gab es dann so Sprüche wie: "Da werd ich auf meine alten Tage noch zum Revoluzzer". Umgekehrt haben KollegInnen, die sonst so tun, als ob links von ihnen nur noch die Wand kommt, ihren persönlichen Vorteil gesehen und ihren Dienst bei der Schulleitung angeboten. Die interne Spaltung hatte weniger mit dem politischen Standpunkt zu tun als mit der Frage, ob die Leute ein bißchen Courage haben oder Opportunisten sind. Leute, die sich nicht am Streik beteiligt haben, hatten entweder Angst um ihre persönliche Karriere oder waren ganz Verbiesterte, die meinten, als Beamten würden sie sowas grundsätzlich nicht machen. Allgemein nimmt die Loyalität der Beamten aber immer mehr ab, das sieht man bspw. auch daran, daß an Gymnasien mindestens genausoviel gestreikt wurde wie an Gesamtschulen.

Welche Rolle hat es gespielt, daß die Arbeitszeitverlängerung nur in den Schulen eingeführt werden soll?

Bei denen, die gestreikt haben, hat das Gefühl eine große Rolle gespielt, daß eine Berufsgruppe jetzt die Einigungskosten tragen soll. Oft war zu hören: "Das sollte man mal bei der BVG oder der BSR machen, da würde die Stadt im Müll ersticken oder die Busse würden stillstehen, da würden sie sich das dreimal überlegen". In den Schulen hat man auf die Loyalität der "privilegierten Beamten", auf die Wirksamkeit des Streikverbots gesetzt, daß über diese Instrumentarien die eine Stunde mehr durchzusetzen sei. Ein eintägiger Schulstreik gibt zwar ein buntes Bild in der Stadt, lähmt aber nicht das öffentliche Leben. Anders wäre es bei einem längeren Streik, wenn die sog. "unbeschulten" Kids durch die Kaufhäuser ziehen würden wie beim Stromausfall, wo bspw. Karstadt in Neukölln riesige Umsatzeinbußen hatte.

Hattet ihr Kontakte mit Leuten aus den Kitas, Krankenhäusern usw.?

Es gibt keine organisierten Kontakte, aber in den Diskussionen spielt der Kita-Streik eine Rolle. In verschiedener Hinsicht: einerseits als Argument für diejenigen, die gesagt haben, ich riskier doch nichts für einen Streik, du siehst ja, was aus dem Kita-Streik geworden ist, die haben monatelang gestreikt und dabei nichts gewonnen. Andererseits haben viele mitbekommen, daß ein Ergebnis des Kita-Streiks war, daß ständig welche fehlen. Genauso wird es in der Schule auch kommen, der jetzt schon hohe Krankenstand wird sich nochmal verdoppeln und verdreifachen.

Gibt es ähnlich wie in den Krankenhäusern eine Flucht aus dem Beruf, eine hohe Fluktuation?

Naja, es gibt nicht so viele Alternativen. Die Fluktuation entsteht durch die Zunahme von Beurlaubungen für ein oder mehrere Jahre, was ja bei Beamten möglich ist, oder durch die Inanspruchnahme des "Sabbatjahres", d.h. sechs Jahre auf einen Lohnanteil zu verzichten und im siebenten Jahr bei 3/4 des Lohns nicht zu arbeiten und hinterher die Stelle wieder zu bekommen. Es gab in den letzten Jahren auch Versuche bspw. von KunstlehrerInnen, in die Galerieszene, den Kulturbereich abzuwandern usw. Außerdem haben Teilzeitstellen zugenommen: es gibt inzwischen schon eine

ganze Menge KollegInnen, die sich verschlissen fühlen, dem Stress nicht mehr gewachsen sind. Zudem ist ja auch die Altersermäßigung, d.h. weniger Stunden zu arbeiten, wenn du älter bist, gestrichen worden, was auch großen Unmut hervorgerufen hat. Man spricht ja auch von der Vergreisung an den Schulen, der Altersdurchschnitt in den Kollegien liegt so bei Mitte 40. Wenn die jetzt auf die 50 zugehen, wären ganz viele in den Genuß von einer Stunde weniger gekommen. So spart der Senat auch hier enorm.

Wer hat die Veranstaltungen und Versammlungen organisiert?

Die bezirklichen Personalräte, bezirklichen Personalversammlungen, auf denen ca. 1000 Leute aus den Schulen anwesend waren. Sie dürfen offiziell nicht zum Streik aufrufen, haben sich aber in vielen Bezirken nicht nur solidarisch erklärt, sondern den Streik mit Erklärungen unterstützt. Der Streikaufruf selbst kommt von der GEW, sie hat ca. 20000 LehrerInnen in Westberlin zum Streik aufgerufen. In Gesamtschulen liegt der Anteil der gewerkschaftlich Organisierten bei 60%, aktiv sind aber maximal 10%.

Habt ihr eigentlich Elternversammlungen einberufen?

Ich hab es z.B. auf der Klassenelternversammlung schon vor dem Streik den Eltern gesagt. Wir haben an die Eltern Zettel verteilt und um Solidarität gebeten. Bei mir in der Klasse sind am Streiktag nur vier von zwanzig SchülerInnen gekommen. Ich hab mich hinterher über die SchülerInnen bei den Eltern bedankt, daß sie ihre Kinder nicht in die Schule geschickt haben. Es gab aber auch Lehrer, die ihren SchülerInnen gesagt haben, wenn ihr nicht kommt, kriegt ihr Null Punkte. Bei uns waren von den 1000 SchülerInnen vielleicht 1/5 da. Es gab eine große Unterstützung trotz der Medienhetze so nach dem Motto: "Lehrer mißbrauchen ihre Kinder","Eltern empört". Was völliger Quatsch ist, weil z.B. der Landeselternausschuß auf der Demo geredet hat. Es ist halt einfach, auf dieser Ebene Stimmung gegen die LehrerInnen zu machen, weil alle aufgrund ihrer eigenen Schulerfahrung den Lehrer als Gegner kennen- und die Schule hassen gelernt haben. Auch an Elternabenden bekommen manche Eltern noch einen roten Kopf und werden an ihre eigene Schulgeschichte erinnert, wenn sie für die Sünden ihrer Kinder einstehen sollen, oder wenn sie zum Jahrgangsausschuß wegen Disziplinarsachen gerufen werden. Andererseits wird von vielen LehrerInnen diese intellektuelle Überlegenheit, dieser Klassenunterschied auch ausgespielt, was Politiker und Medien wiederum für eine Anti-Lehrer-Stimmungsmache benutzen können.

Wie lief der Streiktag selber ab, seid ihr zu Hause geblieben oder habt ihr Streikposten gemacht?

Vor der Schule gab es Streikposten mit Transparenten und Flugblättern. Die 1. Schulstunde sind wir dort gestanden und danach ins Streiklokal gegangen. Da gab es Theater, Reden, Sketche usw. Dann sind wir zusammen zur Demo...

Gibt es auch abgesprochene Aktionen, bspw. kollektives Krankfeiern?

...es gibt den Vorschlag, Wandertage nur noch zum Schulsenat zu machen. Es kam auch schon vor, daß sich LehrerInnen aus Angst vorm Streiken in Absprache krank gemeldet haben. Auf breiter Front organisiert, hat es das aber nicht gegeben.

Wie haben die SchülerInnen reagiert?

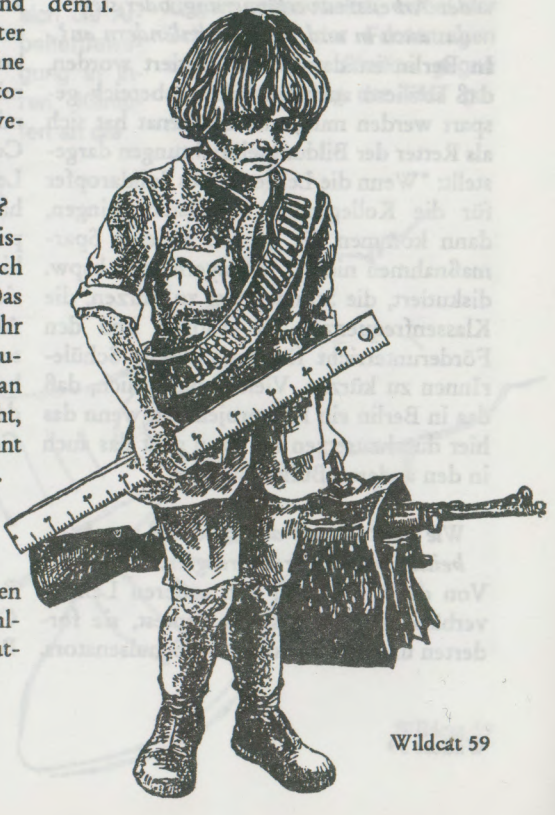
Die meisten sind gar nicht zur Schule gekommen. An einzelnen Schulen gab es welche, die sich mit den LehrerInnen an der Demonstration beteiligt haben. Der Landesschülerausschuß hatte auch zur Demo aufgerufen und dort geredet, es gab aber keine breite Bewegung unter den SchülerInnen, den Streik zu unterstützen. Die meisten haben sich erstmal gefreut, daß einen Tag die Schule ausgefallen ist. Logo, wer unterstützt schon seine Pauker. Es gab aber viele Diskussionen darüber, daß wenn die LehrerInnen noch weniger motiviert sind, sie den Disziplinknüppel noch schneller rausholen, die Sachen gestrichen werden, die noch ein bißchen Spaß machen, die Abschlüsse schlechter werden usw.
Bei den Opportunisten, die nicht gestreikt haben, hat dann auch kein richtiger Unterricht stattgefunden, die haben dann den 2,3 Leutchen die anwesend waren, einen Videofilm gezeigt.
Es gibt aber momentan auch keine Schülerbewegung, die Streiks der SchülerInnen während des Golfkriegs sind nachher wieder in sich zusammengebrochen. Es sind daraus keine organisierten Strukturen unter den SchülerInnen entstanden, es gibt eine Handvoll AktivistInnen, minoritäre autonome Schülergruppen, aber keine Bewegung.

Wie ging es nach dem Streiktag weiter?

In den nächsten Tagen gab es erstmal Diskussionen im Kollegium, es wurde sich über die Streikbrecher lustig gemacht. Das Verhalten der Schulleitungen war sehr unterschiedlich gewesen: an manchen Schulen haben sie den Streik unterstützt, an anderen waren sie ganz einfach abgetaucht, und an wieder anderen sind sie rumgerannt und haben sich notiert, wer gestreikt hat.

Wie ist jetzt die Stimmung bei dir im Kollegium?

Schwer einzuschätzen, weil jetzt Ferien sind. Es heißt, daß die GEW die Wahlkampfphase nochmal für Aktivitäten nutzen will. Halt ich aber für unwahrscheinlich, weil die meisten jetzt erstmal stolz darauf sind, sich überhaupt mal gerührt zu haben. Den Parlamentsbeschluß zu kippen, schätzen die meisten als schwierig ein. Es gab jetzt nicht die Haltung: "Wir streiken so lange, bis das Ding vom Tisch ist". Die vorherrschende Haltung war: "Wir lassen uns nicht alles gefallen, das geht jetzt zu weit, da muß man mal auf den Putz hauen, die Zähne zeigen". Auf der Demo haben die Gewerkschaftsfunktionäre gesagt: "Wir haben gezeigt was die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaft ist, und wir haben noch Kohlen zum Nachlegen". Wird sich zeigen! Ich glaube eher, daß es zu individuellem Verweigerungsverhalten kommt, daß Vorfälle in den Schulen, Schlägereien, Zerstörung, Auseinandersetzungen mit Messern und Pistolen unter den SchülerInnen, massenhaftes Krankfeiern und Schulunlust ganz stark zunehmen werden, und erst wenn New Yorker Verhältnisse entstanden sind, die es in Ansätzen schon gibt, wenn es zu Schwerverletzten und Toten in den Schulen kommt, daß dann die Diskussion nochmal ganz massiv aufbrechen wird....
Die Hilflosigkeit der Schule, darauf zu reagieren, ist schon jetzt in vielen Schulen Thema. Mit diesen ganzen Verhältnissen in der Schule fertigzuwerden..., auch von den materiellen Bedingungen geht es immer mehr den Bach runter, Hausmeister- und Hallenwartsstellen werden nicht mehr besetzt usw., das schafft eine zunehmende Unlust, die Reformpädagogik ist passé, weil die Mehrzahl der LehrerInnen das schon unheimlich lange machen, das sind abgegessene Leute, auch die, die irgendwann mal mit Reformvorstellungen an die Schule kamen. Die machen das zehn Jahre, dann weicht das individuellen Überlebensstrategien und Zynismus. Die Arbeitszeitverlängerung war jetzt das Tüpfelchen auf dem i.



Der Lärm eines zusammen brechenden Systems?

"Riot" als politischer Begriff hielt Anfang der 80er Jahre Einzug in die linksradikale Diskussion. In der damals weit verbreiteten Diskussion über das "Ende der Arbeiterklasse" nahmen die einen "Abschied vom Proletariat", suchten nach neuen revolutionären Subjekten und fanden sie z.B. in den aufständischen Jugendlichen in Großbritannien. Andere wiederum, die in den "Teilbereichsbewegungen" aktiv gewesen waren, sahen in den Riots die Möglichkeit der "sozialen Ausweitung" der eigenen Kämpfe. Riot war der Begriff, der die Kämpfe der Jugendlichen, MigrantInnen, prekär Beschäftigten etc. zusammenfassen sollte. In ihnen wurden die Kräfte gesehen, die in der Lage seien, die spätkapitalistische Gesellschaft zu stürzen, das sog. untere Drittel, das nicht mit "goldenen Fesseln" an das Kapital gekettet sei. Allerdings war bspw. in Großbritannien bereits Mitte der 80er Jahre Ernüchterung über die Chancen einer solchen Revolution eingekehrt: den Riots war es nicht gelungen, sich räumlich und sozial auszuweiten und es waren kaum Verbindungen zu anderen Kämpfen entstanden (bspw. zum Bergarbeiterstreik).

Aber zunächst schien sich die 80er Jahre über die Hoffnung zu bestätigen: Überall kam es zu Riots, in Südamerika, in Nordafrika ... und als "Anti-IWF-Riots nahmen sie deutlich politische Züge an. Doch inzwischen ist auch da Desillusionierung eingekehrt: der informelle Sektor, aus dem diese Kämpfe entstanden sind, ist in vielerlei Hinsicht ein Abbild des formellen Sektors: eine differenzierte kapitalistische Struktur, in der es Kämpfe und Auseinandersetzungen gibt. Zudem haben sich die Kämpfe oftmals gegen sich selbst gewendet und die Leute schlagen sich gegenseitig die Köpfe ein.

Die Riots in den USA sind vielleicht ein Zeichen, daß in dieser Hinsicht eine Trendwende einkehrt und sich die Gewalt nicht mehr innerhalb der proletarischen Communities austobt.

Unter einem Riot wurden die unterschiedlichsten Ereignisse verstanden: die Kiezrandale in Kreuzberg z.B. erhielt diesen Namen genauso wie die Unruhen jetzt in den USA. Dabei unterscheiden sich diese Situationen grundlegend in ihrer Fähigkeit zur Verallgemeinerung und Ausweitung: im ersten Fall handelt es sich um eine ziemlich einzigartige soziale Situation in Deutschland (dementsprechend hat der 1. Mai 87 in Kreuzberg auch keine Nachahmung gefunden), während sich die Lebenssituation in den proletarischen Vierteln in den USA nur graduell unterscheidet und der Funke rasch überspringen kann. Die Brisanz dieser Situation haben die aktuellen Ereignisse gezeigt.

Im folgenden einige Texte, die sich mit den Riots in Frankreich und den USA auseinandersetzen und Thesen zu Riots - Jugendbewegung - Klassenkampf:

Im Artikel Die Krise hat eine Sprache gefunden: Die Wutexplosionen in den französischen Vorstädten analysiert Charles Reeve die Situation der jugendlichen MigrantInnen in den französischen Vorstädten. Der Brief von G. Soriano ist eine Kritik an diesem Artikel.

Zu den aktuellen Ereignissen in den USA gibt es das Thesenpapier Aufstand in der Stadt der Engel und Auszüge aus dem Artikel "No Justice, No Peace" von Harry Cleaver.

In diesem Zusammenhang siehe auch das Interview zum Streik der LehrerInnen in diesem Heft und den Brief aus San Francisco.

Eat the Rich!

Die Wutexplosionen in den französischen Vorstädten

Die Jugendrevolten in den armen Vorstädten Frankreichs, in denen viele der immigrierten Arbeiter leben, stehen inzwischen auf der Tagesordnung. Oft stehen diese Revolten im Zusammenhang mit der Ermordung von Jugendlichen durch Händler, Privatbullen oder auch durch die staatliche Polizei. Etwa 300 Ausländer oder Jugendliche ausländischer Herkunft (fast alle aus Nordafrika) wurden im Lauf der letzten zehn Jahre getötet. Das ist eine lange Liste, eine schwere Hypothek für all die Propagandisten der Demokratie im Land der "Menschenrechte" .... Die zerstörerische Wut der Jugendlichen richtet sich vor allem gegen die Orte des Kommerz, als wäre sie ein Ritual des Trostes für frustrierte Konsumenten. Da die Revolten weitergehen und die Zahl der Toten zunimmt, werden zusehends diejenigen zur bevorzugten Zielscheibe, die die Repression des Staats repräsentieren. In vielen dieser Stadtteile reicht heute bereits das Auftauchen der Polizei, um Unruhen auszulösen.

Es handelt sich um Explosionen von Gewalt, in denen sich eine Revolte gegen eine andere Art von Gewalt ausdrückt: jene der Lebensbedingungen der Jugendlichen in diesen Stadtvierteln. Angesichts ihrer Allgemeinheit kann man sie nicht als "Unfälle" oder einfache Probleme der "öffentlichen Ordnung" betrachten. Innerhalb kürzester Zeit ist das Problem der Vorstädte, verbunden mit der Marginalisierung eines bedeutenden Teils der Jugendlichen zu einem der schwerwiegendsten Probleme der französischen Gesellschaft geworden. Die verschiedenen politischen Parteien, die bisher hinter den Konsequenzen der Krise hergelaufen sind, sind unfähig, darauf eine Antwort zu finden. Und selbst die reformistischen Konzepte wirken lächerlich angesichts der Breite des Unbehagens[1]. So bleibt für die einen wie für die anderen nur das weite Feld der Demagogie, die mit den Ängsten und Irrationalitäten in der Bevölkerung spielt. Diese Aufstandswelle ist zweifelsohne ein Prüfstein für die Fähigkeit der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, diesen gewalttätigen Reaktionen auf die Rezension entgegenzutreten. Welcher Spielraum bleibt dem Reformismus vor dem Hintergrund eines industriellen Desasters, welches sich immer weiter ausweitet? Wie sollen die städtischen Gebiete verwaltet werden, die von der Massenarbeitslosigkeit extrem betroffen sind? Was soll mit den proletarischen Communities geschehen, die von der Krise der letzten Jahre zerstört wurden? Es ist wahr, daß momentan (nach der Niederlage einiger großer Streiks in letzter Zeit) ein "sozialer Friede" im antagonistischen Verhältnis zwischen den Klassen durchgesetzt ist. Diese Revolten sind folglich der Preis, den der Kapitalismus für eine massenhafte Arbeitslosigkeit bezahlen muß, die für die Durchsetzung dieses "Friedens" unerläßlich ist.

Zum Verfall der Arbeiterstadtteile und der Zunahme der Arbeitslosigkeit kommt heute die tiefe Krise des Schulsystems hinzu. Bekanntlich lastet in den Industrieländern die Arbeitslosigkeit im wesentlichen auf den Jugendlichen und den Frauen[2]. Diese Schichten der Bevölkerung spüren als erste die Konsequenzen der Deregulierung des Arbeitsmarktes. Und bekanntlich hängt auch der Zugang zum Arbeitsmarkt immer stärker vom Bildungsgrad ab. Zur Zeit erleben wir sowohl eine deutliche Verlängerung der durchschnittlichen Ausbildungszeit als auch eine steigende Anzahl von Schulabbrüchen, die zudem immer früher erfolgen. Viele Jugendliche fliegen schon von der Schule bevor sie die Abschlüsse haben, die für den Zugang zum Arbeitsmarkt unerläßlich sind. Natürlich scheitern vor allem Kinder aus proletarischen Familien in der Schule, die in den benachteiligten Vorstädten leben, in Familien, die schon von Arbeitslosigkeit und Not betroffen und Opfer der Krisenjahre sind.

Von der Schule gejagt und mit wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind diese Jugendlichen in Stadtteilen eingesperrt, die als "Schlafstädte" konzipiert waren. Der Langeweile dieser kalten Betonwelt überlassen, schließen sich diese Jugendlichen spontan in Banden zusammen, die sich auf territorialer Basis (Stadtteil, Wohnblock) oder der Zugehörigkeit zu einer Community (Araber, Schwarzafrikaner, Antillesen, Portugiesen usw.) bilden. Diejenigen unter ihnen, denen es gelingt, nicht frühzeitig in der Schule zu scheitern, werden rasch mit dem Problem der Klassenselektion des Bildungswesens konfrontiert[3]. Für die Glücklicheren unter ihnen hält das System ein Arsenal von niedrig entlohnten Lehrgängen, Weiterbildungsmöglichkeiten usw. und "McDonalds-Jobs" bereit! Diese prekären Jobs machen den Großteil der Arbeitsplätze aus, die unter dem Neoliberalismus neu entstanden sind. Für alle anderen ist die "glänzende Zukunft" die lebenslange Marginalisierung. Die Mutter eines der ermordeten Jugendlichen drückt es so aus: »Ein Jugendlicher kann sich hier mit Drogen vollstopfen, klauen oder sich von der

Polizei umbringen lassen«[4].

Die Folgen der wirtschaftlichen Krise treffen die verschiedenen sozialen Klassen in ganz unterschiedlichem Ausmaß. An der Spitze der sozialen Pyramide reproduziert sich die Bourgeoisie auf immer exklusivere Art (von den Elitegymnasien bis zu den Hochschulen). Im Gegensatz dazu ist dieser Prozeß am anderen Ende der Pyramide dereguliert. Auf alle Fälle ist die Reproduktion der Arbeiterklasse im Innern der eigenen proletarischen Communities beendet. Im Schatten des kapitalistischen Wachstums - das wie ein "Naturgesetz" betrachtet wurde - wurden die Arbeiterkinder zu Arbeitern, Technikern und Angestellten. Heute werden sie zu Arbeitslosen, Kriminellen, Drogenabhängigen ... oder Leichen! Bestenfalls werden sie das selbe wie ihre Väter machen, oder... Wachschutz im Supermarkt. Die Zeiten, in denen die Integration der Arbeiterklasse in den Kapitalismus über den individuellen Aufstieg funktionierte, sind vorbei.

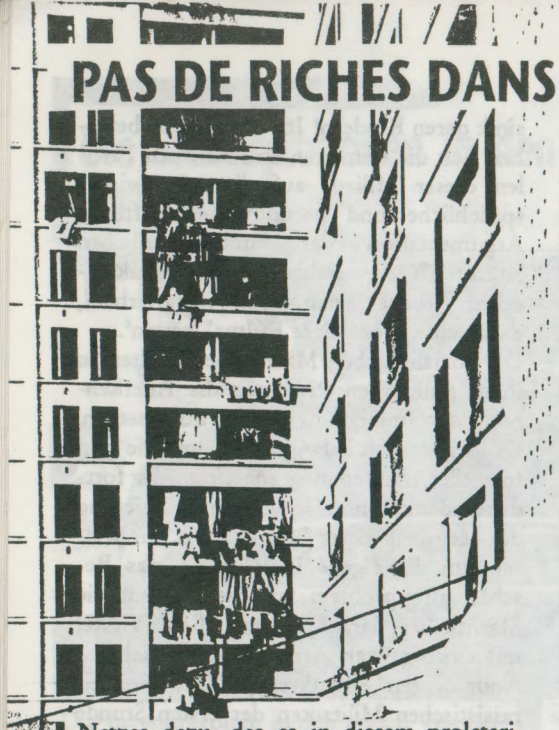
Im Lauf der Bewegung an den Gymnasien 1990 ist eine soziale Spaltung unter den SchülerInnen deutlich zu Tage getreten. Der enorme Unterschied der materiellen Bedingungen zwischen den Schulen in den Vorstädten und den Schulen in den städtischen Zentren hat den Mythos der "republikanischen und weltlichen", egalitären und freien Schule zerstört, der im Zentrum der sozialistischen Ideologie stand. Diese Bewegung wurde vor allem von den SchülerInnen aus den Vorstädten getragen. Anfangs bewegten sie sich aus dem Bedürfnis nach mehr "Sicherheit". In ihrem streng legalistischen Geist haben sich die Sozialisten an der Macht beeilt, den Vorschlag von mehr ... Bullen an den Eingangstüren zu machen!? Aber auch wenn die GymnasiastInnen gegen einzelne Fälle von Gewalt protestiert hatten, waren sie dennoch nicht so naiv, dieses Problem getrennt von den Lebensbedingungen im Stadtviertel und vor allem dem Verfall der Schulgebäude und -strukturen zu betrachten. Sehr schnell hat sich die Forderung nach einer "besseren Schule" in eine Kritik der politischen Entscheidungen des Staates und seiner ökonomischen Logik gewandelt. Einige Monate nach dem Golfkrieg wurde die Parole "Schulen statt Waffen" von der Gesamtheit der GymnasiastInnen begeistert aufgegriffen. Der bestehende Graben zwischen den Lebensbedingungen der Jugendlichen in der Innenstadt und denen in den Vorstädten hatte sich in aller Deutlichkeit gezeigt. Die "duale Gesellschaft" verließ das Feld der soziologischen Untersuchungen und explodierte in der unmittelbaren Wirklichkeit. Die Frage der Vorstädte und einer "verlorenen Jugend" wurde gestellt und ist bis heute ohne Lösung geblieben.

Die antirassistischen Organisationen wurden von den Ereignissen total überrollt und sind nicht mehr in der Lage, in dieser neuen Situation eine Rolle zu spielen. Das wird im Fall von SOS-Racisme besonders deutlich, die ihre Hochzeit während der vorherigen Jugendbewegung gehabt hatte[5], deren Ziel gewesen war, innerhalb der französischen Gesellschaft akzeptiert zu werden. Aus heutiger Sicht läßt sich sagen, daß diese Bewegung vor allem diejenigen Jugendlichen mobilisiert hat, die sozial bereits stärker integriert waren und den Mittelschichten näher standen. Der Protest richtete sich gegen die rassistische Vorstellung, die französische Staatsangehörigkeit und Hautfarbe gleichsetze. Dank ihrer Aktionen hat sich inzwischen selbst die politische Klasse mit der Vorstellung eines multirassischen Frankreichs angefreundet. Die einzige Ausnahme bilden natürlich reaktionäre und fremdenfeindliche Milieus, die alle gesellschaftlichen Probleme den ImmigrantInnen in die Schuhe schieben, vor allem denjenigen, die es nicht mehr sind: deren Kindern! Im allgemeinen beziehen sich die immigrantenfeindlichen Parolen dieser Milieus auf die sehr widersprüchliche und pseudowissenschaftliche Argumentation der "unterschiedlichen Kulturen": die arabischen und afrikanischen Arbeiter seien nicht "integrierbar", da sie eine "besondere Kultur" hätten[6].

Die sozialistischen Machthaber wollten in ihren politischen Projekten die Anerkennung der Immigrantenkinder durchsetzen. Es handelt sich dabei jedoch um eine rein formelle Anerkennung angesichts der fortdauernden ökonomischen Marginalisierung der Mehrheit dieser Jugendlichen. Im Wissen um die eigene Unfähigkeit, das Beschäftigungsproblem zu lösen, haben die Machthaber darauf gesetzt, diese Viertel mit einer ganzen Armee von "Erziehern-Animateuren" einzukreisen. Viele der antirassistischen Militanten der ersten Stunde sind heute in dieses Projekt der Verwaltung und Kontrolle ihres eigenen materiellen und moralischen Elends eingespannt. Getreu ihrer Tradition griff die Sozialdemokratie die Probleme oberflächlich auf und ließ die realen Ursachen unberührt. Aber sie hat sich dabei im Ausmaß der Unzufriedenheit und der Wut einer ganzen Generation gründlich verschätzt. Und heute stehen diese "Animateure-Erzieher", mittellos und abhängig von einem Netz des Klientelismus und politischer Korruption, ohnmächtig vor der Größe ihrer Aufgabe. Das gilt um so mehr, weil sie es mit einer neuen Generation zu tun haben: die "Aufständischen" sind zwischen 10 und 18 Jahren alt, sind sehr mißtrauisch gegenüber Politikern und machen sich über die "Animations"-Arbeit ihrer großen Brüder lustig.[7]

Die Ablehnung der alten antirassistischen Organisationen und das Scheitern der "Sozialarbeit" kommt zum Zusammenbruch des politischen und gewerkschaftlichen

PAS DE RICHES DANS LE QUARTIER



Netzes dazu, das es in diesem proletarischen Milieu gegeben hatte. In diesen städtischen Gebieten sind die Machthaber von nun an mit der völligen Abwesenheit von institutionellen Vermittlern konfrontiert. Nicht nur, daß niemand niemanden mehr kontrolliert, sondern es kann auch niemand ernsthaft behaupten, irgendjemand zu vertreten[8]. Kurz: der ganze klassische Prozeß von Verhandlung und Integration der Konflikte ist blockiert. Folglich bleibt nur die Intervention des Repressionsapparats und in der Folge rassistische Demütigungen, Verhaftungen und, von Zeit zu Zeit, Tote....

Durch ihre Revolte drücken die Jugendlichen der Vorstädte ein gewisses Bewußtsein ihrer Lage aus: das Mißfallen und die Langeweile am Leben, die Ohnmacht, am Lauf der Dinge etwas zu ändern. Für sie bedeutet Jugend nicht Hoffnung auf die Zukunft sondern Verzweiflung. Sie wissen, daß die Zerstörung ihres finsteren Umfeldes das einzige ihnen gebliebene Mittel ist, um Druck auf die Gesellschaft auszuüben. Da sie in ihrer Mehrheit außerhalb der sozialen Beziehungen der Lohnarbeit stehen, können sie nicht einmal in Betracht ziehen, das Räderwerk des Systems zu blockieren. Ausgeschlossen von der Produktion der Waren, zeigen sie sich als frustrierte Konsumenten. Man weiß, daß das Proletariat nur in dem Maß konsumiert, in dem es auch ausgebeutet wird. Ihre Ohnmacht richtet sich also gegen die Medien, zu denen sie ein widersprüchliches Verhältnis haben. Auf der einen Seite nehmen sie sie ganz klar als Instrumente der Macht wahr und für Journalisten ist der Zutritt in diese proletarischen Viertel praktisch verboten. Gleichzeitig sind die Jugendlichen aber davon überzeugt, daß nur die medienmäßige Verbreitung ihrer Revolten sich auszahlt. Dabei fangen sie an, sich immer mehr mit dem Bild zu identifizieren, das die Journalisten von ihnen produziert haben.

Eine ganze Generation wird heutzutage in ihren Verhaltensweisen und ihrer Mentalität durch diese Marginalisierung geprägt, die Ohnmacht und Selbstzerstörung fördert. Diese negative Bild von sich selbst wird ihnen ständig von den Erfordernissen des "neuen" Arbeitsmarktes vor Augen geführt. Es ist die Welt der Prekarität, Instabilität, Unmittelbarkeit und völligen Individualisierung der Verhältnisse. Wenn es ihnen gelingt, dem gewöhnlichen Schicksal zu entrinnen, so glauben einige, daß sie es ihren außergewöhnlichen Fähigkeiten zu verdanken haben....Obwohl sie wissen, daß sie vom System ausgebeutet werden, ignorieren sie die aktive Solidarität, die im Innern (und gegen) die Lohnarbeit entstehen kann. Der Sozialdarwinismus (die Auswahl der Besten) scheint ihnen bezüglich ihrer eigenen Erfahrung die angemessenste Form zu sein.

Die kapitalistische Umstrukturierung produziert zudem Risse innerhalb der proletarischen Familie. Viele Immigrantenkinder betrachten heute angewidert das Leben ihrer Eltern. Schwerlich akzeptieren sie die Bilanz dieser gescheiterten Leben: Entwurzelung, Überausbeutung, Krankheiten, gesellschaftliche Verachtung, Leben im Getto und am Ende Arbeitslosigkeit ... Die Demütigung des Vaters provoziert das Bedürfnis nach Rache, ein um so wütenderes Bedürfnis, je mehr ihnen die Zukunft ausweglos erscheint! Man hätte erwarten können, daß das Wissen um diese zerstörerische Ausbeutung dazu führt, eine Revolte gegen die Regeln der Gesellschaft in Gang zu setzen. Im Augenblick läßt sich aber in diesen Vierteln eher die Herausbildung von Gruppierungen autoritärem Typs beobachten, in denen sich die Jugendlichen sehr gewalttätige Regeln auferlegen. Eine Entwicklung, die nicht gerade Trägerin von besonders emanzipatorischen Werten ist. Wenn die kollektive Erfahrung jene der Gang ist, dann gibt es wenig Hoffnung, daß sich ein reales Bedürfnis nach individueller Autonomie und nach einer neuen Gesellschaft entwickeln wird. Diese individualistische und egoistische Haltung ("jeder für sich") nährt sich auch aus dem allgemeinen Mangel an Vertrauen gegenüber traditionellen Formen kollektiver Aktion. Die Krise des reformistischen Gewerkschaftstums, der Zusammenbruch des Staatskapitalismus, die Leere der modernistischen Sozialdemokratie, all das lastet auf dem Bewußtsein der neuen Generationen. Eine individualistische Überlebenshaltung ist ihre Antwort auf die aktuelle historische Situation. Eine Antwort auf das Scheitern der alten Arbeiterbewegung - von der man hoffen kann, daß sie vorübergeht, auch wenn sie unvermeidlich ist.

Eine offizielle Studie von 1991 kam zu dem Ergebnis, daß 1978 »jeder dritte Franzose einen ausländischen Großvater hatte«[9]. Eine Tatsache, die allein schon genügt, um die fremdenfeindlichen und rassistischen Vorschläge, die das tägliche Leben vergiften, der Lächerlichkeit preiszugeben. In der Mitte Europas gelegen wurde die französische Gesellschaft schon immer von Wanderungsbewegungen von Ost nach West und von Süd nach Nord durchzogen. Heutzutage schätzt man die Zahl der ImmigrantInnen in Frankreich auf 3,7 Millionen, aber »1931 waren es bereits etwa 3 Millionen«[10]. Der vereinfachenden Position, die das

Problem der Vorstädte allein als Problem der Einwanderung darstellt, kann man nur entgegenhalten, daß es sich in erster Linie um das Problem der Integration des Proletariats in einen Kapitalismus in Krise handelt.

In den Mobilisierungen der 80er Jahre haben die Kinder der Eingewanderten dafür gekämpft, in die bürgerliche Gesellschaft aufgenommen zu werden. Die antirassistischen Organisationen hatten damals große Resonanz in den französischen Mittelschichten gefunden. Heutzutage ist der Ausschluß aus der Produktion das wirkliche Problem der Immigrantenkinder. Überall in den Industrieländer gestehen die politischen Machthaber offen ein, daß große Teile der Bevölkerung definitiv von der kapitalistischen Ausbeutung ausgeschlossen bleiben werden. In der gegenwärtigen Phase von stagnierender Akkumulation beschränkt sich dieses Phänomen nicht allein auf Frankreich. Deshalb fanden diese Wutexplosionen von Belgien bis Großbritannien[11] überall in Europa statt, sie sind die ersten gewalttätigen Reaktionen auf die Verarmung, die die aktuelle neoliberale Epoche kennzeichnet.

Die Kinder der Immigranten werden massenhaft von dieser Verarmung betroffen, weil ihre Eltern in den Industriesektoren konzentriert waren, die heute von der Restrukturierung betroffen sind. Die "Problem"viertel sind jene, wo die Automobilarbeiter leben, die Städte mit Bergbau und Textilindustrie, die Stahlregionen. Der französische Kapitalismus der Nachkriegszeit basierte auf der Akkumulation in diesen Sektoren, in denen es eine konzentrierte Ausbeutung von unqualifizierter Arbeitskraft gab. Heute bezahlen die Jugendlichen die Konsequenzen der Restrukturierung dieser Sektoren. Diesen Aspekt der kapitalistischen Krise auf ein Problem der Immigration reduzieren zu wollen, ist eine vereinfachende Sichtweise[12]. Bis in die jüngste Vergangenheit hinein konnte der französische Kapitalismus die sozialen Kosten der Entlassungen mit dem Rückgriff auf getarnte Ausweisungen gering halten: die berüchtigte "Rückkehrhilfe". Damit ist es heutzutage vorbei! Für die Jugendlichen ist "ihre" Vorstadt "ihr Land", und dieses Wunderrezept ist nicht mehr durchführbar. Das Problem der Zerstörung der proletarischen Communities wird sichtbar und scheint unlösbar.

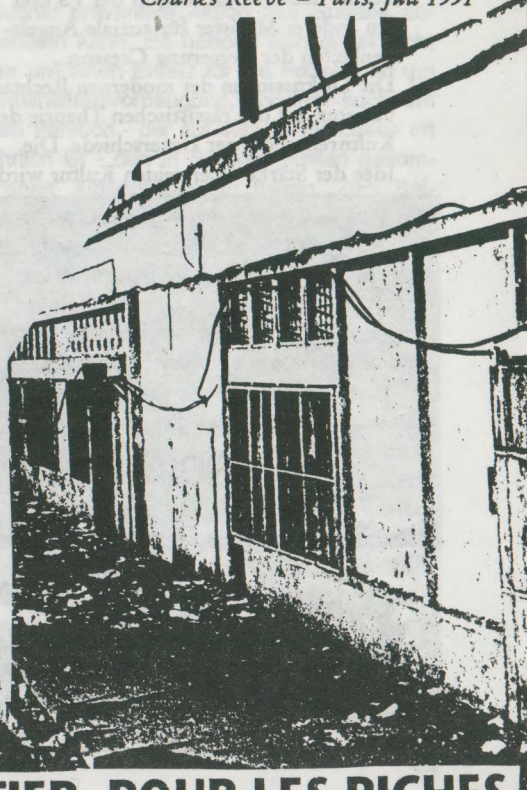
Die Revolten gehen selten über das Stadium der Frustration und der Selbsterniedrigung hinaus, aber Stück für Stück reift in den Stadtvierteln eine politischere Wahrnehmung der Ungerechtigkeiten heran. Heute wird all diese Vergeudung von Leben, Wünschen und Hoffnungen selten als Produkt der kapitalistischen Ausbeutung wahrgenommen. Das System wird nicht wirklich in Frage gestellt. Man klammert sich noch an die Illusion, daß alles anders sein könnte. Alles wird ins Spiel gebracht, um glauben zu machen, daß diese Männer und Frauen aufgrund ihrer ausländischen Herkunft leiden und nicht weil sie ProletarierInnen sind. Die ausländische Herkunft dieser ProletarierInnen erleichtert die kapitalistische Repression und verschlimmert deren Folgen, aber die Ursache dieses Zustandes ist ihr Proletarier- und nicht ihr Immigranten-Sein. Es ist eine Tatsache, daß eine antikapitalistische Einstellung schwierig in den widerlichen Rauchschwaden des Rassismus entsteht. Der Golfkrieg (mit seiner nationalistischen, antiarabischen Kampagne) hat das Gefühl des Ausgeschlossenseins unter den Jugendlichen verstärkt, die nur verlangten, als "Franzosen" behandelt zu werden. Die Wunde ist noch größer geworden.

Trotzdem wäre es falsch, davon auszugehen, daß die gegenwärtige Situation in Frankreich der in den Vereinigten Staaten ähnlich ist, wo die ethnischen Communities sich allein auf sich selbst beziehen und wo ein Auseinanderbrechen und eine beschleunigte Selbstzerstörung stattfindet. Es ist der Unterschied zwischen beiden Situationen, der dem französischen Fall seine potentiell explosiven Charakteristiken verleiht. Es gibt unzählige Verbindungen zwischen diesen Jugendlichen und dem Rest der Gesellschaft. Auch wenn die Mehrheit der Jugendlichen dieser Stadtviertel aus der Schule geflogen ist, so haben sie dennoch Beziehungen zu den SchülerInnen. Oft gibt es Schülerdemos, die sich gegen die Polizeirepression richten. Auf der anderen Seite und trotz der Auswirkungen der Krise leben noch immer viele aktive Arbeiter in diesen Vierteln. Andere, denen es gelungen ist, in weniger verfallene Gebiete zu ziehen, fühlen sich weiterhin betroffen und solidarisch angesichts der sozialen Ungerechtigkeit gegenüber den Kindern ihrer Arbeitskollegen. Auf versteckte und stille Art wird diese Wut zur gegenwärtigen Unzufriedenheit in der Arbeitswelt hinzukommen, die noch auf der Suche nach einer geeigneten Ausdrucksform ist. Trotz Fremdenfeindlichkeit und Rassismus wirkt sich der Gemütszustand der Jugendlichen aus den Vorstädten ganz allgemein auf die gesellschaftlichen Verhältnisse aus.

Eine letzte optimistische Überlegung. Trotz dem Triumph des Individualimus und dem Entstehen von Gruppierungen autoritären Typs, entstehen in diesen Vierteln auch Beispiele von Selbstorganisierung, die auf Prinzipien gegenseitiger Hilfe und Solidarität aufbauen. Das kann in Form von Fußballmannschaften oder Musikgruppen sein, aber auch in Form von Vereinigungen zur Hilfe für die Familien von getöteten oder verletzten Jugendlichen, von Unterstützungsgruppen für Eingeknastete usw. Das entwickelt sich außerhalb der traditionellen

Organisationen, Parteien und Gewerkschaften. Es ist ein reales Zeichen, daß diese Communities nicht ganz dem Fatalismus und der Resignation verfallen sind. Und es ist die Grundlage der Hoffnung, daß eine politischere Sichtweise die Aktionen der Jugendlichen motivieren wird, und daraus der Wille zur radikalen Infragestellung des System entsteht. Ohne eine Entwicklung dieser Art wird all das, was wir erleben,wie es der große argentinische Schriftsteller Roberto Arlt ausgedrückt hat, »der Krach eines zusammenbrechenden Gesellschaftssystems« bleiben.

Charles Reeve – Paris, Juli 1991



Anmerkungen:

1) Die Linke wie die Rechte versucht mit dem Gefühl der Unsicherheit, welches durch die Krise entstanden ist, Politik zu machen, mit dem Ziel, die Notwendigkeit des Staats zu rechtfertigen. Betreffs der Rezepte gehen die Vorstellungen der Sozialisten nicht über diejenigen der Regierung Pétain hinaus. Wie zu den glorreichen Zeiten der "Baustellen von Maréchal" plant man heutzutage, die Jugendlichen aus den Vorstädten aufs Land zu schicken: zur Feldarbeit oder zur Waldsäuberung. Mit Freude erwarten wir die Einführung dieser Maßnahmen...
2) In diesen Ländern ist die Jugendarbeitslosigkeit praktisch doppelt so hoch wie diejenige der erwachsenen Bevölkerung.
3) Der Ausschluß der SchülerInnen ausländischer Herkunft vollzieht sich am Ende der Sekundarstufe. Ihr Anteil in der Grundstufe liegt bei ungefähr 10%, bei 7% zu Beginn und bei 4% am Ende der Sekundarstufe...Es ist bekannt, daß die Mädchen leichter die Maschen dieser Selektion überwinden. Erfolg in der Schule ist für sie eine Möglichkeit, der Enge der Familie und der sexistischen Unterdrükkung innerhalb der Community zu entfliehen.
4) Liberation, 10.6.91
5) Die Organisation SOS Racisme entstand Mitte der 80er Jahre. Seit ihren Anfängen wurde sie von der regierenden sozialistischen Partei offen unterstützt. Ihre Gründungsmitglieder stammen vorwiegend aus den Reihen der Trotzkisten. Ein Teil von ihnen ließ sich schnell von der sozialistischen Partei (PS) vereinnahmen. Einer ihrer Gründungsmitglieder ist heute Abgeordneter der PS und ein anderer Minister für soziale Angelegenheiten der Regierung Cresson...
6) Die Diskussionen der modernen Rechten basieren auf der rassistischen Theorie der Kulturen und ihrer Unterschiede. Die Idee der Stärke einer reinen Kultur wird der Idee einer multikulturellen und somit dekadenten Gesellschaft entgegengestellt. Jedem "Volk" seine "Kultur" und sein "Raum". Der Antiamerikanismus dieser Kreise erklärt sich durch das Verwerfen der Vermischtheit dieser Gesellschaft, die als Faktor der Schwächung und des Zerfalls betrachtet wird. Ebenso vertreten die französischen Rechtsradikalen oft pro-arabische Positionen (siehe z.B. die Unterstützung von Saddam Hussein während des Golfkriegs) auf Grundlage des "Respekts vor der arabischen Kultur". Und man tut den arabischen ImmigrantInnen sicherlich Gutes, wenn man vorschlägt, sie in "ihren angestammten Kulturraum" zurückzuschicken!? Diese zweideutigen Ideen finden manchmal ein Echo im konfusen Milieu der extremen Linken...Zudem muß die Tatsache unterstrichen werden, daß die extreme Rechte die europäische Immigration, diejenige der "guten Kultur", kaum angreift. Für sie ist der Immigrant immer der Afrikaner oder Araber. Die Portugiesen (die zahlenmäßig stärkste Immiganten-Community mit einem hohen Anteil an Illegalen) wurden niemals erwähnt. Die konservativen Katholiken (der Front National nahestehend) rekrutieren sogar in dieser Community...
7) Während der ersten großen Unruhen 1991 (Vaulx-en-Vélin, Lyon) fackelten die Jugendlichen die "Kletterwand" ab, die das Bürgermeisteramt (Kommunistische Partei) und Animateure für den Freizeitsport hatten aufstellen lassen... Welch ein Symbol!
8) Die Führer antirassistischer Organisationen können in diesen Stadtteilen nicht mehr intervenieren. Sie werden von den Jugendlichen als Rattenfänger im Auftrag der Politiker betrachtet. Ebenso war die Kampagne von "France-Plus" ein Mißerfolg, die dazu bestimmt war, die Jugendlichen zum Einschreiben in die Wahllisten zu bewegen.
9) *Les étrangers en France*, Revue Econo-mie e Statistique, Juni 91
10) ebenda
11) In Brüssel sind 50% der Jugendlichen Immigrantenkinder. Sie konzentrieren sich in neun der neunzehn Stadtteile. 22% der BewohnerInnen dieser Stadtteile (und jedes zweite Kind) leben unter der Armutsgrenze.
12) Heute sind die wirklichen Probleme der Immigration die illegale Einwanderung, das Recht auf Asyl, die Wohnungsnot und die Familienzusammenführung. Die Beziehung zu den Lebensbedingungen in den Vorstädten ist nicht leicht zu beschreiben und ich lasse sie hier außen vor.

Liebe Genossen!

Ihr habt gesagt, ich soll meine Kritik an dem Artikel von Charles Reeve über die französischen Vorstädte aufschreiben.(...) Ich will vorausschicken, daß ich viele seiner Beobachtungen im einzeln teile, mich aber der Grundtenor des Artikels skeptisch macht. Insbesondere überzeugt mich die Vorstellung nicht, daß die gesellschaftliche Situation in Frankreich am Rande einer Explosion ist.

Sein Diskurs beginnt mit der "Feststellung", daß "die Jugendrevolten in den armen Vorstädten inzwischen auf der Tagesordnung stehen".

Vor dem Sommer 1991 sprach die Polizei von etwa 150 "Risiko"stadtteilen, wo es zu Spannungen kommen könnte. Aber die Stadtteile, wo es tatsächlich Zoff gab, kann man an den Fingern einer Hand abzählen.

Nun verstehe und teile ich seinen Wunsch, die Gettos explodieren zu sehen, diese Ansammlung von moralischem und materiellem Elend des heutigen Frankreichs, aber es scheint mir etwas übertrieben, irgendwelche Zusammenstöße - die Ausdruck einer weit verbreiteten Unzufriedenheit unter den jugendlichen Marginalisierten sind - mit Aufstandsbewegungen gleichzusetzen.

Ohne die Elemente sozialer Spannung in der gegenwärtigen Situation unterbewerten zu wollen, scheint es mir nützlicher, verstehen zu versuchen, wie es dem französischen Staat bis heute gelungen ist, die jugendliche Unzufriedenheit zu kontrollieren und zu integrieren. Ich habe den Eindruck, daß der Wunsch, die Verwerfungen in der Integrationsfähigkeit der französischen Gesellschaft auszumachen, ihn dazu bringt, gewisse Fakten zu übersehen, die der Vorstellung widersprechen, daß "die Zeiten vorbei sind, in denen die Integration der Arbeiterklasse in den Kapitalismus über den individuellen Aufstieg funktionierte". Insbesondere vergißt er, daß der höchste Prozentsatz von jugendlichen "Weißkragenträgern" aus der maghrebinischen Community kommt.

Es ist klar, daß es unter den Studenten starke Differenzen gibt, die sowohl mit der sozialen Herkunft als auch mit dem zukünftigen Berufsweg zusammenhängen. Weniger offensichtlich scheint mir die theoretische Klarheit der Gymnasiasten aus den Vorstädten, wo das Bedürfnis nach mehr Sicherheit in der Schule lange Zeit eine ihrer Hauptforderungen war (...). Der Zusammenhang zwischen den Bewegungen in den Gymnasien und der Anti-Kriegsbewegung scheint mir weit hergeholt, denn diese Bewegung gab es gerade an den Gymnasien nicht. Ich denke, es lohnt sich darüber nachzudenken, warum es an den Gymnasien keine Anti-Kriegsbewegung gegeben hat (über den Konsens hinaus, den sich der Staat für seine Beteiligung am Golfkrieg verschaffen konnte). Die Abwesenheit einer solchen Bewegung drückt eine Integrationstendenz unter den maghrebinischen Jugendlichen aus, trotz des ganzen pro-Saddam-Geschwätzes, der Propaganda der Fundamentalisten und den Versuchen, einen arabischen Nationalismus aus der Taufe zu heben.

Die Tatsache, daß es an den Gymnasien zu keiner Bewegung gegen den Krieg kam, bestätigt auch die Vorstellung, daß die Gymnasiasten nicht nur gegen die verschiedenen Reformprojekte der Schule in den letzten Jahren gekämpft haben, sondern neben einem allgemeinen Unbehagen auch ein Integrationsbedürfnis der verschiedenen Communities ausländischer Herkunft existiert. Was erklärt, warum es gerade die Immigranten oder ihre Kinder sind, die den Entscheidungen des Staates am meisten untergeben sind (...).

Mein Eindruck ist, daß das Verhalten der Immigranten in diesem Krieg keine Ausnahme von der Regel war. Die Erpressung des nationalen Konsens des Gastlandes hat gegen die Immigranten und ihre Kinder Wirkung gezeigt - während des Krieges gab es keinen einzigen bedeutenden Kampf. Und obwohl sie der Motor der vorherigen Studentenbewegungen gewesen waren, sind auch die maghrebinischen Jugendlichen während des Kriegs - mit Ausnahme der Teilnahme von SOS-Racisme an den Demonstrationen - ruhig geblieben. Wahrscheinlich, um der Kriminalisierung zu entgehen, und das erklärt größtenteils, warum es in den Gymnasien keine Bewegung gegen den Krieg gegeben hat.

Apropos: ich möchte betonen, daß die Schule in den letzten Jahren weiterhin ihre Integrationsfunktion erfüllt hat; eine Funktion, die besonders für die Kinder der Immigranten wichtig ist, die in der Schule (und ihrer egalitären Funktion) eine unvergleichbare Möglichkeit sehen, sich in die französische Gesellschaft zu integrieren. Sie setzen wahrscheinlich mehr auf die Schule als die einheimischen französischen Jugendlichen, für die es auch andere mögliche Möglichkeiten zum gesellschaftlichen Aufstieg oder zumindest zur Vermeidung der Marginalisierung gibt.

Ich glaube deshalb, daß der Bruch weniger zwischen den Jugendlichen der Schulen im Stadtzentrum und denen der Vorstädte verläuft, als vielmehr zwischen den Jugendlichen, die ihre schulische Laufbahn fortsetzen und jenen, die davon ausgeschlossen sind.

Ich teile nicht die Einschätzung, nach der die "Sozialarbeit" einer "Armee von Erziehern/-Animateuren" die Lage nicht im Griff hat (...). Erstens scheint es mir nicht ganz richtig, daß die Arbeit der Erzieher-Animateure vom Standpunkt der Machthaber aus völlig unnütz ist: wie ließe sich sonst erklären, daß

es trotz der tiefen Widersprüche so selten zu Explosionen kommt?

Zweitens scheint mir das Entstehen von kommunitären Formen, die keinesfalls das Funktionieren der Gesellschaft infragestellen, die konkrete und sichtbarste Form der Integration und der staatlichen Intervention in den Vorstädten zu sein. Mir scheint sogar, daß angesichts der Ineffizienz der traditionellen Interventionsformen über Ortsverbände von Parteien, Gewerkschaften usw., das Vereinswesen und die Förderung sportlicher und kultureller Aktivitäten zur heutigen Form der Integration geworden ist, die neue Formen von Gesellschaftlichkeit ermöglicht.

Von diesem Gesichtspunkt aus scheint mir, daß der französische Staat aus der amerikanischen Erfahrung einiges gelernt hat: mit relativ bescheidenen Mitteln gelingt es ihm, die Jugendlichen mit konkreten aber begrenzten Fragen zu beschäftigen, die ein starkes individuelles Engagement verlangen, aber deren Auswirkung auf die Gesamtgesellschaft relativ unbedeutend ist. Auf der anderen Seite ist das Ausmaß der Gewalt in den französischen Ghettos auch nicht im entferntesten vergleichbar mit dem in der amerikanischen Gesellschaft.

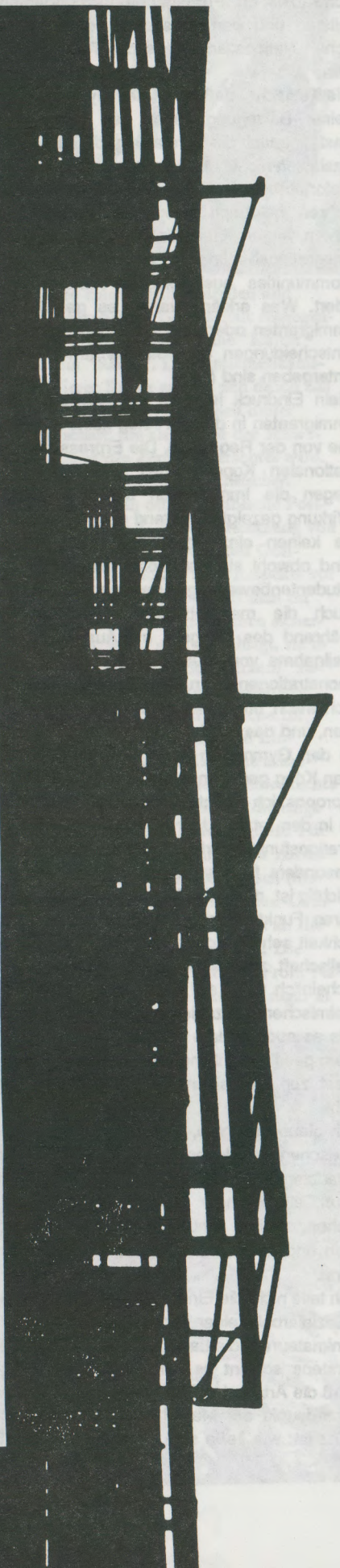
Gleichzeitig scheint mir, daß man die Arbeit der Animateure-Erzieher nicht nur unter der Rubrik: präventive Aktion des Staates abhandeln kann. Es handelt sich dabei nicht nur um einen Ersatz für die Polizei und um Kriminalitätsvorbeugung, sondern auch um den Versuch - der auf subjektiver Ebene oft ehrlich ist - den in Schwierigkeiten gekommenen Jugendlichen zu helfen. Zum Beispiel gegen die Drogen, die Langeweile, die Hoffnungslosigkeit. Unter diesen Personen sind oft Genossen, wie der Kampf der Sozialarbeiter deutlich gezeigt hat.

Oft sind es gerade die Erzieher gewesen, die zusammen mit den jugendlichen Marginalisierten die Initiative ergriffen haben, um das Netz von Selbstverwaltung wieder zu knüpfen, auf das sich Charles Reeve bezieht. Ich denke, daß es deshalb schwierig sein dürfte, die "Guten" (selbstverwaltete Jugendliche) von den Schlechten (Erzieher-Animateure im Sold des Staates) zu trennen. Vor allem wenn wir bedenken, daß es - mangels eines klares Bruches - gerade der Erfolg einzelner Initiativen dieser Art ist, der die Integration fördert.

G. Soriano

Die fröhlichen Rodeos von Königs-Wusterhausen

Riots – Jugendbewegung – Klassenkampf



★ Riots sind ein Schmelztiegel täglicher Kämpfe und Auseinandersetzungen, in ihnen explodieren die alltäglichen Widersprüche und Reproduktionsstrukturen. Dementsprechend vielschichtig und widersprüchlich ist es, was dabei passiert: Verallgemeinerung von Aneignung gegen individuelles Bereichern, soziale Autonomie gegen persönliche Fehden und Sexismus usw.

★ Riots sind oft das "Abfall"produkt der Umstrukturierung, das Getöse, das die Krise begleitet. Für die Teile der Klasse, die "ausgehungert", niedergedrückt und marginalisiert sind, sind sie der Versuch, politisch nicht kaputtzugehen, das Bedürfnis nach Leben aufrechtzuerhalten. Ein "kleiner" alltäglicher Anlaß genügt oftmals, um das Faß zum Überlaufen zu bringen.

★ Auf der anderen Seite sind sie auch Punkte der Neuzusammensetzung: In der spontanen Revolte, im Ausbruch aus der Normalität gehen Leute aufeinander zu, zerbrechen alte Schranken, entsteht trotz der Abwesenheit von Macht und Organisierung Stärke als Klasse. Die Lust an der Zerstörung, an der großen Party verbindet!

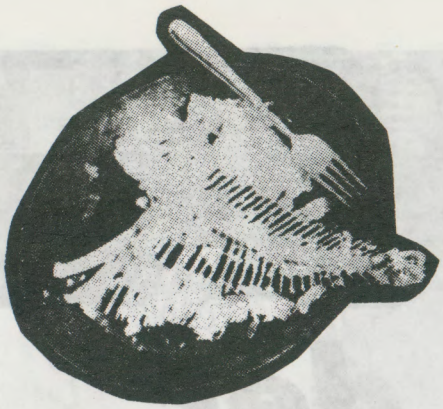
★ Oftmals waren Riots Vorboten von breiten gesellschaftlichen Kämpfen, der "Blitz vor dem Donner" des aufkommenden Kampfzyklus (z.B. die Straßenschlachten auf der Piazza Statuto in Turin 62 oder die Wattsunruhen 65 in Los Angeles). In ihnen kam schon diffus eine gesellschaftliche Aufbruchstimmung zum Ausdruck, die in ihrer Folge weite Kreise ziehen sollte. Zudem ermutigen die Aufmerksamkeit und die Zugeständnisse der Herrschenden andere, selber zu den "Waffen" zu greifen.

★ Anfangs der 80er Jahre wurden die Riots "ideologisiert": sie wurden als existenzielles Aufbegehren thematisiert, aus ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang gerissen und zu Transporteuren von neuen gesellschaftlichen Werten hochstilisiert. Man sprach von einem neuen Zyklus von Sozialrevolten im nachkeynesianischen Staat, der sich jenseits von Arbeit und Ausbeutung entwickelt. Es gibt jedoch keine gesellschaftlichen Bereiche, die sich dauerhaft jenseits davon entwickeln können. Die Frage, die sich stellt, lautet eher: ist der Riot nur Nebenprodukt der kapitalischen Umstruktierung und endet er darin, daß sich die Leute wieder individuell durchschlagen, oder ist es tatsächlich das Vorzeichen einer neuen Klassenzusammensetzung, entstehen dabei bleibende politischen Strukturen etc.?

★ Obwohl Riots im Gegensatz zu "zivilisierten" Politikformen sehr radikal erscheinen und dabei meistens keinerlei Forderungen aufgestellt werden, funktionieren sie oft wie ein Hilfeschrei, wie ein roher Appell. Ohne Mittel, das Aufbegehren offensiv fortzusetzen, werden "Forderungen" erfüllt, die nie formuliert wurden: sog. "Problem"viertel erhalten mehr Kohle, neue Sozialprojekte entstehen usw. Ob dann wieder Ruhe einkehrt, oder "Hunger nach mehr" entsteht, ist aber damit noch nicht entschieden.

★ In vielen westeuropäischen Ländern gingen die Riots von den männlichen Migranten der 2. und 3. Generation aus, fanden in "ihren" Ghettostadtteilen statt. Was oft einfach aus der Wut auf die gesamte Lebenssituation entstand (Arbeitslosigkeit, Wohnsituation, Rassismus, Familiensituation usw.), wird von allen Seiten "ethnisiert", auf die "Ausländerfrage" reduziert: der Staat spricht von neuen Randgruppen, ihre vermeintlichen Sorgen füllen die öffentliche Diskussion, Sozialprojekte zur sog. Ausländerintegration boomen ...

★ Im Laufe der 80er Jahre ist die Integrationskraft der türkischen Familie in Deutschland in die Krise gekommen: Generationskonflikte und das Aufbegehren gegen die elterlichen Lebensperspektiven haben dazu geführt, daß die türkischen Jugendlichen auf der Straße sind und sich seit spätestens 87 auch in die Randale einklinken, bzw. inzwischen zu ihren eigentlichen Trägern geworden sind, während sie noch in der Häuserbewegung 80-82 völlig außerhalb geblieben sind. Die oben beschriebene "Ethnisierung" war ein Gegenangriff auf diese Prozesse, worauf die Jugendlichen selbst teilweise mit einer Selbstethnisierung antworteten (nationale Identität, Islam usw.)



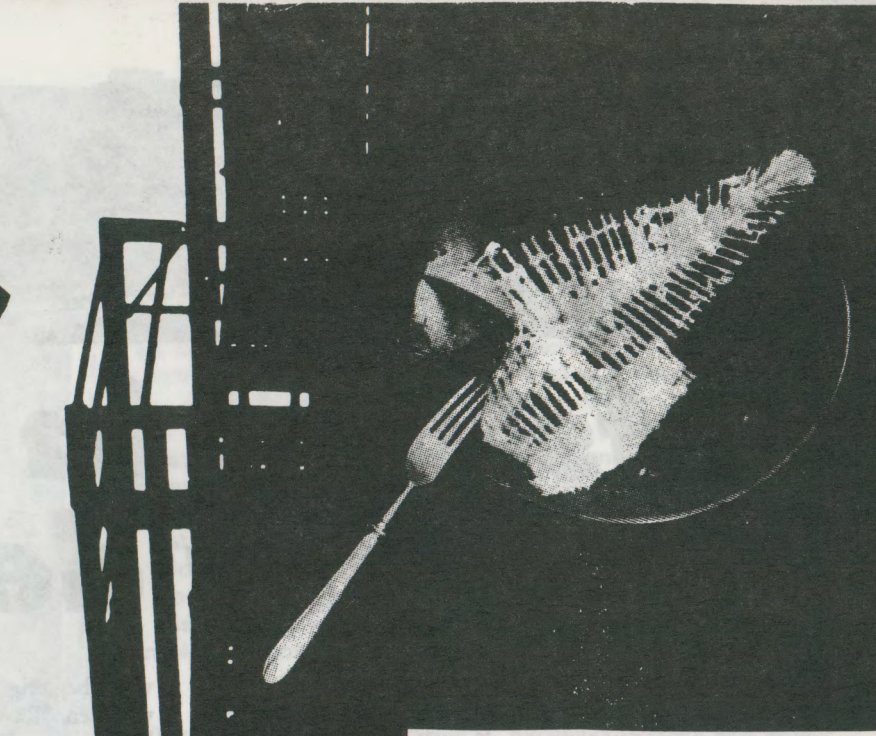
★ Auch die Schule ist in den letzten Jahren in die Krise geraten: bei LehrerInnen wie SchülerInnen macht sich Unlust breit, die Schulabbrüche nehmen zu. Dennoch wird die Schule nach wie vor als Möglichkeit zum gesellschaftlichen Aufstieg betrachtet und hat ihren integrativen Charakter nicht vollständig verloren.

★ In Deutschland ist es dem Sozialstaat meist gelungen, Riots von anderen Kämpfen zu isolieren: die Klasse ist nicht so "ausgehungert", daß sie sich so einfach in den Bedürfnissen und Verhaltensweisen der Rioter wiedererkennt.

★ Bis gegen Ende der 80er Jahre waren Riots zumindest in Deutschland links besetzt (Teilweise waren es "politische Riots"). Die Straßenkämpfe, die z.B. den Häuserkämpf Anfang der 80er Jahre begleiteten, waren von politisch Organisierten initiiert. Die Entwicklungen der letzten zwei Jahre vor allem in der ehemaligen DDR, die Aktionen der Hools, der rechten und faschistischen Jugendbanden haben die Vorstellung des "sauberen" Riot, des Riot als "linke" Politikform endgültig in die Krise gebracht.

★ Viele Linke setzen auf eine Polarisierung: die Linken und die ausländischen Jugendbanden im antifaschistischen Kampf gegen die rechten deutschen Jugendbanden. Umgekehrt ist es aber auch nur zynisch, dagegen den allgemeinen "neutralen" Begriff der "sozialen" Revolte gegen die Verhältnisse zu setzen. Der Perspektive von Bandenkriegen und Partikularisierungen kann aber nur entgangen werden, wenn neue ("linke") Jugendbewegungen entstehen, die diese Gegensätze in einen gemeinsamen Kampf umdrehen, der sich frei macht von nationalistischen und anderen Verengungen. Das schließt den Kampf gegen rassistische Übergriffe mit ein. Die ersten Anzeichen einer neuen Jugendbewegung in der DDR sind in dieser Hinsicht ein gutes Zeichen.

★ Große Teile der (proletarischen) Jugendlichen, ob die Rocker Ende der 50er, die Punks ab Mitte der 70er Jahre oder die Tagger und U-Bahn-Surfer heute, finden immer Ebenen, das System herauszufordern, sich mit den Bullen zu konfrontieren. Jugendliche Rebellion ist eine historische Konstante, entscheidend ist, ob sie den Rahmen der Privatheit, der individuellen Kleinkriminalität verläßt, und im extremsten Fall eine blockierte gesellschaftliche Situation in Bewegung setzen kann. Die Rocker Ende der 50er Jahre z.B. waren, indem sie einfach ihre eigenen Bedürfnisse, ihre Provokationen gegen die spießige Umwelt und ihre Bandenzusammenhänge in den Mittelpunkt stellten, eine kalte Dusche für das Geschwätz von Kaltem Krieg, Wiederaufbau und Wirtschaftswunder und zugleich Vorläufer der aufkommenden politischen Bewegung.



★ Die Antifa-Bewegung ist in dieser Hinsicht ambivalent: auf der einen Seite bietet sie eine reale Möglichkeit, sich politisch auszudrücken und was zu tun - und schränkt zudem faschistische Gruppen in ihrem Spielraum ein - , auf der anderen Seite verhindert sie, daß die Jugendlichen ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen. Eine alleinige Anti-Haltung zieht der Jugendbewegung ihren Stachel. (Bestes Beispiel dafür war die Demo der Brandenburger HausbesetzerInnen im April in Strausberg, die eigentlich dazu gedacht war, die eigenen Besetzungen zu thematisieren, aber auf eine reine Antifa-Geschichte reduziert wurde.)

★ Die Jugendbewegung wird dann eine Sprengkraft entwickeln, wenn sie jenseits der vermeintlichen Alternativen "Privatheit", "Ideologie" und "Anschluß an eine politische Bewegung" ihre eigenen Ansätze von Selbstorganisierung findet und weiterentwickelt; und sich diese auch nicht mit ein paar ABM-Programm-Geldern einkaufen läßt. Dann wird der Krach des zusammenbrechenden Gesellschaftssystems noch lange nachhallen:
Die Revolution, sie lebe hoch!

Aufstand in der Stadt der Engel

Los Angeles brennt. Und ungeachtet aller Kommentare – von »Rassenunruhen« bis hin zu »Verbrechern, die die Bevölkerung terrorisieren« – sehen wir deutlich das Lachen auf den Gesichtern der Leute, die ihr Paradies in Schutt und Asche gelegt haben...

Am "Anfang" steht ein Justizskandal. Nicht, daß die Bullen Rodney King halbtot geprügelt haben – so was kommt in L.A. mehrmals am Tag vor –, sondern daß sie freigesprochen wurden, obwohl die ganze Fernsehnation das Video gesehen hat, das das Gegenteil beweist. Das Verfahren war in den Vorort Simi Valley verlegt worden, einen beliebten Altersruhesitz für pensionierte Bullen. Dies war nicht in erster Linie ein pro-weißes, sondern ein Pro-Bullen-Urteil. »Die Geschworenen dachten nicht, die Bullen seien unschuldig. Sie wußten, daß sie schuldig waren, aber das war ihnen scheißegal«, heißt es in einem Flugblatt aus Oakland.

Die Liberalen, die etablierten "afrikanisch-amerikanischen" Organisationen, die politisch einflußreiche schwarze Mittelschicht, zu der auch Bürgermeister Bradley, ein Ex-Polizist, gehört: Sie alle sind empört über das Urteil. Dies eine Mal hätte der Rechtsstaat aktiv werden müssen... Aber während sie noch staunen und protestieren, sind schwarze und Latino-Jugendliche in South Central Los Angeles schon zum Angriff übergegangen. Unter »No Justice, No Peace«-Rufen ziehen sie zum Polizeipräsidium und bewerfen das Gebäude und die herumstehenden Streifenwagen mit Steinen. Dann laufen sie weiter in die Innenstadt und greifen Rathaus, Staatsgericht und das Gebäude der *Los Angeles Times* an. Und während Mitglieder der vielen Jugendgangs bewaffnet in "weiße" Gegenden gehen und Autos plattmachen, passiert in South Central etwas unerhörtes: Zigtausende von BewohnerInnen des Viertels ziehen auf die Straßen und feiern einen Aufstand. Wo die Bullen auftauchen, werden sie angegriffen. So halten sie sich erstmal zurück und sehen nur zu.

In der ersten Nacht, am Abend des 29. April, beschränkt sich die Revolte vor allem auf South Central – das schwarze Ghetto von Los Angeles, die Gegend mit der geringsten Lebenserwartung, der höchsten Arbeitslosigkeit, vor allem unter Jugendlichen, den meisten Schulabbrechern. Hauptziele der Plünderungen und für den Haß sind die Läden der Viertel. Wie in den meisten proletarischen Innenstadtvierteln der USA gibt es in South Central L.A. nur wenige Läden, und die sind schlecht und teuer. Besitzer sind oft koreanische Immigranten. Im Viertel wohnen hauptsächlich Schwarze und Latinos (um zwei der nur beschränkt brauchbaren rassisch-ethnischen Kategorien zu benutzen, mit denen die Bevölkerung der USA eingeteilt wird – und sich selbst einteilt). Auslöser des Aufstands ist die Wut über die besonders beschissene Situation der "nicht-weißen" Arbeiterklasse, die sich auch ideologisch im schwarzen Nationalismus ausdrückt. Insofern ist es faktisch ein "schwarzer Aufstand", und die Medien greifen weltweit begierig das Schlagwort von den "Rassenunruhen" auf. Es werden auch weiße Passanten und Autofahrer angegriffen, das sind aber eher Ausnahmeerscheinungen. Stattdessen beteiligen sich auch viele Weiße aus den umgrenzenden Vierteln. »Ich hoffe, sie fackeln die ganze Scheißstadt ab,« sagt einer am Telefon. Die *New York Times* gibt immerhin zu: »In einigen Gegenden wirkte es wie ein Straßenfest, denn Schwarze, Weiße, Hispanics und Asiaten haben sich vereinigt, um an einem Karneval der Plünderungen teilzunehmen. Wie die allermeisten Polizisten bemerkten, gingen Menschen jeden Alters und aller Arten, einige mit Kindern, in den Kaufhäusern ein und aus, Einkaufstüten und Arme voll mit Schuhen, Spirituosen, Radios, Lebensmitteln, Perücken, Ersatzteilen für Autos, Fußbällen, verschiedenen Gebrauchsgegenständen und Schußwaffen. Einige stellten sich geduldig an und warteten, bis sie an der Reihe waren.«

In der zweiten Nacht greift der Aufstand auf das ganze Stadtgebiet der riesigen Metropole über: Die ganze Stadt brennt – auch die "weißen", "Chicano-" und "asiatischen" Viertel, und auch die BewohnerInnen dieser Viertel sind dabei.

Noch am ersten Abend springt der Funke auch schon auf andere Städte über: In San Francisco plündern hunderte von Jugendlichen aller Hautfarben dieses Planeten das schicke Einkaufsviertel um die Market Street. Die Fernsehbilder, die zeigen, wie sie lustvoll Boutiquenschaufenster eintreten und ausräumen, strafen die Kommentare von den "Rassenkrawallen" genauso Lügen, wie das Prügelvideo das Urteil von Simi Valley. Ähnliches geschieht in Seattle. Die Nachricht (schätzungsweise eher die vom Aufstand in Los Angeles als die vom Urteil) löst ein Mobilisierungsfieber aus, das in den Formen und der Zusammensetzung stark der Mobilisierung gegen den Golfkrieg ähnelt. In über hundert Städten der USA gibt es kleinere Aktionen, zum großen Teil Protestdemos gegen das Urteil. In verschiedenen Städten Kaliforniens verlassen SchülerInnen und StudentInnen ihre Klassenräume und blokkieren Autobahnen (in San Diego, San Francisco, Berkeley und Oakland) und besetzen staatliche Gebäude (Olympia/-Washington, Eugene/Oregon und Austin/Texas). Dabei sind es in den Großstädten der alten Südstaaten wie Tampa/Florida, Las Vegas, Birmingham/Alabama ... vor allem junge Schwarze... In Atlanta/Georgia belagern die Bullen den Campus der schwarzen Universitäten (eine örtliche Politikerin sagt: »Das hat nichts mehr mit Rodney King zu tun. Die besten Studenten am Morehouse College wissen, daß sie in einem Jahr bei McDonalds arbeiten werden.«) Sogar nach Kanada breitet sich die Bewegung aus: Eine Demo in Toronto läuft den antirassistischen Veranstaltern aus dem Ruder und geht in Plünderungen über. Ein Riot, der Anfang Mai 1991 im Stadtviertel Mount Pleasant von Washington/D.C. stattgefunden hatte, wiederholt sich am 10. Mai.

Wildcat 59

Die Polizei von Los Angeles,

Harry Cleaver

»No Justice, No Peace!«

Seit Jahren hat es in den USA keinen ersten Mai wie diesen gegeben. Die Massenmobilisierungen, die die USA von Los Angeles bis San Francisco, von Atlanta bis New York erschüttert haben, sind viel mehr als bloß ein Protest gegen den Freispruch der Polizisten, die Rodney King brutal zusammengeschlagen haben. Das Urteil, das die Revolte ausgelöst hat, hat Energien freigesetzt, die sich aus verschiedenen Quellen speisen. Kaum, daß die Revolte ausgebrochen ist, die zuerst Los Angeles entfachte und dann in den ganzen Vereinigten Staaten explodierte, bezieht sich der wütende Schrei, der sie begleitet – »Ohne Gerechtigkeit kein Frieden« nicht nur auf das Urteil, sondern auf das Leben in Amerika, vor allem in den Großstädten während der letzten Jahre der Bush-Administration. »No Justice, No Peace« ist ein Schrei, der die Rebellion gegen die staatliche Politik speist, die die Löhne, die Sozialhilfe und die anständig bezahlten Arbeiten kürzt. Es ist auch ein Schrei gegen den offensichtlichen Rassismus der letzten zehn Jahre wirtschaftlicher Repression und besonders der Bush-Präsidentschaft eingekleidet in die rassistische Ikonographie von Willie Horton [wenn ich mich richtig erinnere, war das ein Schwarzer, der, frisch aus dem Knast begnadigt,draußen gleich ein paar Leute umgebracht hat. Die Geschichte wurde dann von den Medien ziemlich aufgeblasen]. Die amerikanische "bleierne Zeit" hat vor allem auf denen gelastet, die jetzt revoltieren. Diese Zeit ist vorbei.

Bemerkenswert an der Dynamik der Rebellion war das Versagen der Vermittlungskräfte. Als am Mittwochabend, dem 29. April das Urteil verkündet wurde, bemühte sich jeder anständige "Community-Führer" in L.A., angefangen beim schwarzen Bürgermeister Bradley, die Rebellion in kontrollierbare Kanäle zu leiten. Es wurden Treffen in Kirchen organisiert, eine leidenschaftliche Gospel-Musik wurde mit genauso leidenschaftlichen Worten der Empörung gemischt – all das sollte einen ohnmächtigen und kathartischen Gefühlssturm erzeugen. Bei einem größeren Treffen, das von den Fernsehgesellschaften übertragen wurde, ging der verzweifelte Bürgermeister so weit, daß er die Leute anflehte, nichts zu tun. In bester "Krämer"-Tradition sahen die Gewerkschaften ihre Hauptrolle darin, den Arbeitsvertrag und den Frieden am Arbeitsplatz durchzusetzen, genau, wie die Community-Führer ihre Rolle in der Aufrechterhaltung der Ordnung sahen. Sie haben versagt.

der Auslöser des Riots, ist ein Besatzungsregime, das seit Jahren mit permanenter Hubschrauber-Präsenz, mit flächendeckenden Razzien, mit Massenverhaftungen von tausenden Jugendlichen versucht, die Herrschaft über Los Angeles aufrechtzuerhalten. Ihr Chef hatte Präsident Carter 1979 schon angeboten, mit seinem SEK die US-Botschaft in Teheran zu stürmen. Sie handelt schon lange nach dem Motto: »Das hier ist Vietnam« (tatsächlich sind viele L.A.-Bullen Ex-Vietnam-Soldaten). Aber sie wird der Lage nicht mehr Herr. Schon in der ersten Nacht werden 4 .000 kalifornische Nationalgardisten hereingebracht, und am Ende schickt Bush (unter dem Beifall des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Clinton) tausende seiner Panama-erfahrenen Marines nach L.A.. Angesichts der Zerstörungen und der Soldaten auf den Straßen macht das Wort "Beirut" die Runde. (Allerdings funktioniert dieser Vergleich wohl eher andersrum, denn die neuesten Nachrichten aus Beirut berichten nicht von Kämpfen verfeindeter Milizen, sondern von einem wütenden proletarischen Mob aus Moslems, Drusen und Christen, der gemeinsam die Villa des Finanzministers stürmt und abfackelt.)

Zu Anfang versuchen die Politiker aller Schattierungen noch hektisch, den Schaden zu begrenzen. Bush sagt, im »amerikanischen Gewissen« sei kein Platz für Rassismus, und der Generalbundesanwalt der USA verspricht hektisch ein neues Verfahren gegen die vier Bullen. Vielleicht hört ihnen jemand im Fernsehen zu, aber niemand in der realen Welt, in L.A., außer den "schwarzen Führern". Die sind völlig ratlos und rufen im Namen der Gewaltlosigkeit dazu auf, den Riot sofort zu stoppen, allen voran natürlich Bürgermeister Bradley. Sogar Rodney King selbst wird verstört als Kronzeuge gegen den Riot vor die Kameras gezogen. Je deutlicher es wird, daß der Riot nicht bloß eine militante Übertreibung "schwarzer Politik" ist, daß es nicht um Chancengleichheit für Schwarze in

der amerikanischen Gesellschaft geht (wovon diese "Führer" ja direkt profitieren), desto klarer grenzen sie sich von ihm ab und sprechen von »Verbrechern«, die das Rodney-King-Urteil nur als »Vorwand« nähmen.

Allerdings sprechen – zumindest für einige Tage – auch die schwarzen Führer nur noch mit den weißen Führern und dem Fernsehen: »Wenn das Justizsystem nicht mehr funktioniert, hören die Leute, die normalerweise auf uns hören würden, nicht mehr zu«, klagt ein schwarzer Priester. Der "afrikanisch-amerikanische" Nationalismus, der ideologische Kitt, der die sogenannte schwarze ""Community"" zusammenhält, wird brüchig. Er funktioniert wie jeder "Befreiungs-Nationalismus": Immer wenn kulturelle "Klassengrenzen" sich tendenziell mit angeblichen "rassischen" (physischen) und/oder "ethnischen" (sprachlich-kulturellen) Grenzziehungen decken, bauen sich "Mitglieder" der "unterdrückten Gruppe" als Führer auf. In den USA gibt es eine lange Tradition "schwarzer Führer". Es gibt natürlich eine Reihe von Unterschieden zwischen den politischen Vorstellungen von Leuten wie L.A.'s Bürgermeister Bradley und Generalstabschef Colin Powell und denen von militanten Führern wie Louis Farakhan. Aber der Unterschied ist nur relativ: Bradley und Powell propagieren die Teilnahme am "amerikanischen Traum"; sie selbst beweisen ja, daß er wahr ist. Die schwarzen Nationalisten dagegen sagen, da das schwarze Proletariat von der Existenz schwarzer Kapitalisten profitiere, hätten diese auch besonderen Anspruch auf die Unterstützung des schwarzen Proletariats. Allen ist gemeinsam, daß sie ArbeiterInnen, die "ihre Hautfarbe" teilen, als Sprungbrett für ihre persönliche Karriere benutzen.

Während das schwarze Establishment immer weniger politisch legitimiert ist, treten als Machtfaktor in den armen Vierteln von Los Angeles zunehmend Straßengangs auf den Plan. Straßengangs sind in den USA nichts Neues: Ihre Vorläufer gehen auf Formen proletarischer Selbstorganisation unter jungen irischen Einwanderern in den Städten der amerikanischen Ostküste zurück. Los Angeles, das heute 15 Millionen Einwohner hat, war bis zur Jahrhundertwende eine Kleinstadt und wuchs vor allem durch die Rüstungsindustrie des zweiten Weltkriegs. Ihre Arbeitskräfte rekrutierte sie aus den Millionen von schwarzen Landarbeitern, die die Baumwollplantagen der alten Südstaaten verließen und in die Industriezentren des Nordens und Kaliforniens gingen. Die Gangs dienten gleichermaßen dem Selbstschutz gegen rassistische Angriffe von Weißen wie der städtischen Sozialisation der frisch eingewanderten "Landeier". Als 1965 in Watts (einem Viertel in South Central L.A.) ein Riot von ungekannten Ausmaßen losbrach, waren es vor allem die Gangs, die jubelnd ihre Feindseligkeiten untereinander einstellten und die Bullen mehrere Tage aus dem Viertel vertrieben. Tatsächlich kam ein großer Teil der Militanten der *Black Panther Party*, die als schwarz-nationalistische Selbstverteidigungsorganisation begann und, vom Maoismus beeinflußt, immer mehr zu einem allgemeinen Klassenstandpunkt überging, aus den Gangs wie den *Slausons*. Die *BPP* wurde Anfang der 70er Jahre vom FBI praktisch physisch vernichtet – zig ihrer Militanten wurden von den Bullen erschossen.

Das amerikanische Kapital hat weltweit vielleicht die radikalsten Konsequenzen aus den Klassenkämpfen der 60er und 70er Jahre gezogen (siehe *Zerowork – TheKla 10*). In den Montagefabriken arbeiteten Mitte/Ende der 60er Jahre mehr Schwarze als Weiße: Die Schwarzen waren zur zentralen Fabrikarbeiterklasse geworden und gleichzeitig zirkulierten ihre Kämpfe zwischen Fabriken und Wohnvierteln (gegen die Arbeit und für Lohn und Sozialhilfe) derart, daß sich z.B. die US-Automobilindustrie nie mehr davon erholt hat. Das amerikanische Kapital hat den keynesianischen Deal aufgekündigt. Ganze Industrien wurden am Standort USA dichtgemacht, in L.A. z.B. die Rüstungs- und Flugzeugindustrie; neue Industrien entstanden z.T. in den "weißen" Vororten, die durch kein öffentliches Verkehrsmittel mit den "schwarzen" Ghettos verbunden sind. In den neuen Sweatshops der Textil- und Spielzeugindustrie arbeiten vor allem mexikanische und asiatische Immigranten. In der Tourismus-Industrie, die mit der Olympiade von 1984 ihren großen Push kriegen sollte, arbeiten meist Weiße. Während die überlebenden schwarz-nationalistischen Führer der 60er Jahre zum großen Teil in die herrschende Klasse der USA integriert sind (obwohl sie immer noch eine "schwarze" Rhetorik pflegen, denn ein schwarzer Bürgermeister weiß, was er seinen schwarzen Wählern schuldig ist), ist ein großer Teil der schwarzen Arbeiterklasse permanent aus dem normalen kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozeß herausgedrängt worden. Gleichzeitig hat auch der Staat praktisch sämtliche ABM-Programme für Jugendliche gestrichen. Offiziell sind 45% der männlichen Schwarzen im ganzen Bezirk von L.A. arbeitslos: eine Arbeitergeneration, die außerhalb der Lohnarbeit aufgewachsen ist. Aus Sicht des Kapitals hat hinter Los Angeles vielleicht die Vorstellung gesteckt, die produktive Kooperation könnte nach einer neuen Version des alten amerikanischen Modells funktionieren, »fünf Italiener, fünf Iren und fünf Polen in derselben Fabrik« zu beschäftigen, »damit sie nicht reden und sich organisieren können«, so der Soziologe Michael Hardt aus L.A., der das aber für gescheitert hält: »Bei uns sagt man, daß alles nur von einem blauen Faden zusammengehalten wird, und der ist die Polizei, die man überall in L.A. sieht.« Und selbst die Vorstellung, L.A. funktioniere für das Kapital mit diesem "blauen Faden", gehört wohl der Vergangenheit an. Die *Wirtschaftswoche* vom 8. Mai 1992 addiert hämisch die Sach- und Personenschäden des Aufstands zur bestehenden öffentlichen Verschuldung von L.A. und erklärt »den Traum von Los Angeles als der künftigen Metropole des Pazifik-Raums« für beendet.

Dafür floriert die Drogen-Ökonomie: Der Haupteinfuhrweg für südamerikanisches Kokain hat sich von Florida nach Südkalifornien verlagert. Drogenkartelle und Kleinbauern haben den peruanischen und bolivianischen Rohcoca-Export, und damit auch den kolumbianischen Kokain-Export stark ausgeweitet. Zur Rettung der Nachfrage kam dann 1983/84 Crack, das "Arme-Leute-Kokain" auf den US-Markt. Den Endverkauf überlassen die Kartelle schwarzen Jugendgangs. Nach Angaben der Bullen gibt es inzwischen mehrere hundert *Rock Houses* genannte Häuser, in denen die Gangs Kokain verkaufen – mehr als Alkoholge-

schäfte – in South Central L.A., von denen jedes zwischen 5 000 und 25 000 Dollar Umsatz am Tag macht. Crack wird an die Armen verkauft, Schnee an die Reichen. In diesem Geschäft geht es um viel Geld, und die Gangs verteidigen nicht nur ihre "Ehre", sondern Märkte. Für viele Jugendliche scheint der Einstieg ins Geschäft der einzige Weg, am "amerikanischen Traum" Hollywoods teilzunehmen, den sie sich sonst nie leisten könnten.

Seit Anfang der 80er Jahre haben sich die paar hundert Gangs zu zwei verfeindeten Netzwerken, den *Bloods* & *Crips* verbündet, die an ihren roten bzw. blauen Hemden, Schnürsenkeln usw. zu erkennen sind. Hollywood hat darüber den ziemlich verlogenen Bullenfilm *Colors* gemacht. Und längst entstehen die Jugendgangs auch in den Vierteln der salvadorianischen und kambodschanischen Immigranten und in denen der Weißen...

Während die Gangs untereinander blutige Kriege führen, sind sie zum neuen Hauptfeind ernannt worden: Die Bullen erklären nicht-weiße Jugendliche von vornherein zu "Gang-Mitgliedern" und verbieten ihnen faktisch den Zutritt zu wohlhabenden Vierteln. In ihrer *Gang-Mitglieder-Datei* sind Tausende von Namen irgendwann mal zufällig aufgegriffener Jugendlicher. In die Schulen werden Zivilbullen eingeschleust, die im Rahmen einer Aktion *School Buy* Schüler zu Drogendeals verleiten sollen. Ständig kommen neue *Anti-Gang-Gesetze* heraus.

Und während der weiße Polizeichef Gates der proletarischen Jugend den »Krieg« erklärt, überlegen Vordenker der sozialdemokratischen *Democratic Socialists*, ob man nicht Internierungslager auf dem Land bauen sollte, und schreiben auch schwarze Politiker die Jugend ab, so wie Harry Edwards, Ex-Propagandaminister der *Black Panthers*: »Man muß sich darüber klarwerden, daß sie es nicht schaffen werden. Die Städte, die Kultur und ganz besonders schwarze Menschen müssen anfangen, sich zu bewegen, um den Müll von der Straße zu kriegen.« Daher sind gerade aus dieser Ecke immer wieder Rufe nach mehr Polizei-"Schutz" für ihre Viertel zu hören.

Willie Wilson, der designierte neue Polizeichef von L.A. ist schwarz und kommt aus Philadelphia, wo die Bullen das Problem der *Move*-Kommune mit dem Abwurf einer Bombe gelöst haben, wobei ein halbes Stadtviertel abbrannte. Er steht angeblich für ein neues Repressionskonzept, ganz in der "Community" verwurzelt...

Zu Recht hat ein bis ins Mark nationalistischer und rassistischer Film wie *Boyz'n the Hood* das Problem der Gewalt untereinander aufgeworfen. Für das Kapital hatten die Gangs bisher eine Reihe von Vorteilen: Die proletarische Jugend bringt sich untereinander um; sie geben einen erstklassigen Vorwand für eine totale Repressions-Strategie ab; der Drogenhandel findet flexible, risikobereite und unternehmerisch denkende Verkäufer.

Die Gangs stellen bildlich die kapitalistische Barbarei dar: das, was passiert, wenn der Kampf der Klasse mit sich selbst die Form des Kampfs aller gegen alle annimmt. Gleichzeitig steckt in ihnen der Keim des bewaffneten Aufstands, und der Aufstand von Los Angeles hat allen recht gegeben, die gehofft hatten, die ganze Scheiße würde irgendwann explodieren.

"Kulturell" hatte sich der Aufstand angekündigt: Die US-Musikindustrie verdient so gut an Hip-Hop, weil die Ghetto-Jugendlichen (und nicht nur die) am liebsten radikal antiamerikanischen Texte hören.

Die Medien müssen immer wieder eine Welt zeigen, die ihnen nicht paßt. Während Bush im Schutz der Marines und seiner Bodyguards ein paar Ruinen in L.A. besichtigt, kommen an der Wand hinter ihm Graffiti ins Bild: *»Bloods & Crips* united!« Angeblich hat es schon eine "Konferenz" zwischen beiden Gruppen gegeben, und sie wollen den Kampf gegen die Bullen aufnehmen.

Dabei bleiben viele Fragen offen, nicht zuletzt, in welches Verhältnis die Gangs bewaffneten Kampf und Drogengeschäft setzen werden...

Die wichtigste Frage ist allerdings, in welches Verhältnis sich der Rest der Arbeiterklasse in den USA zu den Aufständischen setzen wird. Die am weitesten entwickelten revolutionären Kämpfe der 60er Jahre in den USA blieben unter anderem deshalb stecken, weil sie als "schwarze Kämpfe" isoliert wurden (von verschiedenen Seiten). Die Bewegung gegen den Golfkrieg hatte zum ersten Mal seit Jahren verschiedene "Minderheiten"-Bewegungen, Ökologie-Bewegungen, Frauen-Bewegungen und eine völlig neue Jugendbewegung zusammengebracht. Die "zentrale Arbeiterklasse" der 60er Jahre, die so eine Bewegung vereinheitlichen könnte, gibt es heute nicht mehr. Obwohl Kämpfe in der Arbeit in den USA oft und z.T. sehr militant geführt werden, wäre eine unmittelbare Verbindung mit dem Aufstand von Los Angeles sicher an den Haaren herbeigezogen.

Politisch gibt es in den USA immer noch eine "weiße Mittelschicht", auf die sich ein repressiver Staat stützen kann, die vor der Glotze sitzt und es gut findet, wenn Bush die Marines nach L.A. schickt. Die es auch gut fand, daß die Marines nach Panama und an den Golf geschickt wurden, die es noch besser fand, daß das nichts kostete und vor allem, daß sie dabei vor der Glotze sitzen bleiben konnten.

Aber die patriotische Begeisterung für den billigen Krieg im Golf hat sich keine paar Monate gehalten, und rein zahlenmäßig schrumpft diese "Mittelschicht" immer mehr zusammen.

Obwohl die Angst der VorortbewohnerInnen vor den GhettobewohnerInnen sicher größer ist als die vor Saddam Hussein oder Noriega und diese Angst von den Medien sorgsam gepflegt wird, birgt der Krieg im eigenen Land doch die "Gefahr" der Ansteckung: Auch Weiße haben sich bei den Riots beteiligt. Der Spaß und die tiefe Befriedigung aller, die sich beteiligt haben, war unübersehbar. Es heißt sogar, daß die Zahl der Gewaltverbrechen in den Aufstandsgebieten drastisch gesunken sein soll.

Brief aus Paris zum Untersuchungsprojekt "MigrationsarbeiterInnen":

Ich will mal ein paar Worte sagen, um mein Gefühl zu einem Projekt "militante Untersuchung" im ImmigrantInnen-Milieu zu beschreiben, das sich aus unserer Erfahrung (insbesondere im Pariser Viertel Sentier) speist. Ich habe immer noch nicht so richtig die Bedeutung verstanden, die Wildcat (oder einige von Wildcat) einer solchen Untersuchung beimessen, aber ich ergreife mal die Gelegenheit, einige Fragen anzusprechen, zu denen ich euch schon längst mal ein paar Zeilen schreiben wollte.
Wenn es darum geht, bis ins Kleinste die Arbeits- und Lebensbedingungen der illegalen TextilarbeiterInnen zu erfassen, nimmt man sich damit eine journalistische Untersuchungsarbeit vor. Und weil niemand uns dafür bezahlen wird, muß diese Arbeit unseren eigenen Hoffnungen und Vorstellungen entsprechen, erst recht unter diesen Voraussetzungen.
In der aktuellen Phase gibt es eigentlich keine Veranlassung zu denken, daß das Milieu der ArbeitsmigrantInnen Träger einer revolutionären Perspektive sein könnte. Selbst wenn man von der sehr unwahrscheinlichen Annahme ausgeht, daß es gelingt, die Hürden von Mißtrauen, Angst und sprachlichen und kulturellen Unterschieden zu überwinden und Kämpfe anzustoßen, wird das nichts an der Tatsache ändern, daß wir "StaatsbürgerInnen" sind, durch Gesetze bevorzugt und geschützt gegen schreiende Überlebensprobleme, wie sie sie kennen, und daß unsere Rolle - solange es keine breite Solidaritätsbewegung der einheimischen ArbeiterInnen gibt (die sich bisher nirgendwo abzeichnet) - vorrangig darin bestehen wird, ihnen dabei zu helfen, ihr legitimes Bedürfnis nach Integration in die Gesellschaft zu befriedigen, in der sie gelandet sind. Mir geht es hier nicht darum, die Arbeit der Leute zu diskreditieren, die sich entschieden haben, einen Großteil ihrer Zeit in diese Arbeit zu stecken, ich überlege nur, ob das überhaupt materiell mit der Anstrengung vereinbar ist, die revolutionäre Flamme am Leben zu halten, in einer Zeit, wo sie mehr denn je zu verlöschen scheint.
Für diese Anstrengung verfügen wir zur Zeit nur über wenig Handwerkzeug: die Herstellung und Verbreitung von Artikeln für Information und Analyse und vor allem die Diskussion. Ich bin überzeugt davon, daß unsere vordringlichste Aufgabe im aktuellen Kontext von Umwandlung des internationalen Gleichgewichts und der rapiden Veränderung der kapitalistischen Ausbeutungsformen darin besteht, uns die Begriffe anzueignen, um zu verstehen, welche Art von Widersprüchen, welche sozialen Spannungen am Werke sind, auf die man vielleicht in einem günstigen Moment einwirken könnte. Darin liegt für mich der Nutzen eines Treffens wie Wandlitz.
(Also) dieser Prozeß von Klärung und Untersuchung ist notwendigerweise träge und chaotisch, und alle organisatorischen Abkürzungen, die das beschleunigen wollen, laufen einfach Gefahr, ihn scheitern zu lassen. In diesem Sinne kann ein militantes Projekt, mit dem man vereinheitlichen will, nur zur Zersplitterung der Kräfte beitragen, und das für einen extrem hypothetischen politischen Gewinn...
Ich hoffe, es wird deutlich, daß ich nicht für politische Enthaltsamkeit, sondern nur für den sinnvollen Gebrauch unserer Kräfte spreche ...

Brief aus Griechenland zur nationalistischen Hetze und der Spaltung der Arbeiter

Athen, 2.3.92

... Die politische Situation ist die schlimmstmögliche! In Griechenland gibt es keinen organisierten Faschismus, sondern eine allgemeine Hysterie, die die ganze soziale, wirtschaftliche und politische Szenerie betrifft. Die Realos und die ML-Gruppen (was davon übriggeblieben ist) beteiligen sich an dieser Hysterie. Das Beispiel Großdeutschland wiederholt sich wie eine Karikatur als Großgriechenland. Das griechische Kapital hat dieselbe Methode entdeckt, seine Überakkumulations- (Unterkonsumptions-) Krise zu überwinden. Wir (ich meine die) haben überall auf der Welt griechische Minderheiten entdeckt. Wir müssen unsere Mitbürger, die in Südalbanien und Nordmazedonien leben, befreien. Das sind dieselben Leute, die beim Versuch, nach Griechenland zu kommen, erschossen, festgenommen oder gefoltert werden. Die Flüchtlinge aus Albanien werden festgenommen, geprügelt und bei -10°C zu Fuß nach Albanien zurückgeschickt. In letzter Zeit sind auch sie bewaffnet und oftmals gibt es von beiden Seiten Schießereien. Die Grenzen mit dem ehemaligen Jugoslawien sind geschlossen, und zur Zeit finden dort die größten Armeemanöver seit dem ersten Weltkrieg statt. Die staatliche Propaganda behauptet, daß eine Armee, die größer ist als die Frankreichs, vom serbischen Mazedonien, das keinen einzigen Soldaten hat, oder der albanischen Armee, die zusammengebrochen ist, angegriffen wird. Wer dem Nationalismus kritisch begegnet, ist ein/e VerräterIn.
Vor zwei Wochen hat die Regierung zusammen mit Parteien, Gewerkschaften und Kirche eine Demo mit 250.000 Leuten in Thessaloniki organisiert. Die KP (KKE) hat diese Demo leicht kritisiert und wurde dafür von allen als Spione der Slawen bezeichnet. Arbeiter, die nicht an der Demo teilnahmen, wurden entlassen und sieben SchülerInnen, die das ganze Spektakel kritisiert haben, von der Schule geschmissen. Alles stinkt nach Krieg. Die letzten Menschenrechte, die in allen EG-Ländern existieren, gehören bei uns der Vergangenheit an.
Die Bauarbeitergewerkschaft hat letzte Woche einen Streik gegen Arbeitslosigkeit und Nationalismus organisiert, an dem 10.000 teilnahmen. Die Szene hat in den TUs von Athen und Thessaloniki zwei Veranstaltungen gegen Nationalismus und Krieg mit Leuten aus Griechenland und Jugoslawien organisiert. Die waren relativ gut und auch gut besucht, ca. 500 Leute pro Veranstaltung. Wir versuchen, zusammen mit Leuten aus dem serbischen Teil Mazedoniens was zu machen, aber es ist sehr problematisch. Nationalismus ist nicht nur eine griechische Spezialität.
Die ganze Situation sieht nicht so gut aus. Auch die Wirtschaft organisiert sich Richtung Krieg. Ab diesem Jahr gibt es gesetzlich keine Tarifverhandlungen mehr für die arbeitende Bevölkerung. Bei 20% offizieller Inflation gibt es auch keine Lohnerhöhungen. Im privaten Sektor gibt es sogar Lohnsenkungen, weil "unsere" "nationale" Wirtschaft in der Krise ist, und "unsere" Feinde (Türken, Serben, Albaner und Italiener dazu) "unsere" Heimat angreifen wollen. Mir stinkt alles. Ich habe Angst und ich bin einsam, weil die Leute hier alle vom Krieg begeistert sind. Die Gewerkschaften wollen ab nächster Woche streiken, aber die Leute sind nicht bereit, an solchen Streiks gegen die Regierung, für ihre Rechte teilzunehmen.
Es tut mir wirklich leid, aber ihr müßt alle wissen, daß Deutschland im Vergleich zu Griechenland ein Paradies an Republik und Menschenrechten ist. Ausländer in Griechenland zu sein, ist echt gefährlich. In diese Kategorie gehören Italiener und Holländer, weil sie die Griechen in der EG kritisiert haben. Ich denke immer mehr, daß ich im falschen Land geboren bin. Ich will mit der ganzen Scheiße nichts mehr zu tun haben. Ich will nichts davon wissen. Die Szene befindet sich leider schon im Krieg gegeneinander, und es ist nicht mehr möglich, mit Leuten zu diskutieren. Es gibt kein Vertrauen, und die Leute beschäftigen sich nur mit zwei politischen Gefangenen, die im Grunde genommen nichts getan haben, außer Autonome zu sein. Sie sitzen im Knast, weil sie vor zwei Jahren Papier und Bleistifte aus einem Buchladen geklaut ha-

ben. Das ist natürlich eine Behauptung ohne Beweise! (Sie kriegen höchstens zwei Monate). Was für ein Mobilisierungsthema! Für die Herrschenden ist ihr Land zum Zentrum der Welt geworden, aber dasselbe gilt für das Ghetto und sein Tunix. Dieser Konservatismus beeinflußt alle Bereiche unseres Lebens. Herkunft und Tradition sind in unserem Alltag wiederentdeckt. Am 8. März gab es keine Demo, keine Veranstaltung, nichts, nur ein Plakat, das fünf Frauen gemacht haben...

Brief aus Stockholm: zum Immigrantenstreik am 21.2.92

... Was die Manifestation am 21. Februar betrifft, denke ich, daß Dir die taz schon einiges an Information vermittelt hat. So weit ich mich noch daran erinnern kann, war die Berichterstattung so weit korrekt. Um es mir etwas einfacher zu machen, habe ich einen Artikel ausgesucht, den ich Dir auszugsweise als Übersetzung schicke. Ich denke, daß er auf die meisten Deiner Fragen eingeht. Er ist aus der Zeitschrift "Stoppa rasismen" nr. 1/92. Die Verfasser heißen D.F. (ein Mitglied der trotzkistischen Vierten Internationale) und Mehrdad Asslani, den ich nicht näher kenne. "Stoppa rasismen" besteht aus zirka 17 Ortsgruppen und wird über ganz Schweden verteilt... Das im Text benutzte Wort "invandrare", also Einwanderer, übersetze ich mit "Immigrant". Für das "Asylant" gibt es kein schwedisches Wort...

»21. Februar – Viel Durcheinander ... aber letztlich beeindruckend
Am Mittwoch, den 30. Januar sagt Ministerpräsident Carl Bildt [Konservative] im Radio, man könne nicht ausschließen, daß "es sich um einen Racheakt innerhalb der Unterwelt handelt." Am Donnerstag, dem 31. folgte das elfte Opfer in einem Zeitungskiosk in Hägerstensasen [H. ist ein Vorort von Stockholm und es war das elfte Attentat innerhalb weniger Monate, wo gezielt auf Ausländer geschossen wurde. Oft war es eine maskierte Person, die aus unmittelbarer Nähe losballerte, manchmal aus Abstand mit Hilfe eines Laser-Richtstrahls].
Am Tag danach lancierte der Vorsitzende des Kurdischen Landesverbandes, Vildan Tanrikulu, über die Medien einen Appell zu einem 24stündigen Streik der Immigranten gegen den rassistischen Mordterror. Die Antwort kam unmittelbar. Endlich war da jemand, der etwas unternahm!
Schon am Abend des 31. sammelt sich zirka 15 Repräsentanten verschiedener Immigrationsorganisationen in den Lokalen "Kurdiska Riksförbundet" (Landesverband). Auch wir von Stoppa Rasismen waren anwesend ... und wurden auch in die Arbeitsgruppe "21. Februar" gewählt!
Der Vorschlag eines Immigrantenstreiks von 24 Stunden war zu dramatisch für die meisten der Versammelten, auch wenn der Vorschlag mit nur wenigen Stimmen fallengelassen wurde. Aber die meisten waren der Ansicht, daß etwas Großes geschehen müsse, um die Stimmung im land zu beeinflussen. Vorsichtige "Fünfzehn-Minuten"-Vorschläge wurden zurückgewiesen, dem gegenüber stand der Vorschlag "eine Stunde gegen den Rassismus". Das war dramatisch genug! Schon diesen Vorschlag durchzusetzen, würde schwierig genug sein! Das Treffen verstand diese Tatsache intuitiv und beschloß bis auf weiteres, den Streik "Manifestation" zu nennen. Es war ja kein eigentlicher Streik. Für die Immigrantenorganisationen gab es ja keinen konkreten Gegner .... oder doch? ...
[es folgt die Beschreibung der Auseinandersetzungen um die Frage, ob es nun ein Streik werden soll oder nur eine gemeinsame Schweigeminute]
Vielleicht beeindruckt von der Unterstützung vom Establishment oder aus Angst, beschuldigt zu werden, nicht guten Willens zu sein ... entschied das "21.Februar"-Komitee nach heißer Diskussion, den Streik auf die Zeit zwischen zehn und elf Uhr zu legen. Es waren bestimmt nicht nur die ausländischen Ladenbesitzer in Stockholm, die meinten, das sei zu zahm. Bis zum 21. Februar kam Kritik von einzelnen, "wenn man die Drohung eines 24stündigen Streiks schon zurückzieht, so hätte man wenigstens die eine Stunde auf eine Zeit legen können, wo sie wirklich spürbar wird."...
[LO, der schwedische DGB, hat Probleme mit einem politischen Streik, unterstützt aber den Kampf gegen den Rassismus; der schwedische Arbeitgeberverband, wird keine Maßnahmen gegen die Streikenden empfehlen; die Frage, ob SchwedInnen sich auch am Streik beteiligen sollen, wird heiß diskutiert]

... Daß Schweden sich nicht beteiligen sollten, weil sonst die Idee, daß Schweden ohne Ausländer stehenbleibt, sabotiert würde. Das hatte eine Welle von Telefongesprächen zur Folge und erst am 16.2. machte das Komitee schließlich klar, daß dieser Gedanke einer von mehreren sei, aber daß auch andere eingeladen seien, sich an den Aktionen zu beteiligen "auf all die Art und Weise, die man für angebracht hält", also auch Niederlegen der Arbeit aus Solidarität.
Unser Meinung nach war das völlig korrekt. Denn es sind ja nicht nur die Immigranten vom Rassismus betroffen. Sondern Rassismus und neonazistische Organisationen sind eine generelle Gefahr für die Demokratie. Es wäre unmöglich, daß an einem Arbeitsplatz nur einige streiken und der Rest sich nicht um die Manifestation kümmert. Und zu einem multikulturellen Schweden gehören ja alle.
[Der LO lanciert Falschmeldungen: 'Der Streik ist abgeblasen' usw.]
Am Ende hat dann die Wirklichkeit bestätigt, daß etwas, das am Anfang als eine Manifestation der ImmigrantInnen gedacht war, im großen und ganzen eine allgemeine Manifestation gegen den Rassismus wurde, ... eine Manifestation, an die man sich gerne erinnert und die Hunderttausende in Aktivitäten einbezogen hat. Der ursprüngliche Aufruf war in sich so kräftig, mutig und dramatisch, daß er genügte, um die Aktion bis zum Ziel zu führen. Bei großen Unternehmen wie SAAB-Scania in Södertälje und Trollhättan standen Teile der Produktion für eine Stunde still. Und alle nahmen teil an der Einleitung der Manifestation. Bei hunderten von anderen Arbeitsplätzen und im öffentlichen Verkehr in ganz Schweden wurden Manifestationen durchgeführt von zwei, fünf, fünfzehn Minuten. Eine gute Grundlage für all die Gespräche, die sich dabei entfaltet haben.
Ein Beispiel waren SAMHALLs 30 000 Angestellte an fast 600 Arbeitsplätzen, die die Arbeit für eine Stunde eingestellt haben. Schulen in ganz Schweden machten für eine Stunde dicht und der Tag wurde Ausgangspunkt für Thematage und Diskussionen jetzt im März und April in unzähligen Schulen ...«

So weit Auszüge von "Stoppa Rasismen". Ich kann nur als Beispiel hinzufügen, daß wir, ein paar Nachbarn, eine Woche nach dem letzten Attenat in unserem kleinen Vorortzentrum einen Appell mit Fackeln organisiert haben (solche kleinen, spontanen Kundgebungen gab es an vielen Orten). Es kamen ungefähr 150 Personen, und fast jedes Geschäft hatte sich bereit erklärt, unseren Aufruf in ihr Schaufenster zu hängen! Ich denke, daß die Empörung über die brutalen Faschomethoden sehr weit verbreitet war. Natürlich gibt es auch viel Ausländerfeindlichkeit in der Gesellschaft, aber mit Deutschland ist das überhaupt kein Vergleich. So konnte z.B. Faurisson (der "Historiker" aus Frankreich, der Auschwitz als Lüge bezeichnet) in Stockholm vor ein paar Wochen nicht auftreten. Er durfte keinen öffentlichen Saal mieten und bei einer Veranstaltung im Freien wurden die Faschos weggejagt. In Stockholm treffen sich z.B. jeden Samstag zwischen 10 und 30 Militante, die nach Faschozeitungsverkäufern Ausschau halten, um sie dann wegzujagen, was ihnen auch gelingt ... ich denke, daß in Berlin die Kräfteverhältnisse etwas anders stehen ....

Zur Lage in Kurdistan/Türkei

In den letzten zwei Jahren hat die kurdische nationale Befreiungsbewegung über das Kernland Botan hinaus an Boden gewonnen. Die Zahl rekrutierter Guerillas der PKK geht in die Tausende. Gleichzeitig hat sich die Bewegung verbreitert. Sie reicht von illegalen Massenorganisationen der PKK (Jugend, Frauen, Studenten, Arbeiter) bis zur vor zwei Jahren gegründeten, vom Programm her sozialdemokratischen legalen Partei HEP (Partei der Arbeit des Volkes), die sich als Partei der Kurden sieht. Ein großer Teil ihrer Vertreter steht der PKK nahe. Eine wichtige Rolle spielen gerade in den kurdischen Provinzen die Menschenrechtsvereine, in denen Leute aus verschiedenen Organisationen zusammenarbeiten und in denen auch viele Dorfbewohner, junge und alte, Mitglied sind.

Bei den Wahlen für das türkische Parlament im Oktober 91 hat die bis dahin regierende Mutterlandspartei des Staatspräsidenten Özal die Mehrheit verloren. An die Macht kam eine Koalition aus Demirels Partei des Rechten Wegs (DYP) und Inönüs Sozialdemokratischer Volkspartei (SHP). Die HEP durfte sich aus vorgeschobenen formalen Gründen nicht an den Wahlen beteiligen und ging deshalb ein Wahlbündnis mit der SHP ein. Auf den SHP-Listen kamen 22 HEP-Abgeordnete ins Parlament.

Die Demirel-Inönü-Regierung hat große Versprechungen gemacht auf soziale Veränderungen, wie die Einführung einer Arbeitslosenversicherung, einer besseren Krankenversorgung, die Abschaffung des Organisationsverbots für Staatsbedienstete. Bisher zwingt damit die Gewerkschaften zum Stillhalten. Andererseits verfolgt sie weiter den Kurs der Privatisierung der Staatsbetriebe, der Zersetzung tariflicher Arbeitsbedingungen durch Leiharbeit usw. Das Verhalten während der sogenannten Naturkatastrophen, die immer wieder bestimmte Regionen treffen (in den letzten Monaten gab es Lawinen in Botan, Erdbeben in Erzincan, Explosion im Bergwerk bei Zonguldak - von wo im Januar 91 der spektakuläre Marsch auf Ankara begonnen hatte) war wie das früherer Regierungen: die Versorgung mit Wolldecken und Lebensmitteln kam aus dem Ausland, während die türkische Regierung den Krieg gegen die Armenier in Aserbaidschan unterstützte.

Von dieser Regierung, die die Verwirklichung der Menschenrechte und die Abschaffung vieler Gesetze aus der Zeit der Militärdiktatur auf ihre Fahnen geschrieben hatte, erwarteten sich viele Leute auch eine friedliche Lösung der Kurdenfrage. Doch seit Dezember hat der Terror gegen die Bevölkerung in Kurdistan eine neue Ebene erreicht: die Dorfbewohner werden nicht mehr geprügelt, sondern erschossen. Als Vergeltung für Guerilla-Angriffe werden in der Nähe befindliche Dörfer aus der Luft bombardiert. Massaker an Bewohnern der Ortschaften Kulp und Lice, auf dem Weg zur Beerdigung gefallener Guerillas im Dezember, die Ermordung zahlreicher Journalisten und Aktivisten durch die Kontraguerilla, zahlreiche Tote am Newrozfest in den Städten Cizre, Şirnak und Nusaybin, in den Wochen danach täglich neue Grausamkeiten, Bestrafungsaktionen und Morde aus dem Hinterhalt unterstreichen Demirels Ankündigung: "Wir werden sie zermalmen."

Die Türkei ist seit Monaten stark engagiert im Aufbau wirtschaftspolitischer Beziehungen zu den ehemaligen Südrepubliken der Sowjetunion aus und hat eine Wirtschaftsunion mit den Schwarzmeeranrainerstaaten gegründet. Gleichzeitig wird eine nationalistische Mobilisierung angefacht, die Gedanken des Pantürkismus aufgreift und vor allem gegen die Kurden aufhetzt, die die "Ganzheit" der Türkei zerstören wollen. Sie hat auch in Deutschland vor und nach Newroz tausende von Türken auf die Straße gebracht, in Fabriken kommt es zu Schlägereien unter den Arbeitern. Ereignisse, die das Schreckbild Jugoslawien auftauchen lassen und die einige Fragen aufwerfen. Wir haben sie mit einem Genossen diskutiert, der Solidaritätsarbeit zu Kurdistan macht.

Nach den Wahlen im Oktober haben sich viele Leute Hoffnungen gemacht auf eine Wende in der Sozialpolitik, in der Behandlung der Kurdenfrage und auf die Achtung der Menschenrechte. Stattdessen reißen seit Dezember die Nachrichten über neue Massaker im Botan-Gebiet nicht ab. Der Staat scheint entschlossen, mit der radikalen Opposition, der türkischen wie der kurdischen, abzurechnen. Massenerschießungen wie an den DevSol-Kadern in Istanbul gab es nicht einmal während der Militärdiktatur. Trotzdem scheint sich wenig Protest zu regen.

Es gab eine gewisse Euphorie nach den Wahlen. HEP-Kandidaten auf der SHP-Liste, das hieß ja auch, daß HEP und PKK die eigene Radikalität abbremsen mußten. Das sich Einlassen mit der SHP mußte ja gegenüber erstmal den Sympathisanten durchgesetzt werden, die haben das nicht so einfach mitgemacht. Dann wurde die SHP an der Regierung beteiligt, und im Dezember wurden diese Massaker von Lice und Kulp verübt. Damit wurde für Kurdistan vorweggenommen, was nach Newroz die ganze Türkei als Schock erlebte: daß diese Regierung absolut repressiv ist.

Die oft beschworenen Widersprüche zwischen Regierung und Militär gibt es nicht?

Es gibt sicher Widersprüche, aber die sind wirklich sekundär. Demirel hat nach Newroz gesagt, daß die wichtigen Entscheidungen vom Nationalen Sicherheitsrat getroffen wurden. Er selbst hat in seiner Regierungserklärung die Kurdenfrage als nationale Sicherheitsfrage eingestuft, die über der Politik steht, hat einen nationalen Konsens eingefordert. Diese Regierung unterstützt aktiv, daß in Kurdistan jetzt der absolute Krieg entfesselt wird – und Krieg gegen die PKK ist immer ein Synonym für Krieg gegen die Bevölkerung. Die Behauptung, die Militärs hätten gedroht, die Regierung zu stürzen, falls sie dem nicht zustimmen, ist Quatsch – denn die Bereitschaft ist doch da, auch die SHP ist bereit, zusammen mit der Demirel-Partei durchzumarschieren gemäß der Formel: erst militärisch niederschlagen und dann Reform. Das wird jetzt durchgeführt. Das Regime fühlt sich ziemlich sicher, daß es die PKK militärisch erledigen kann.

Man muß sich weniger über die Sozialdemokraten wundern als über Demirel, denn der hat seit seinem Comeback als bürgerlicher Politiker radikaler als andere Menschenrechtspositionen und Demokratisierung vertreten. Aber Demirel ist der ausgekochteste Populist in der türkischen Politik, der immer an der Schnittstelle auftauchte, wo Militär- und Geheimdienststrukturen maßgeblichen Einfluß auf die Politik hatten.

Nach den massenhaften Mobilierungen der ArbeiterInnen zum Beispiel im letzten Jahr müßte angesichts der wachsenden sozialen Probleme die Situation in der Türkei eigentlich hochexplosiv sein...

Wenn man die ganzen Fragen nochmal aufwirft: die generelle soziale Situation in der Türkei, die Arbeiterbewegung usw., dann gibt es im Augenblick natürlich die ungeheure Chance, auch aus außenpolitischen Erwägungen, mit Nationalismus und dem Schüren der kurdischen Frage und ihrer militärischen Lösung, einen nationalen Konsens zu schaffen und alles liberale Gedankengut an die Wand zu drücken, um seine

Rolle spielen zu können in bezug auf Mittelasien. Vor Regierungsantritt war die Stimmung der öffentlichen Meinung auf Demokratisierung aus – und die hat man mit der nationalistischen Mobilisierung gekippt.

Die kurdische Region ist seit Generationen Auswanderungsland, die Leute fliehen vor Armut und feudalen Verhältnissen in die Städte im Westen. Warum entfaltet sich die soziale Dynamik heute als nationale Befreiungsbewegung?

Die Leute in Cizre auf der Straße reden von zwei Sachen: dem kurdischen Nationalbewußtsein, und davon, daß sie nichts zu fressen haben. Bei den Demonstrationen und Barrikaden in Cizre haben sie die Zusatztanks von den LKWs auf die Straße geschoben - das ist ein Symbol dafür, daß sie seit dem Embargo gegenüber dem Irak 1990 ihr Einkommen verloren haben, weil der Erdöltransport, von dem viele Leute in Mardin und Şırnak gelebt haben, zusammengebrochen ist. Dann fingen die Hilfstransporte in den Nordirak an, wobei die Leute auf dem Rückweg immer billiges Diesel mitbrachten. Anfang des Jahres wurde dieser Dieselschmuggel untersagt, da ist jetzt in jeder Kasse Ebbe. Die ökonomische Komponente an dem Aufstand in Kurdistan wird ziemlich deutlich: dort findet eine absolute Verelendung statt. Nicht nur durch die Embargofolgen, sondern auch durch die verschärfte Repression, weil die Bevölkerung aus den Dörfern vertrieben wird, weil die Bevölkerung der Städte unheimlich anwächst, weil das regionale Klein- und Mittelkapital abhaut in den Westen.
Aber die ökonomische Verelendung ist nur eine Komponente für den Aufstand. Wer sich nicht bewußt ist, daß er Kurde ist, der bekommt es spätestens mit dem Polizeiknüppel beigebracht. Die Leute werden sich bewußt, welche Politik in der Geschichte der Türkischen Republik von Anfang an gemacht wurde. Wenn man sagt, die Aufstände haben primär ökonomische Ursachen, dann ist man bei der kemalistischen Argumentation angelangt, die auch Özal und Ecevit benutzen. Man sagt, die Region braucht Entwicklung, die traditionellen feudalen Strukturen müssen überwunden werden, in denen sich Nationalismus entwickelt. In dem Moment, in dem die Region an den großen Transmissionsriemen des Kapitalismus angebunden werde, sei das weg. Doch genau das ist nicht wahr. Diese Entwicklungspläne wie das Staudammprojekt GAP gibt es seit den 70er Jahren. Von offizieller Seite wird den Kurden immer vorgehalten, die Region Ostsüdost sei eine der Regionen, in denen am meisten investiert werde. Es hat eine Veränderung stattgefunden gegenüber früher: es wird viel in die Infrastruktur investiert. Das ganze ist eher eine Politik der strukturierten Eroberung – aber wer profitiert davon? Die Verelendung spitzt sich sogar zu. Anfang des Jahres hat eine gemischte Kommission des türkischen Parlaments Kurdistan besucht. Die sind mit einem sehr erschreckten Bericht zurückgekommen, weil sie – im Hinterkopf diese Ideen der ökonomischen Entwicklung – überall, auch von allerärmsten Bauern, entgegengeschleudert bekamen: "Wir wollen politische Anerkennung".

Was erhoffen sie sich von der politischen Anerkennung?

Menschenwürde, denn es wird ständig in ihr Leben eingegriffen, weil sie Kurden sind und sich in der Kernregion Botan immer so gesehen haben. Das hat erstmal nichts mit ihrem Elend zu tun. Das geschieht allen. Es ist aber eine zusätzliche Komponente zu ihrem Elend. Der Krieg richtet sich gegen sie und dieser Krieg benutzt auch immer die Methoden der Existenzvernichtung. Die Behandlung als Bürger zweiter Klasse schließt ein, die Bauern nicht mehr auf die Felder zu lassen, die Vorräte zu verbrennen, sie ganz bewußt in ihrer Ehre anzugreifen - vor allem die Frauen. Man kann sich ja nicht vorstellen, daß zwar das Lebensniveau angehoben wird, aber du doch das Arschloch bleibst, das immer geprügelt wird - nur weil es ein bißchen anders spricht.

In den letzten zwei Jahren hat es auf der kulturellen Ebene hat es in den letzten Jahren eine rasante Entwicklung gegeben: heute gibt es kurdischsprachige Zeitungen, man diskutiert über kurdisches Fernsehen...

Aber das wird immer wieder ausgebremst. Die Reformen haben bisher noch nicht ein Niveau, wo es in Richtung Anerkennung geht. Andererseits hat die PKK große Vorbehalte gegen diese ganzen Reformschritte. Sie weiß, daß ein Teil ihrer Sympathisanten zufrieden ist, wenn sie wirklich Kurdisch sprechen können und ihre Kinder auf eine kurdische Schule schicken können - das hat allerdings noch nie zur Debatte gestanden. Der PKK geht es um mehr. Das Ziel ist die Errichtung eines eigenen Staates, eine gerechte Gesellschaft als Forderung einer kurdischen Arbeiterpartei mit marxistisch-leninistischem Programm. Da gibt es genug Bezugspunkte, auch mit den lokalen Widersprüchen und Formen von Klassenherrschaft aufzuräumen.

Solche Parolen sind in letzter Zeit weniger zu hören...

Die PKK gewinnt ein unheimliche Breite und dringt damit auch in andere Gesellschaftsschichten vor. Und diese Schicht, die Mittelklasse, die überall Politik repräsentiert, macht das inzwischen auch in Kurdistan: Anwälte, Ärzte, Ingenieure, diese Notabeln. Das heißt natürlich auch, daß Forderungen verwässert werden. Im Sommer hat mit ein Unternehmer in Diyarbakır erklärt, er könne es sich in diesem Wahlkampf nicht mehr leisten, einen Kandidaten zu unterstützen, der nicht auf der SHP-HEP-Liste steht. Die beugen sich dem Anpassungsdruck. Kürzlich war in "2000'e doğru" ein Leser-

brief, in dem sich jemand beschwert hat: "Kurdistan war doch mal unser Anliegen, was haben jetzt auf einmal die Ağas mit damit zu tun?"

Reden wir über Newroz. Vor Newroz gab es Warnungen, der Staat bereite eine Provokation vor, um die Bewegung in Kurdistan in einem verfrühten Aufstand vernichten zu können. Wie hat sich dei PKK demgegenüber verhalten?

Die PKK hatte vor Newroz Ankündigungen gemacht, daß wirklich ein großer Aufstand stattfinden soll. Nach den ganzen Warnungen wurde diese Ankündigung zurückgenommen, es hieß dann, der Aufstand solle innerhalb diesen Jahres erreicht werden. Die PKK brauchte eine Mobilisierung, bevor sie im Nahen Osten so unter Druck gerät, daß sie auch im Innern an Handlungsfähigkeit verliert. Dies hieß, alles auf eine Karte zu setzen und den Aufstand zu machen. Andererseits gibt es einen internationalen Konsens gegen die PKK, der vor allem von den USA vertreten wird. Die Staatsbesuche von Mitterand und dem britischen Außenminister bedeuteten Zustimmung für härteres Vorgehen. In dem Moment bedeutet ein Volksaufstand auch das offene Messer – deswegen hat man ihn auch nicht gemacht. Das Verhalten war während der Newroz-Tage sehr defensiv und auch überlegt. Was da in der Presse kolportiert wurde von Guerilla-Angriffen auf Şırnak und Cizre, ist nicht wahr. Am Abend nach dem Angriff auf die unbewaffneten Demonstrationen gab es einen Angriff der Guerilla – vielleicht waren es aber auch PKK-nahe Milizen aus der Stadt. Cizre ist eine Grenzstadt zum Irak, die Stadt ist voller Waffen, da kann man nicht genau sagen, wer da angreift. Die PKK ist letztlich auch verantwortungsvoll mit der Tatsache umgegangen, daß die Städte belagert waren und Bombardierungen zu befürchten waren, was in Şırnak ist ja passiert ist. Die Militärs waren darauf vorbereitet, ein Exempel zu statuieren.

Gleichzeitig hat der Staat die nationalistische Mobilisierung verschärft, Streitigkeiten zwischen Türken, Arabern und Kurden wurden angeheizt....

In Adana hat man Gerüchte von einem Überfall der Kurden auf einen von Arabern bewohnten Stadtteil ausgestreut; daraufhin sind die Vertreter der Stadtteile zusammengekommen und haben das geregelt. Es gibt schon Möglichkeiten, dieser nationalistischen Mobilisierung zuvorzukommen, die gerade geschürt wird. Es ist ja nicht so, daß empörte türkische Bürger auf einmal auf die Kurden losgehen, sondern das wird bewußt angestachelt, die Szenarien sind ja bekannt von den Pogromen, die die Faschisten vor dem Militärputsch angezettelt haben. Da müßte es von kurdischer Seite auch deutlichere Worte dazu geben. Als nach den Massakern im Dezember in Lice und Kulp Jugendliche Brandsätze in das Yeşilkaya-Kaufhaus in Istanbul warfen und 10 Menschen starben, hat Apo [Abdullah Öcalan, Vorsitzender der PKK] nicht gesagt: wir lehnen solche Aktionen ab. Andererseits ist auf türkischer Seite außer von den unmittelber der PKK nahestehenden Intellektuellen die offizielle Darstellung der Newroz-Massaker von keinem mutigen Journalisten zurückgewiesen worden. Das gleiche gilt für diese nationalistische Mobilisierung. Die einzigen, die wirklich konsequent Position beziehen, sind die Menschenrechtler, viele Sektionen in der Westtürkei betreiben da sehr konsequente Politik. Die wirklich interessante Frage ist aber, was in der Türkei jetzt passiert, in der türkischen Linken. Und wie sich diese nationalistische Mobilisierung langfristig auswirkt.

Kommt es zu einer Spaltung: was den Kurden passiert, interessiert die Türken nicht mehr?

Das wäre nicht untypisch für die Geschichte....

Kürzlich schlug Apo in einem Interview die Bildung einer türkisch-kurdischen Konföderation vor. Was hat das zu bedeuten?

Das ist auch wieder so ein Populismus. Er hat in dem Interview auch gesagt: "Türkiyem" - meine Türkei. Das wurde gleich so aufgefaßt: der verlorene Sohn kehrt zurück. Damit hat er ein ungeheures Zugeständnis gemacht. Er macht mit seinen Interviews, die in keinerlei Zusammenhang mit Prinzipien stehen, relativ geschickt Politik in die türkische Öffentlichkeit hinein. Aber gegenüber dem Konsens im türkischen Establishment reichen solche schönen Worte nicht aus. Positiv beurteilen könnte man den Gedanken, die Nationalstaatsgründung nicht unbedingt so zu vollziehen, daß dann um Territorien Krieg geführt werden muß, daß Territorien gesäubert werden, die wirklich gemischt bewohnt sind. Auf der anderen Seite weiß man nicht, inwieweit das wirklich so gemeint ist. Denn der Nationalismus geht klar auf einen Nationalstaat hin, ebenso die anderen Schritte, die die PKK jetzt beschreitet, die Diskussion um Referendum und Nationalversammlung. Es ist nicht unbedingt Ergebnis eines politischen Prozesses, daß man jetzt sagt: wir wollen keinen Nationalstaat mehr. Man hat immer von einer Föderation zwischen der Türkei und Kurdistan gesprochen, zumindest in den letzten Jahren, oder von einer Föderation der Völker des Mittleren Ostens, jetzt kommt als neue Komponente diese Föderation zwischen Kurden und den "türkischen" Republiken.Es wurde auch kritisiert, daß er sich damit auf den Jargon der Pantürkisten einläßt, die diese Republiken als "türkische" bezeichnen. Aber andererseits wurde das ja nicht als politisches Programm formuliert, sondern nur in einem Zeitungsinterview gesagt.

Von HEP-Abgeordneten wird die Regierung immer wieder zu Verhandlungen aufgefordert. Hältst du es für möglich, daß geheim verhandelt wird, während nach außen von beiden Seiten Härte demonstriert wird?

Es soll einmal verhandelt worden sein, als sieben türkischen Soldaten praktisch Kriegsgefangene der PKK waren. Aber wenn man einen militärischen Durchmarsch machen kann, warum sollte man dann mit der PKK reden? Man will jetzt austesten, inwieweit die PKK das kurdische Volk vertritt, versucht mit Terror gegen die Bevölkerung einen Keil reinzutreiben - und wenn das nicht gelingt, hat man immer noch die Option zu verhandeln.

Gleichzeitig steht die PKK unter dem Druck, Terrain zu erobern.

Das macht sie auch besonders empfindlich für alle Versuche, ihr Monopol zu brechen. Sie betrachtet jeden Versuch, eine Alternative zur PKK zu schaffen, als Angriff auf den kurdischen Befreiungskampf an sich.

Die PKK ist von außen stark unter Druck geraten: der türkische Staat bombardiert im Nordirak, übt Druck aus auf Syrien, ...

... auf Libanon, die kurdische Bewegung im Irak, den Iran. Man muß sehen, welche Kräfteverhältnisse in der Region nach dem Golfkrieg entstanden sind. Syrien steht nach wie vor bei der US-Adminstration auf der Liste der Terrorimus unterstützenden Staaten. Sie kann ein Ultimatum im UN-Sicherheitsrat erwirken - und dann könnte dieses ganze Szenario auch für Syrien anfangen. Die PKK steht in der Tradition der Befreiungsbewegungen im Nahen Osten, sie sind mit der PLO und arabischen Staaten verbündet oder verbündet gewesen. Mit diesen ganzen Formen von Nichteinpassen in die neue Weltordnung wird jetzt abgerechnet. Allerdings ist auch die Frage, ob das das gelingt. Ein gescheitertes Modell eines superhochgerüsteten und in jeder Hinsicht abgesicherten Regimes war der Iran. Inwieweit gelingt es, diese Dynamik des kurdischen Kampfes in der Türkei aufzuhalten? Zu was entwickelt sich das, wenn man versucht, die PKK von außen abzuschneiden?

Postsozialistische Interessenkonflikte – korporatistische Regulierung

Lohnkampf im ungarischen Gesundheitswesen

Zwei Jahre nach dem Systemwechsel in Ungarn kam es am 7. März 1992 zu einer ersten Massendemonstration gegen die christlich-konservative Regierung. Etwa 50 000 KrankenpflegerInnen und Ärzte forderten eine 50prozentige Lohnerhöhung und die Anpassung des Gesundheitsbudgets an die jährlichen Inflationsrate (1991: 35 %). Das ungarische "Volkswohlfahrtsministerium" und die Sozialversicherung boten jedoch nur 10 Prozent Lohnerhöhung und 5 Prozent Inflationsausgleich.

Mit der Demonstration gelang es der "Demokratischen Gewerkschaft der Arbeitenden im Gesundheitswesen" (EDDSZ), die aus der früheren staatlichen Branchengewerkschaft entstanden ist, den sozialen Protest an der Basis zu mobilisieren. Die Gewerkschaftsleitung hatte dabei zwei strategische Interessen: zum einen wollte sie mit der Mobilisierung ihre Position in den direkten Tarifverhandlungen mit der Regierung und im "Interesseneinigungsrat" verbessern. Der Interesseneinigungsrat, der nach der spektakulären Taxiblockade im Oktober 1990 entstand, stellt eine Art "konzertierter Aktion" dar, in der Regierung, Unternehmerverbände und Gewerkschaften arbeitspolitische Themen und die Transformation der industriellen Beziehungen verhandeln.

Zum anderen wollte sie mit der Demonstration vorführen, daß die EDDSZ die legitime Interessenvertretung der GesundheitsarbeiterInnen ist und damit ihre Position gegenüber den neuentstandenen autonomen Gewerkschaften - wie etwa der "selbständigen Gewerkschaft der Rettungssanitäter" - ausbauen. Nachdem der ehemals sozialistische, staatliche Gewerkschaftsbund (SZOT) sein Vertretungsmonopol verlor, entstand in Ungarn eine unübersichtliche, zersplitterte Gewerkschaftslandschaft. Neben dem Gewerkschaftsbund, der bei weitem die meisten Mitglieder hat, gibt es eine Liga der freien Gewerkschaften und einen Bund der Arbeiterräte. Bisher waren diese drei Strömungen vor allem in einen Grabenkampf um das Vermögen des staatlichen Gewerkschaftsbundes verwickelt. Über die Vermögensaufteilung und den Einfluß der Gewerkschaften in den Betrieben sollen die für Dezember 1992 anberaumten Betriebsratswahlen entscheiden. In den letzten Monaten profiliert sich der SZOT-Nachfolger zunehmend mit Protesten gegen Einkommensverluste und Arbeitslosigkeit und bringt damit die konkurrierenden Gewerkschaften in Zugzwang.

Innerhalb der Einkommenshierarchie, die sich im Zuge der ökonomischen Systemtransformation immer weiter aufspreizt, liegt das Pflegepersonal am unteren Ende: Der ungarische Durchschnittsmonatslohn beträgt umgerechnet etwa 300 Mark, Ärzte und Krankenpflegekräfte zusammengenommen verdienen durchschnittlich 265 Mark im Monat. Während die Ärzte mit den Zusatzeinnahmen aus "Dankgeldern" der Patienten ein erheblich höheres inoffizielles Einkommen erzielen können, beginnt eine Krankenschwester mit 170 Mark und kann nach zwanzigjähriger Berufspraxis bis zu 300 Mark erreichen. Als gesellschaftliches Existenzminimum gilt gegenwärtig ein Monatseinkommen von ungefähr 200 Mark, ein Zimmer in Untermiete in Budapest kostet heute 150 Mark. Um ihr eigenes Überleben zu sichern, müssen die meisten Pflegekräfte sich noch weitere Arbeitsverhältnisse oder Einkommensquellen suchen. Zu dieser skandalösen Unterbezahlung kommen Arbeitsüberlastung und strukturelle Probleme in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Das ungarische Gesundheitswesen ist auf stationäre Behandlung und große Institutionen ausgerichtet, deren technische Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten sehr vernachlässigt wurde. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung ist sehr schlecht: Die Sterblichkeitsrate (Todesfälle pro 1000 Einwohner) liegt 36 Prozent über dem europäischen Durchschnitt; die durchschnittliche Lebenserwartung der Männer ist von 1966 bis 1988 um anderthalb Jahre gesunken, sie betrug in diesem Jahr 66,16 Jahre. Häufig müssen die Krankenhäuser fehlende Einrichtungen der sozialen Versorgung von Alkoholikern, Alten und psychisch Kranken ersetzen. Diese Faktoren erhöhen den Arbeitsanfall für die Beschäftigten im Gesundheitswesen. Sparmaßnahmen verdichten bisher nur die Arbeit und gingen zu Lasten der ArbeiterInnen, ohne die Effizienz des ganzen Systems zu verbessern.

Mit der Gesundheitsreform, die größere Effizienz verspricht und in diesem Jahr durchgezogen werden soll, haben sich vor allem die Ärzte in eine starke Position gebracht. Da die Ambulatorien weitgehend durch ein Netz von privat wirtschaftenden Hausärzten und eine leistungsbezogene Honorarabrechnung ersetzt werden sollen, können die Ärzte in Zukunft ihr Einkommen selbst bestimmen; Experimente mit der Einführung von Leistungshonoraren haben zur "Kostenexplosion" geführt, voraussichtlich werden sich die Ärzte bei Einführung des neuen Finanzierungssystems mit Monatseinkommen von 1700 Mark an die Spitze der ungarischen Einkommensskala katapultieren.

Die dadurch zu erwartenden Kostensteigerungen gehen zu Lasten anderer Beschäftigtengruppen im Gesundheitswesen, zumal sich der absolute Verteilungsspielraum kaum vergrößern läßt. Der ungarische Staat hat sich unter der politischen Etikettierung, eine demokratisch selbstverwaltete und unabhängige Krankenversicherung aufzubauen, aus der Finanzierung des Gesundheitswesens komplett zurückgezogen. Unter anderem deshalb muß die Sozialversicherung den extrem hohen Beitrag von 54 Prozent verlangen, ohne daß sie dadurch ihre Kosten vollständig decken kann. Weitere Beitragserhöhungen dürften auf den massiven Widerstand der Unternehmen stoßen.

Vor diesem Hintergrund stellte die Demonstration vom 7. März auch einen Versuch der GesundheitsarbeiterInnen dar, auf die Reform des Gesundheitswesens in ihrem Interesse Einfluß zu nehmen. Zur Zeit (10.5.92) sind die Lohnverhandlungen hinter den Kulissen noch im Gange, ihren ursprünglich zum ersten Mai angekündigten Streik haben die Gewerkschaften vorläufig aufgeschoben. Noch ist offen, inwieweit es Staat und Gewerkschaften gelingen wird, mit den Ritualen "zähen" Verhandelns den ArbeiterInnen das Verzichten beizubringen.

Autoindustrie: Just im Streik?

Die Veränderung der Produktionsstrukturen in der Automobilindustrie ist zur Zeit in aller Munde. Die gleichzeitige Ankündigungen eines starken Abbaus von Arbeitsplätzen durch fast alle namhaften Automobilhersteller in der BRD war sicherlich auch in Hinblick auf die Tarifrunde gedacht. Dahinter steckt aber eine tiefere Krise der Automobilproduktion in den Metropolen. Das Kapital ist sich selbst im unklaren darüber, welche Perspektive die Montagearbeit in den Metropolen haben kann. Manche Wirtschaftsexperten empfehlen bereits, so montageaufwendige Produktionen wie die von Autos in den hochentwickelten Metropolen ganz aufzugeben. Hier wird überall über Zauberformeln wie »lean production«, »Toyotismus« oder »Gruppenarbeit« geredet – aber gleichzeitig steckt das Vorbild, die japanische Automobilindustrie selbst in einer tiefen Krise, die nicht allein aus der konjunkturellen Abschwächung erklärt werden kann. Vielmehr nimmt auch dort der Unmut der jungen ArbeiterInnen über ein Dasein am Fließband zu und untergräbt die bisherigen Ausbeutungsraten. Auf dem internationalen Workshop im November letzten Jahres hatten wir eine neue Diskussion über die Automobilindustrie begonnen. Auf den kommenden Treffen wollen wir genauer über ein Untersuchungs- und Interventionskonzept in diesem Bereich diskutieren. Hier bringen wir zunächstmal ein paar Eindrücke, die wir bei Kontakten zu Automobilarbeitern in Spanien und in der BRD gewonnen haben. Das erste »Autoboom in Spanien« ist ein Bericht über ein Treffen von spanischen Automobilarbeitern, zu dem uns das autonome Arbeiterkollektiv von Mercedes in Vitoria eingeladen hatte. Das zweite »Halle 54 – der Traum ist aus« ist ein Gespräch mit einem Arbeiter bei VW in Wolfsburg. »Halle 54«, das war Anfang der 80er das Paradebeispiel der Autokapitalisten für eine weitgehende Automatisierung der Produktion, für ihre Befreiung von der Widersetzlichkeit der ArbeiterInnen. Im November 1990 entstand in eben dieser Halle ein wilder Streik für einen Lohnnachschlag – siehe die kurze Notiz in Wildcat 53. Im Interview werden die Arbeitsbedingungen in Wolfsburg und in dieser Halle an geschnitten.

Autoboom in Spanien

Letztes Jahr hatten uns Arbeiter von der autonomen und außergewerkschaftlichen Arbeitergruppe bei Mercedes/Vitoria (siehe das Interview in der Wildcat 57) erzählt, daß sie ein spanienweites Treffen von Automobilarbeitern machen wollen, um über ihre Kampfperspektiven angesichts der nun auch in Spanien einsetzenden Umstrukturierung der Produktion zu diskutieren. Sie hatten damals festgestellt, daß es von Seiten der ArbeiterInnen so gut wie keine Antwort auf die neuen Pläne der Autounternehmen gibt, und daß es auf der Ebene der Fabriken keine Koordinierung gibt. Sie hatten versucht, zu autonomen Gruppen (asambleas) in anderen Autofabriken Kontakte herzustellen – aber die Zeit der unabhängigen Versammlungen, die aus Kämpfen entstanden sind, scheint in Spanien vorbei zu sein. Es fanden sich zwar Interessierte in fast allen großen Autofabriken und einigen Zulieferbetrieben, aber die meisten waren Delegierte oder Betriebsräte des linken Flügels der kommunistischen Gewerkschaft CCOO, der anarchistischen Gewerkschaften CNT und CGT (Abspaltung von der CNT) und einiger kleinerer Gewerkschaften. Vorbereitet hatten die Mercedes-Arbeiter das Treffen in ihrer fabrikinternen Versammlung der Linken, an der sich neben den Autonomen die kleineren baskischen Gewerkschaften LAB und ESK-CUIS beteiligen. ESK-CUIS hatte dann angeboten, die formale Durchführung des Treffens zu übernehmen, was dazu führte, daß sich sein Charakter völlig veränderte. Die Gewerkschaft hat es teilweise in eine Propagandashow für ihren eigenen Verein umgewandelt, achtete mehr auf die Präsenz von öffentlichen Medien und die Anwesenheit "hochkarätiger" Referenten, als darauf, daß ein wirklicher und für die Kämpfe fruchtbarer Erfahrungsaustausch zustandekam. Geprägt war das Treffen auch davon, daß ein großer Teil der etwa 60-80 anwesenden ArbeiterInnen in gewerkschaftlichen Funktionen wie Betriebsrat stecken und von dieser Warte aus diskutierten. Über weite Strecken der Berichte und Diskussion ging es nur um die Frage, wie man sich als Betriebsrat zur Einführung von Gruppenarbeit oder neuen Produktionsstrukturen zu verhalten habe. Sichtbar hatten die Gewerkschaftsvertreter aufgrund ihres linken Images mehr Schwierigkeiten als hier, ihre Verhandlungen über die neuen Ausbeutungsmodelle zu rechtfertigen. Sie betonten immer wieder ihr Dilemma: würden sie die Einführung der Gruppenarbeit und Verhandlungen darüber ablehnen, hätten sie im institutionellen Rahmen keinen Einfluß mehr.

Im Resultat erlebten wir eine Diskussion, wie wir sie aus der IG Metall in den letzten Monaten kennen: »Sicher, mit Gruppenarbeit seien viele Gefahren und Nachteile für die Arbeiter verbunden, aber man könne sich ihrer Einführung nicht frontal widersetzen, vielmehr müsse man das Beste draus machen, die Vorteile für die Arbeiter nutzen.« Mit ähnlichen Worten hat Steinkühler im hiesigen Funktionärsorgan *der gewerkschafter* 3/92 die Unterstützung der IGM bei der Einführung der "lean produc-

tion" angekündigt. Durch die Konzentration auf die Frage der besten Vertretung der ArbeiterInnen durch die Funktionäre, fehlte auf dem Treffen fast völlig eine Diskussion darüber, welche Möglichkeiten sich für die ArbeiterInnen unter den neuen Produktionsstrukturen eröffnen, um ihre Kämpfe zu führen. Zur Erklärung der momentanen Krise der Klassenkämpfe in der spanischen Industrie wurde – wie auch im Interview zu Mercedes in der Wildcat 57 – immer wieder auf die völlig neuen Verhaltensweisen der jungen ArbeiterInnen hingewiesen, die meistens mit befristeten Verträgen (eventuales) in die Fabriken geholt werden. Schlagwortartig werden sie als individualistisch, konsumorientiert und am Kampf desinteressiert beschrieben.

Bei unseren Gesprächen am Rande des Treffens war es uns daher wichtig, hierzu genaueres zu erfahren. Die stereotypen Hinweise in der Diskussion hatten uns gegenüber diesem allzueinfachen Erklärungsversuch für die Schwäche der Gewerkschaften und der Kämpfe mißtrauisch gemacht. Und in der Tat scheint das Verhalten der Jungen sehr viel widersprüchlicher zu sein. Nur lassen sich diese Widersprüche mit dem alten Vokabular und den traditionellen Vorstellungen des Arbeiterkampfs nicht fassen.

Für die Diskussion der neuen logistischen Konzepte der Autoindustrie (europaweit dezentralisierte Produktion, just-in-time-Anlieferung, Rolle des Transportsektors) war ein ehemaliger Operaist und jetziger Uni-Angestellter aus Deutschland als Referent geladen. Der geriet in seinem langen Vortrag fast ins Schwärmen darüber, wie perfekt und genau geplant die Autokonzerne alles im Griff hätten. Fast hörte man einen Unternehmervertreter reden, der die ArbeiterInnen davon überzeugen wollte, daß sie angesichts dieses gigantischen Plans sowieso keine Chancen mehr hätte.

Erfrischend war da, daß sich in der Diskussion zwei Arbeiterinnen eines kleinen Zulieferbetriebes zu Wort meldeten, und erzählten, wie sie ihren Unternehmer gerade wegen der just-in-time-Strukturen einmal sehr schnell in die Knie zwingen konnten.

Kabelzulieferung – just-in-Streik

Unicable in Pamplona ist ein Zulieferbetrieb, der Kabelbäume an Autofirmen liefert. Heute gehört er zur General-Motors-Tochter Packard-Electric und es arbeiten dort 300 ArbeiterInnen. 1990 waren es noch 500, damals lieferten sie für Ford in Valencia und in Köln. Bis 1982 hatten bei Unicable nur festangestellte Frauen gearbeitet, dann begann das Unternehmen, Männer mit befristeten Verträgen einzustellen. Die Firma behauptete, Männer hätten weniger Fehlzeiten als Frauen. Aber sobald die Männer übernommen waren, lagen ihre Fehlzeiten noch über dem Durchschnitt. Der Kontakt zu den Befristeten war durch diese doppelte Spaltungslinie – Männer/Frauen, Befristete/Unbefristete – besonders schwierig. Aber stärker als in anderen Betrieben wurden die befristeten Einstellungen hier zum Thema gemacht. 1990 stellten sie im Rahmen der Tarifverhandlungen neben der Forderung nach 5000 Pt. mehr Lohn die Forderung auf, alle der damals etwa 100 Befristeten zu übernehmen.

Auf der Versammlung, auf der der Streik beschlossen wurde, erklärten sie den Befristeten, daß sie von ihnen erwarten, nicht zu arbeiten. Es sei verständlich, daß sie es schwerer hätten zu streiken, aber es ginge ja um ihre eigenen Interessen.

Am Abend vor dem angekündigten Streik ließ die Unternehmensleitung massenhaft LKWs mit fertigen Produkten beladen. Den ArbeiterInnen wurde klar, daß sie sehr lange streiken müßten, wenn das ganze Material noch rausginge. Es wurde daher beschlossen, das Beladen zu verhindern und die LKWs zu blockieren. Am nächsten Tag begann der Streik – und schon nach einer Schicht hatte der Unternehmer sämtlichen Forderungen zugestimmt. Nach kurzer Zeit hätten die Bänder bei Ford in Valencia gestanden!

Nach dem Streik wurde der Betrieb von 500 auf 300 ArbeiterInnen verkleinert, kämpferische ArbeiterInnen mit Abfindungen rausgekauft. Stattdessen wurden weitere kleine Zulieferbetriebe aufgebaut, insgesamt arbeiten in Spanien 3000 bei Unicable. Die Firma läßt – wie es auch in der BRD bei der Kabelmontage üblich ist – auch in Knästen, Behindertenwerkstätten und in Heimarbeit produzieren. Heute liefert Unicable/Pamplona an das SEAT-Werk in Pamplona – »da können sie das Material zur Not zu Fuß rübertragen«.

Talbot-Villaverde (Madrid)

Pedro arbeitet seit über 10 Jahren bei Talbot in Villaverde. Heute produzieren dort 5 600 Arbeiter das Modell 205, ab Jahresende auch den 309 für den französischen Markt. Das Fortbestehen der Firma ist ungewiß, da es Verhandlungen zwischen Fasa-Renault und der PSA-Gruppe über einen Zusammenschluß gibt. Von den fünf Werken der PSA-Gruppe ist das in Villaverde das unwichtigste, wo auch am wenigsten investiert wird. 60% der Produktion werden ins europäische Ausland exportiert: nach Deutschland, Belgien, Niederlande. Möglicherweise wird es später wegen seiner Lage weiter als Verteilzentrum für den europäischen und nordafrikanischen Raum genutzt. Pedro gehört zur CUT, eine Liste »Einheitskandidatur der Arbeiter« für die Betriebsratswahlen, die aus der CC.OO ausgeschlossen worden ist. In Spanien gibt es in einigen Betrieben solche Strukturen, die im Rahmen von Kämpfen mit den offiziellen Gewerkschaften in Konflikt geraten sind – wie die "Plataforma Syndical", die den Streik der Busfahrer in Madrid organisiert hat.

Du hast gestern auf dem Treffen von den jungen Arbeitern erzählt, die sich nicht mehr für die Gewerkschaften interessieren und daß es schwierig ist, mit ihnen gemeinsam etwas zu machen. Wie ist euer Verhältnis zu ihnen, diskutiert ihr mit ihnen?

Das hängt zusammen mit dem neuen Arbeiterbewußtsein der Jungen, mit ihrem anderen Verhältnis zur Gewerkschaftsbewegung. Die Kultur der jungen Arbeiter unterscheidet sich sehr von unser traditionellen, die wir noch von Anfang der 70er her haben. Sie haben nicht dieselbe Auffassung von der Arbeit wie die älteren. Wir wurden im politischen und gewerkschaftlichen Kampf groß, sie aber nicht. Sie haben daher ein ganz anderes Verhältnis zu den Gewerkschaften. Das ist weder gut noch schlecht, es ist einfach eine andere Arbeitermentalität. Sie interessieren sich nicht für Politik und Gewerkschaften.

Sie haben auch eine andere Auffassung von der Arbeit. Für sie ist die Arbeit einfach ein Mittel zum Lebensunterhalt und nichts mehr. Sie hat für sie keine Bedeutung im Sinne von politischem Kampf und Forderungen. Sie sind auch unter anderen Bedin-

gungen in die Fabrik gekommen als wir, unter sehr prekären: weniger Geld, keinen festen Arbeitsplatz. Sie machen die Erfahrung, daß sie ein paar Monate arbeiten und dann wieder auf der Straße stehen. Sie machen sich also nur für die nächsten sechs Monate Gedanken und nicht darüber hinaus.
Was die andere Frage betrifft, wie wir sie behandeln: das ist etwas problematisch wegen der unterschiedlichen Bedingungen, nicht etwa, weil ich sie ablehne wie die Gewerkschaftsführer, sondern weil sie der Gewerkschaftsbewegung etwas fremd gegenüberstehen. Dazu kommt die ganze Ideologie, die ihnen von Unternehmerseite und auch von der Familie eingebleut wird: Wenn du dich gut benimmst, wirst du auch übernommen. Was überhaupt nicht stimmt, denn egal wie sie sich benehmen, sie fliegen meistens wieder auf die Straße.
Obwohl die sechs Monate eine begrenzte Zeit sind, haben wir auch positive Erfahrungen gemacht. Einige dieser Jungen haben auch angefangen, zu protestieren und gegen die Ausbeutung zu kämpfen.

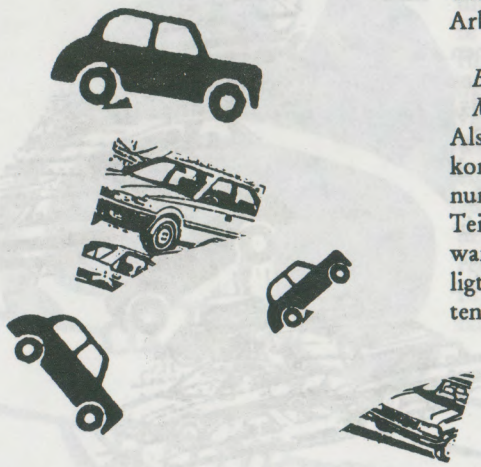
Waren dies Kämpfe, die sich speziell auf ihre Bedingungen als Prekäre bezogen?
Ja, auf ihre momentanen Arbeitsbedingungen. Aber auch allgemein auf die Arbeitsbedingungen, die Rhythmen am Band. Wir haben ihnen erklärt, wie wir arbeiten und sie haben es auch verstanden. Eine andere Sache sind ihre Möglichkeiten zum Protest, die sind sehr beschränkt wegen der Zeitverträge.

Ging denn die Initiative von ihnen aus?
Nein, das mußten wir anfangen, aber dann haben sie mitgemacht. In einigen Abteilungen haben wir uns mit ihnen versammelt und sie haben eine Komision gegründet, um gegenüber der Gewerkschaftsführung und der Geschäftsleitung Festverträge zu fordern. Wir haben versucht, sie etwas einzubinden in den Kampf, in der kurzen Zeit, in der sie da sind.

Haben sie etwas erreicht?
Der Kampf war wichtig wegen der Erfahrungen. Bei uns kam nicht viel heraus, aber in anderen Fabriken hier in der Nähe gab es wichtige Kämpfe für die Festeinstellung, die positive Ergebnisse hatten. Es gab radikale Kampfformen wie Besetzungen. Wir haben wirklich gute Erfahrungen gemacht mit den Jungen, sie haben sich stark beteiligt, sowohl inhaltlich als auch in der Art der Beteiligung. Sie haben eigene Kampfformen eingebracht.

Du hast erzählt, daß sie bei euch letztes Jahr 300 Befristete eingestellt hatten, die dann die Drecksjobs machen mußten: Haben die nicht protestiert? Wie war denn die Auseinandersetzung zwischen Alten und Jungen?
Sie hatten zu Anfang keine Ahnung, ob sie die guten oder schlechten Arbeiten machten. Sie machten die Arbeit so gut sie konnten.
Was die Alten betrifft, die haben gleich begriffen, daß die Jungen wegen ihrer geringen Erfahrungen als Kanonenfutter benutzt werden. Sie haben dagegen protestiert.

Haben sie mit den Jungen darüber geredet?



Nein, sie haben nur untereinander darüber diskutiert. Einige haben den Jungen erklärt, wie sie deren Situation sehen. Sie haben ihnen erklärt, wie sie arbeiten.

Sind die Jungen darauf eingegangen?
Teilweise ja. Ob ein Arbeitsplatz für dich gut oder schlecht ist, das hängt einfach damit zusammen, ob du die Arbeit schaffst, ob du die Tricks kennst. Wenn du Erfahrung hast, ist das was ganz anderes, als wenn du es nicht hinkriegst. Den Jungen fehlte diese Erfahrung. Und die Alten versuchten, ihnen das zu vermitteln. Dadurch entstand ein gutes Verhältnis zwischen Jungen und Alten. Dazu kam, daß bei uns fast alle Jungen Söhne von Arbeitern im Werk waren. Sie nahmen nur Leute auf, die Angehörige im Werk hatten. Das ist zwar gegen das Gesetz, aber so wird es gemacht. Dann gibt es auch Mauscheleien zwischen Gewerkschaften und Unternehmen. Die Mehrheit der Eingestellten waren Söhne von Gewerkschaftsmitgliedern, die kamen durch Empfehlung rein. Außerdem noch die Söhne der Vorarbeiter.

Wollen sie bei Euch Gruppenarbeit einführen?
Seit ein paar Jahren reden sie darüber. Einige Aspekte des »Toyotismus« haben sie schon eingeführt wie die Qualitätszirkel. Die Abteilung Qualitätskontrolle haben sie abgeschafft und durch die Selbstkontrolle der Arbeiter ersetzt. Praktisch läuft das so ab, daß zu jedem Wagen ein Laufzettel gehört. Wenn du nun ein Teil nicht richtig montiert hast, reparierst du es nicht selbst, weil du dazu keine Zeit hast, sondern du markierst es auf dem Zettel und nachher macht dies ein Reparateur. Du markierst auf dem Zettel alle Arbeitsvorgänge, die du machst und markierst auch die Defekte.
Die Qualitätskontrolle ist ein weiterer Arbeitsvorgang wie die Montage, also ein Teil deiner Arbeit, die du machst. Zu Beginn gab es Kurse, ein paar Stunden. Zuerst waren sie außerhalb der Arbeitszeit, dann während der Arbeit. Außerhalb der Arbeit war es freiwillig, später gehörte es zur Arbeit dazu.

Beteiligen sich die Kollegen daran? Machen sie Vorschläge?
Als die Firma das neue System der Selbstkontrolle ankündigte, gab es wenig Ablehnung dieses Vorschlags, nur wir als kleiner Teil der Linken haben uns dagegen gewandt. Die Mehrheit hat sich daran beteiligt mit der Zustimmung der Gewerkschaften - und so wurde dies durchgesetzt. Und da dies nun Teil deiner Arbeit ist, mußt du es machen. Es gab keine großen Proteste mehr dagegen. Es wurde als eine normale und auch gute Sache angesehen. Was gut ist für die Qualität, ist gut für das Unternehmen, und was gut ist für das Unternehmen, ist auch gut für die Arbeiter. Wenn sich das Produkt auf dem Markt gut verkauft, dann fördert dies auch die Stabilität der Arbeitsplätze. Sie verkaufen die Autos ja auch an die Arbeiter, deshalb achten sie auf die Qualität.

Wie kontrolliert ihr die Geschwindigkeit des Bands?
Wir haben eine Stoppuhr, einer der Delegierten hat eine Stoppuhr, damit kontrollieren wir es genau. Jede Stunde machen wir eine bestimmte Anzahl an Autos, daher wissen wir, alle eineinhalb Minuten muß ein Auto vorbeikommen. So können wir genau kontrollieren, ob das Fließband schneller gestellt wird. Wird es langsamer gestellt, das ist uns natürlich egal (lacht). Dies ist einer der Punkte, wo die Leute am empfindlichsten drauf achten. Wenn es nur eine Sekunde schneller läuft, protestieren gleich alle. Die Firma versucht manchmal, auf diese Weise Verluste durch Stillstand wieder herauszuholen, aber die Leute passen auf. Es ist schon passiert, daß die Leute

aus Protest geschlossen das Band verlassen haben. In einigen Abteilungen ist das erst neulich passiert.

Du hast gestern erzählt, daß die Leute, weil ihnen die Arbeit zu monoton ist, selber wechseln. Ist das auch eine Möglichkeit, Gruppenarbeit einzuführen?

Ja, das stimmt, aber ich muß das relativieren. Wenn die Leute immer am selben Arbeitsplatz sind, erscheint ihnen das monoton. Wenn sie an einen anderen Arbeitsplatz gehen könnten, wo es nicht so monoton, wo es besser wäre, würden sie auch gehen. Aber in Wirklichkeit kommen sie beim Wechseln an einen schlechteren Arbeitsplatz. Und außerdem bestimmt dies die Firma. Sie benutzen dich: »Heute gehst du dahin, morgen dorthin«. Das wollen sie nicht. Sie wollen wechseln, wenn sie es wollen und nicht wenn die Firma das bestimmt. Wenn heute einer fehlt, sagen sie dir: »Heute gehst du dahin!« Und wenn morgen dort einer fehlt: »Geh du dorthin!« Das wollen die Leute nicht. Sie wollen einen festen Platz haben, wo sie wissen, was sie zu tun haben und dort bleiben. Das ist schon ein gewisser Widerspruch. Natürlich würden die Arbeiter gerne die Positionen wechseln und nicht immer so (er beugt sich nach hinten) unter dem Auto arbeiten, weil du dann Probleme mit der Wirbelsäule bekommst.

Wenn sie den Wechsel entscheiden könnten, würden sie es tun.

Passiert das oft, daß man zu euch sagt: »Hier fehlt einer, geh mal dahin!«?

Nicht sehr oft. Sie stoßen damit auf die Ablehnung der Arbeiter. Wenn sie einen dahin schicken, sagt er: »Ich kann das nicht, ich weiß nicht, wie das geht!« Die meisten machen das so. Deshalb ist die Firma nicht daran interessiert, denn es würde zuviel Zeit kosten. Es dauert ein bis drei Tage, um eine neue Arbeit zu lernen.

Hoffen die Leute, irgendwie vom Band wegzukommen, in derselben Fabrik eine andere Arbeit zu bekommen?

In unserer Fabrik gibt es keine Hoffnung, die Arbeit wechseln zu können. Es ist eine Fabrik ohne Zukunftsperspektive, ohne Perspektive einer Erweiterung der Produktion. Und es gibt für die direkten Produktionsarbeiter keinerlei Möglichkeiten oder Hoffnungen, zu wechseln.

Wie ist das bei den jungen Leuten, wenn sie am Band sind? Gehen die nur wieder raus, wenn ihr Vertrag ausläuft oder gehen sie auch von sich aus?

Von den 300 gab es eine Minderheit von 20-40, die vorher gingen und andere, die fest übernommen worden wären, sind nicht geblieben. Die haben gesagt: »Nein, nein, ich bleibe nicht!«, die diese Art von Arbeit nicht machen wollten. – Ich arbeite schon zehn Jahre am Band. Uns allen macht das zu schaffen. Die Leute hassen diese Arbeit, denn sie negiert sie, sie macht dich zum Roboter. Du hast keine Zeit zum Reden, sie beschneidet dein Verhältnis zu den Kollegen.

Haben sie schon Probleme, Leute zu finden, wenn sie einstellen?

Nein, denn es gibt viele Arbeitslose, viele Jugendliche, die arbeitslos sind. Daher haben sie keine Probleme. Seit 14 Jahren haben sie - abgesehen von den 300 Zeitverträglern - keine Leute mehr eingestellt. Vor 12 Jahren waren wir 10 800 Arbeiter, jetzt sind wir 5 600. Sie haben niemanden mehr eingestellt, nur noch entlassen.

Wann hören die Leute auf, am Band zu arbeiten, arbeiten sie bis zur Rente?

Bis sie in Rente gehen. Bis 60 Jahre oder 58 oder 55. Viele lassen sich frühverrenten mit 55 Jahren. Wir haben ein Durchschnittsalter von 48 Jahren. Die Firma hat damit ein großes Problem. Die älteren Leute haben - außer daß sie psychisch angegriffen sind - auch körperliche Probleme, dem Bandrhythmus zu folgen. Die Firma will diese Leute loswerden.

Wie hoch ist der Krankenstand am Band?

Der ist ziemlich hoch wegen dem Alter und den Gesundheitsproblemen der Leute. Zur Zeit liegt er bei 7%. Viele Leute gehen früher in Rente, andere weil sie eine Rente wegen Gesundheitsschäden bekommen können. Diese Leute nehmen auch nicht mehr am Kamppf teil. Sie denken nur noch daran, daß ihnen noch drei oder fünf Jahre zur Rente fehlen, die wollen sie rumkriegen. Sie sehen keine andere Perspektive mehr.

»Halle 54 – der Traum ist aus«

Ich arbeite seit sieben Jahren bei VW. Ich hatte damals bei VW und in anderen Betrieben versucht, einen Ausbildungsplatz zu kriegen, was nicht geklappt hat. Angefangen hab ich mit einem Stundenlohn von 17,01 DM brutto (Lohngruppe E). Mittlerweile krieg ich 25,44 DM (LG G). Mit drei Monaten Probezeit wurde ich als Produktionsarbeiter eingestellt. Ich hatte Streß zu Hause, wollte da raus und möglichst schnell viel Geld verdienen.

Zwischen 1985 und 87 wurden an die zehntausend Leute eingestellt. Wenn du damals an den Schulen geguckt hast: jeder ist ins Werk gekommen. 1989/90 wurden nochmal viele eingestellt. Jetzt werden nur noch Leute mit Metall-Facharbeiterschein eingestellt, damit jeder dann irgendwann seine Maschine selbst warten kann. Voraussichtlich werden nochmal 500 Leute für Halle 54 für eine Endmontagelinie eingestellt.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß sie dafür so viele Leute ausschließlich mit Metallschein finden, zumal schon jetzt viele Facharbeiter mit ihrem Job in der Produktion unzufrieden sind.

Die finden sie. Guck mal, was die jungen Leute hier in der Region machen: die sind auf das Werk eingestellt, die werden mit dem Golf groß, die haben schon was mit Metall im Kopf, wenn sie aus dem Bauch kommen.

Gibt es neben dem Lohn noch andere Zahlungen?

Jährlich wird eine Dividende gezahlt, letztes Jahr z.B. hab ich 1000 Mark netto gekriegt. Das geht nach dem Jahresbruttolohn und nach Werksangehörigkeit.

Der wilde Streik im November 1990 ging um eine Sonderzahlung. Wir hatten da mit 900 Mark gerechnet und dann nur 300 Mark gekriegt. Das wurde auch nur 1990 gezahlt.

Der Streik ging von Halle 54 aus los. Das war eine spontane Kettenreaktion. Die Leute waren stinksauer. Da kam plötzlich die Information, daß wir nur die 300 Mark kriegen und dann sahst du schon, wie sich da auf einmal immer mehr Leute auf den Straßen zwischen den Bändern getroffen haben. Und da arbeiten immerhin 9000 Leute in Halle 54. Die Vertrauensleute, die das mitangezettelt hatten, sollten erst fliegen, dann hat sich aber die Gewerkschaft

für sie eingesetzt und sie wurden bloß in andere Hallen versetzt.
In solchen Sachen ist die Halle der Werksleitung sowieso ein Dorn im Auge. In der Halle sind nur junge Leute, 90% bestimmt nicht älter als 27, 28 Jahre. Die Halle ist erst seit 1985 in Betrieb. Die Anforderungen sind dort höher als woanders. In den alten Hallen können sie solche Leistungen nicht fordern. Halle 54 ist auch moderner konzipiert: in Halle 10 (auch Montage) sind die Montagelinien total eng zusammen, sodaß kein Stapler da rein kann und alles mit'm Hubwagen bereitgestellt werden muß. Die ziehen da etwa 200 Polos und in Halle 54 ziehen sie 350 Golfs pro Schicht. Solche hohen Stückzahlen sind da nicht zu schaffen.

Kannst du mal kurz die Produktionsstruktur erklären?
In Halle 10 sind zwei Polo-Bänder, die Ende des Jahres verlagert werden sollen nach Spanien. Dafür wird der Golf-Variant gezogen.
Außerdem ist in Halle 10 noch ein Golf-Band und in Halle 12 sind noch vier Golf--Bänder. Die Golf-Bänder sind schon weiter auseinander; da wird immer mehr modernisiert. Wenn der Golf-Variant gezogen wird, gehen sie mit den Bändern z.B. runter in den Keller. Da war vorher alles voll mit den Teilen. Die Teilezufuhr soll aber neu organisiert werden. Die Fremdfirmen sollen die Teile schon fertig zusammengestellt direkt ans Band liefern. So wird Lagerhaltung im Werk vermieden und Platz gewonnen.
In Halle 54 sind fünf Golf-Bänder, die die Karossen aufnehmen von den vier Bändern aus Halle 12 und dem Band aus Halle 10. Der Polo wird komplett in Halle 10 gefertigt. Da die Gesamtleistung an den Bändern dieselbe ist (Wagen pro Schicht), kommt der größere Streß in Halle 54 dadurch zustande, daß dort mit weniger Leuten gefahren wird.

Wie drückt sich das sonst aus, daß in Halle 54 eher rebelliert wird?
Zum Beispiel wehren sich die Leute eher dagegen, daß Arbeiten falsch eingetaktet sind (daß man für eine Arbeit eben zwei Leute braucht) und die gehen dann gleich zum Betriebsrat. Die haben auch schon mal zum Meister gesagt, jetzt mach du das mal, und ihn so überzeugt. In Halle 10, da lassen die Leute alles mit sich machen. Da rennt einer noch dem anderen hinterher und sagt ihm, das mußt du aber noch genauer machen.

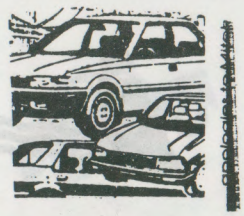
Wie arbeitest du?
Ich mache alle Arbeiten. Da ich eine hohe Lohngruppe habe, kann ich überall eingesetzt werden. Es gibt wenige in dieser Funktion.
Früher habe ich schon mal monatelang dieselbe Arbeit gemacht. Aber in den letzten zwei Jahren habe ich Glück gehabt und immer viel gewechselt. Mit dem Modellwechsel zum A3 wurde bei uns auch "Gruppenarbeit" eingeführt. Das heißt, daß jedeR drei Tätigkeiten können muß und daß täglich reihum gewechselt wird. Vorher gab es schon Leute, die zwanzig Jahre Scheiben eingebaut haben oder so. Der Wechsel macht sich echt bemerkbar: kopfmäßig und körperlich auch, weil die Belastungen nicht mehr so einseitig sind. In allen Abteilungen ist das noch nicht so,

auch wenn das überall kommen soll. Das hängt vom Meister ab, ob er sich dahinterklemmt. Das wird aber auch von den ArbeiterInnen selbst schon gefordert. Die Leute sind zufrieden damit.

Was wurde mit Einführung der Gruppenarbeit sonst noch verändert?
Früher bekamen einige noch Lohngruppe E, jetzt haben alle mindestens F. Außerdem gibt es keine Springer mehr. Jeder Meister hat zwar noch seinen Läufer, aber wir gehen schon öfter in der Pause pinkeln. Die Klos sind alle sehr dicht an den Arbeitsplätzen.

Früher gab es sicherlich öfters Probleme, wenn mehrere gefehlt haben. Dann mußten sie erst so'n paar superflexible, besserbezahlte wie dich finden. Jetzt sind alle flexibler ...
Da haben sie natürlich zwei Fliegen mit einer Klatsche geschlagen: dem Werker geht es besser und sie stehen besser da. Ich bin schon lange so'n flexibler, was daran liegt, daß ich da schon immer Bock drauf hatte. Ich lerne schnell. Früher wechselte ich manchmal dreimal am Tag die Arbeit; auf solche Leute waren die da angewiesen.
Gruppenarbeit gibt es auch in Halle 53a, die erst vor zwei Jahren in Betrieb gegangen ist. Die allgemeinen Arbeitsbedingungen sind dort angenehmer: Temperatur, Licht, Ausstattung ... Genaueres weiß ich über das Modell von Gruppenarbeit nicht.

Gibt es am Band oft Probleme untereinander, wenn z.B. einer nicht arbeiten kann, weil der andere noch nicht fertig ist?
Das gibt oft Motzereien. Da siehst du dann, wie die Leute ihren Frust ablassen, ohne zu sagen, daß die Arbeit Scheiße ist. Das Vorarbeiten (Band hocharbeiten) gegen Feierabend ist bei uns kaum noch möglich. Finde ich auch korrekt, weil die Leute immer ganz verrückt werden sonst. Zum Duschen bleiben uns sowieso bloß zehn Minuten - jedenfalls, wenn du pünktlich stempeln willst. Die fünf Minuten mehr bringen's dann auch nicht, aber viele machen das. Die hetzen dann total rum. Daß wir solange arbeiten müssen und auch nicht mehr soviel Touren fahren können ["Tour" bedeutet, die ArbeiterInnen teilen sich einen Job untereinander neu ein, sodaß reihum eineR inoffizielle Pause machen kann], kam so Anfang 1989, als der Hahn [bis jetzt VW-Chef] mal eine Stunde vor Feierabend in die Halle kam und dann am Ausgang über die fertig gepackten Taschen der Kollegen gestolpert ist. Also ne halbe Stunde zum Duschen hatten wir bis dahin immer.



Gibt es Formen bewußter, gemeinsamer Arbeitszurückhaltung?
Nee, ist nicht möglich. Das Band kannste nicht anhalten. Man läßt wohl mal einen Wagen durchlaufen, wenn man's gar nicht packt, aber das ist die Ausnahme.
In Halle 54 gibt es auch ein Pilotprojekt, wo Gruppen von 10, 15 Leuten - alles Facharbeiter - ganze Autos auf automatischen Wagen im Stand montieren. Ich krieg davon allerdings nix weiter mit. Ich glaub aber kaum, daß die da eine entsprechende Stückzahl schaffen.

Werden viele Überstunden freiwillig gekloppt? Wie reagieren die Leute auf die Pflichtsamstage?
Pro Abteilung machen vielleicht fünf Leute freiwillige Mehrarbeit regelmäßig. Im ersten Vierteljahr hatten wir praktisch jeden zweiten Samstag einen Produktionssamstag. Das stinkt den Leuten ganz schön.

Gibt es oft Probleme mit den Teilen von Zulieferern?
Ja, im Augenblick stehen beispielsweise viele Wagen auf dem Parkplatz ohne Türverkleidungen, weil die Zöllner in Spanien streiken ... oder weil in Jugoslawien Krieg

ist. Aber auch mit Teilen aus dem Inland gibt's häufig Verzögerungen. Wenn es Schrotteile sind, bau ich die nicht ein: »Wir bei VW fertigen Qualität«. Ich würde mich ja auch über so was ärgern, wenn ich so einen Wagen kauf.

Siehst du irgendwelche Entwicklungen in der Belegschaft, bei den jungen ArbeiterInnen? Geben sich die Leute mit der Arbeit zufrieden?

Da gibt es Leute, die eingestellt werden und die verheiratet sind und Kinder haben, - denen muß es es gefallen, die können sich nicht groß Gedanken übers Aufhören erlauben. Bei den jungen Leuten gibt es solche, die schon früh heiraten, aber es gibt auch verdammt viele, die sich Gedanken machen: »hör ich auf, zieh ich's durch oder mach ich Schule?« Sehr viele machen Schule, neben der Arbeit! Die meisten machen eine Techniker-Ausbildung in zwei Jahren mit dem Ziel "Anlagenführer". So was zu machen ist schon ne ganz schöne Leistung, da mußt du ganz schön einstecken. In der Frühschicht geht der Unterricht von 14:30 h bis 18:30 h fünfmal die Woche. In der Spätschicht dreimal die Woche von 7:30 h bis 12:00 h. Ich sag denen immer: das versteh ich nicht, wie man so was machen kann. Aber das müssen die machen, um eine Hoffnung zu behalten, vom Band wegzukommen.

Das muß doch tierische Enttäuschungen bei den Leuten mit sich bringen, wenn das dann hinterher nicht klappt, vom Band weg zu kommen?

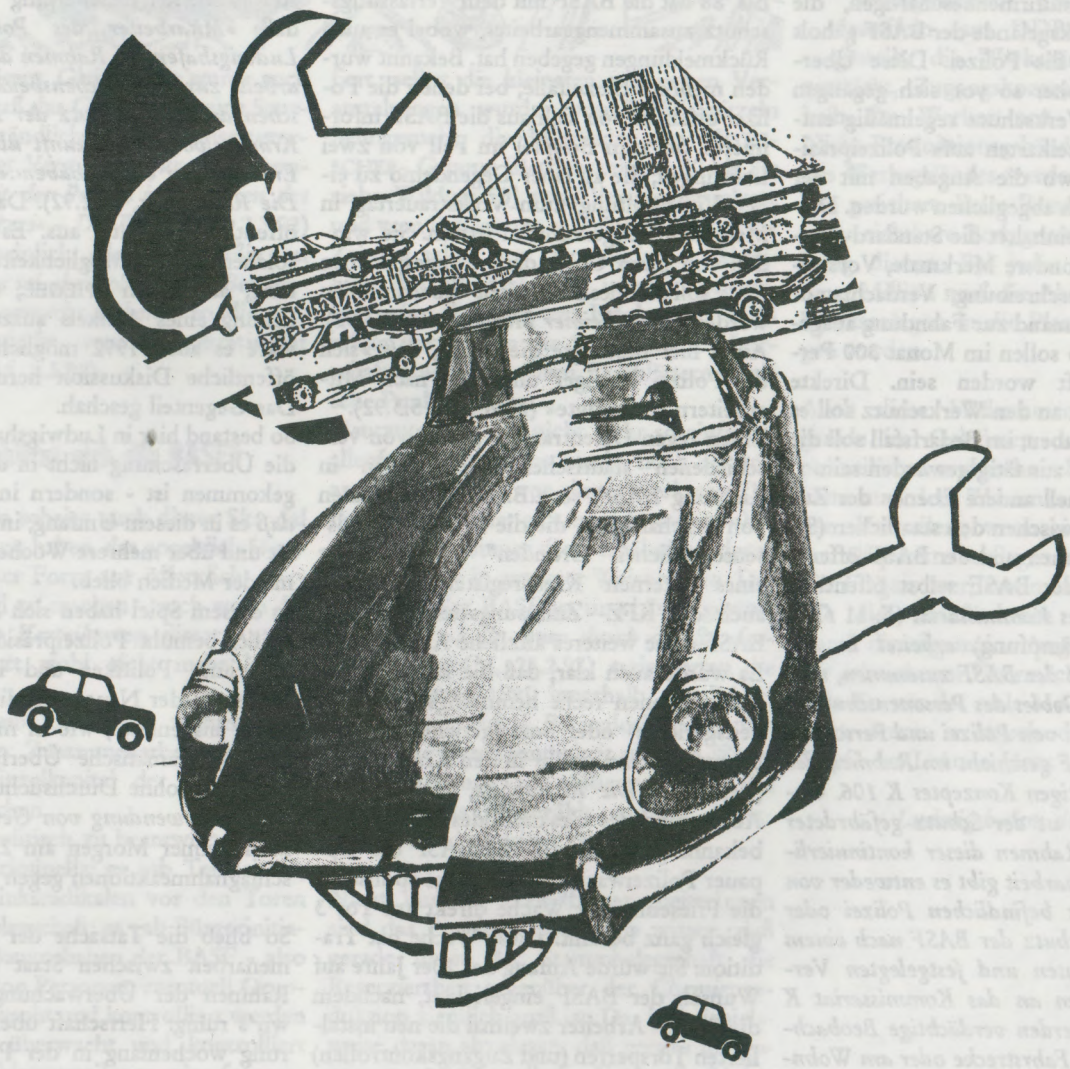
Klar, die Enttäuschung ist groß, aber das legt sich auch wieder. Abhauen tun deswegen trotzdem nur wenige. Es werden zwar viele wegen Krankfeiern und wegen Drogen rausgeschmissen, aber freiwillig hauen wenige ab. Gerade in Halle 54 fliegen viele wegen Drogen, das ist der Umschlagplatz Nummer eins in der BRD.

Gibt es überhaupt viele Gespräche über persönliche Perspektiven?

In Wolfsburg haben die Leute keine besondere Perspektive. Das ist ein Scheißspiel. Das ist alles eine Frage der Erziehung. Was hier in Wolfsburg abgeht, findest du nirgendwo sonst, in keiner anderen Stadt! Hier wohnen 130 000 Leute und 60 000 arbeiten bei VW. Okay, 20-25 000 kommen vielleicht aus der Umgebung. Ich bin da eigentlich das beste Beispiel dafür: ich hatte gar keinen Bock drauf gehabt auf die Scheiße - aber ich bin auch ein Kind dieser Erziehung. Früher oder später gehen die Leute da immer wieder rein.

Die Kollegen fluchen die ganze Zeit rum: hab keinen Bock mehr, Scheißarbeit, will nach Hause. Ich denk da gar nicht mehr dran. Du rennst mit dem Kopf gegen eine Wand, ohne daß du was machen kannst. Da regen sich die Kollegen den ganzen Tag auf, daß sie auch noch fegen sollen und am Ende machen sie es dann doch. Ich reg mich gar nicht erst auf. Ich hasse das Werk, das ist keine Frage, aber ich find mich damit ab. Wenn ich da 35 Jahre arbeite, krieg ich garantiert keinen Herzinfarkt. Aber die, die sich den ganzen Tag aufregen, die kriegen den.

Ich hab sowieso keine Alternative. Ich hab nichts gelernt. Wenn ich draußen arbeite, zum Beispiel aufm Bau, muß ich garantiert das dreifache für den halben Lohn machen. Im Werk kann ich außerdem rumlaufen wie ich will.



Vom Nutzen eines Skandals
Zur BASF- Datenaffaire

»Eine besondere Überraschung kann der am Wochenende ruchbar gewordene Datentransfer zwischen der BASF und dem Ludwigshafener Polizeipräsidium nur für Außenstehende gewesen sein.« So kommentierte die Lokalzeitung *Die Rheinpfalz* am 25.2.92 spontan den vom *Spiegel* aufgedeckten *"größten amtlichen Datenmißbrauch im Westen Deutschlands"*.

Zusammenarbeit

Ausgangspunkt und Kern des "Datenskandals" war die Überprüfung der Personaldaten der Fremdfirmenbeschäftigen, die neu auf das Werksgelände der BASF geholt wurden, durch die Polizei. Diese Überprüfung soll bisher so vor sich gegangen sein, daß der Werkschutz regelmäßig entsprechende Karteikarten aufs Polizeipräsidium brachte, wo die Angaben mit der Polis- Datenbank abgeglichen wurden. Diese Datenbank beinhaltet die Standard- Personendaten, besondere Merkmale, Vorstrafen, Personenbeschreibung, Verdachtsmomente und ob jemand zur Fahndung ausgeschrieben ist. So sollen im Monat 300 Personen überprüft worden sein. Direkte Rückmeldungen an den Werkschutz soll es nicht gegeben haben; im Bedarfsfall soll die Polizei von sich aus tätig geworden sein.
Es wurden schnell andere Ebenen der Zusammenarbeit zwischen den staatlichen (Sicherheits-) Organen und der BASF öffentlich, z.T. von der BASF selbst öffentlich gemacht. *»Dieses Kommissariat* (K 11 /TE, Terrorismusbekämpfung) *arbeitet in der Tat intensiv mit der BASF zusammen, und zwar auf dem Gebiet des Personenschutzes. Die Kooperation von Polizei und Personenschutz der BASF geschieht im Rahmen des bundesweit gültigen Konzeptes K 106. Gemeinsames Ziel ist der Schutz gefährdeter Personen. Im Rahmen dieser kontinuierlichen Zusammenarbeit gibt es entweder von der im Einsatz befindlichen Polizei oder dem Personenschutz der BASF nach einem klar abgestimmten und festgelegten Verfahren Anfragen an das Kommissariat K 11/TE. Dort werden verdächtige Beobachtungen auf der Fahrstrecke oder am Wohnort gefährdeter Personen abgeklärt. Damit sollen Tatvorbereitungen terroristischer Täter frühzeitig erkannt werden, um Anschlagsvorbereitungen, wie z.B. im Fall Herrhausen, zu vereiteln. Sofern die Beobachtungen vom Personenschutz der BASF kommen, gibt er diese schriftlich per Telefax an das Polizeipräsidium Ludwigshafen. Dies können z.B. verdächtig abgestellte Fahrzeuge oder Bauarbeiten an der Fahrstrecke sein. Das Kommissariat Terrorismusbekämpfung überprüft dann in eigener Zuständigkeit den Hinweis und teilt dem BASF- Personenschutz lediglich mit: ›Kein terroristischer Hintergrund.‹«* (BASF aktuell, 1.3.92)
Bis '88 hat die BASF mit dem Verfassungsschutz zusammengearbeitet, wobei es auch Rückmeldungen gegeben hat. Bekannt wurden mehrere Einzelfälle, bei denen die Polizei offenbar von sich aus die BASF informierte. So zum Beispiel im Fall von zwei Lehrlingen, die an einer Gegendemo zu einer Veranstaltung zum Volkstrauertag in Mannheim teilgenommen hatten. Sie wurden von ihren Chefs darauf angesprochen und sollten deshalb nicht übernommen werden (*Mannheimer Morgen* vom 3.3.92). Auch hier bestätigte die BASF, daß »sich die Polizei häufiger ungefragt nach Mitarbeitern erkundigte« (MM vom 5.3.92).
Einen regen Datentransfer gab es von verschiedenen städtischen Dienststellen in Richtung BASF, so z.B. über Todesdaten von Beschäftigten, die die BASF "aus wissenschaftlichen Gründen" zur Führung eines internen Krebsregisters brauchte; auch die KFZ- Zulassungsstelle gab der BASF ohne weiteres amtliche Auskunft.
Es wurde auch klar, daß die BASF solche Informationen recht hemmungslos in Arbeitsgerichts- oder Sozialgerichtsverfahren benutzte, wenn sie ihr in den Kram paßten (siehe z.B. *Die Rheinpfalz*, 11.3.92). Zur Abrundung des Gesamtbildes wurde noch bekannt gemacht, daß die BASF die Oppauer Polizeiwache mit Material sponserte; die Friesenheimer Wache direkt am Tor 3 gleich ganz bezahlt. Diese Wache hat Tradition: Sie wurde Anfang der 20er Jahre auf Wunsch der BASF eingerichtet, nachdem die BASF- Arbeiter zweimal die neu installierten Torsperren (und Zugangskontrollen) am Tor 3 gestürmt und zerstört hatten...

Öffentlichkeit

Die offizielle Geschichte des Skandals lautet so: ein Detektiv, ehemaliger Polizist, selbst in der Bredouille, weil er sich auf "Kollegenschiene" Daten aus Polis besorgt hatte, gab die Information über die Karteikarten an den SPIEGEL. So sei die BASF halt mal erwischt worden.
Das kann ein Teil der Geschichte sein; es reicht als Erklärung für das Maß der Öffentlichkeit, das diese Affäre erhielt, nicht aus. Schon 1980 hatte die Landesregierung dem damaligen Abgeordneten (jetzt Ministerpräsidenten) Scharping eingestanden, daß *»Mitarbeiter des Polizeipräsidiums Ludwigshafen ›im Rahmen der Zusammenarbeit zur Verbrechensbekämpfung zwischen dem Werkschutz der BASF und der Kriminalpolizei Auskunft über polizeiliche Erkenntnisse erteilt haben‹.«* (FR, 29.2.92; *Die Rheinpfalz*, 28.2.92). Damals blieb die öffentliche Debatte aus. Es gibt wohl in solchen Fällen Möglichkeiten, einer Zeitung, auch dem SPIEGEL, die Veröffentlichung eines Artikels auszureden. Sicher wäre es auch 1992 möglich gewesen, die öffentliche Diskussion herunterzukochen. Das Gegenteil geschah.
So bestand hier in Ludwigshafen tatsächlich die Überraschung nicht in dem, was rausgekommen ist - sondern in der Tatsache, *daß* es in diesem Umfang, in dieser Intensität und über mehrere Wochen hinweg Thema der Medien blieb.
In diesem Spiel haben sich *alle* Beteiligten redlich bemüht. Polizeipräsidium, Innenministerium, Politiker und BASF tischten immer wieder Neues auf; die Staatsanwaltschaft inszenierte, wie in mäßigen Tatort-Krimis, dramatische Überfälle (in einem Fall sogar ohne Durchsuchungsbefehl und *»unter Anwendung von Gewalt«* – so der Mannheimer Morgen am 2.3.92) und Beschlagnahmeaktionen gegen die BASF.

So blieb die Tatsache der engen Zusammenarbeit zwischen Staat und BASF im Rahmen der Überwachung der (nennen wir's ruhig: Herrschaft über die) Bevölkerung wochenlang in der Presse, in Flugblättern der BASF, in den Diskussionen

der Leute präsent. Gleichzeitig wurde auch klargestellt, daß das Ganze zwar eine Sauerei, aber verständlich (der Betriebsratsvorsitzende *»zeigt Verständnis für die Zusammenarbeit mit der Polizei im Rahmen des Personenschutzes« – Die Rheinpfalz*, 2.3.92) und wahrscheinlich alles rechtmäßig sei (*»Abzuwarten sei aber, ob sich die Beteiligten strafbar gemacht haben«*, so die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen – MM, 5.3.92).

Vor wem schützt sich die BASF?

Wie so oft, so scheint auch dieser Skandal die Funktion zu haben, das angeblich Skandalöse in neuer Form zur öffentlich anerkannten Regel zu machen - auch wenn die Sache mit den *Karteikarten*, dieser Anachronismus, jetzt wohl nicht mehr laufen wird.

Trotzdem bleibt die Frage, warum neue Methoden der Zusammenarbeit zwischen Staat und Einzelkapital der öffentlichen Debatte brauchen...

Das ist nur politisch zu beantworten. Früher gab es Kriminelle; es gab Terroristen; es gab die Linksradikalen vor den Toren und in der Belegschaft; es gab Bürgerinitiativen gegen Bauvorhaben der BASF - also eine Anzahl von Personen, eventuell Gruppen, die überwacht und kontrolliert werden mußten und überwacht und kontrolliert wurden. Flugblattverteiler wurden fotografiert, selbst die kleinsten politischen Veranstaltungen wurden von BASF-Spitzeln heimgesucht, die Mitglieder der MITMISCHER- Gruppe [Betriebszeitung 80 bis 86; siehe Wildcat 50] vom Verfassungsschutz und vom Betriebsrat ausgekundschaftet; die Zeitung selber von der politischen Abteilung des Werkschutzes intensiv gelesen. Immerhin ließ sich am Erfolg oder Mißerfolg der Linken die Stabilität der Herrschaft ablesen, in ihren Flugblättern kritische Punkte finden.

Heutzutage ist das nicht mehr so einfach - allenfalls Greenpeace macht noch ab und an mal ne Aktion vor einem Werkstor. Die Feinde von früher gibt es nicht mehr - aber es gibt noch immer die Verhältnisse, deren Ausdruck sie in gewisser Weise waren. Das Feindbild der BASF ist unschärfer geworden. 1700 *»Fälle, quer durch das Strafgesetzbuch«* (MM, 25.2.92) registrierten die Werkschützer 1991 innerhalb der BASF. Auch wenn dabei Belanglosigkeiten wie überhöhte Geschwindigkeit auf dem Werkgelände ebenso wie Übertretungen des Rauchverbots mitgezählt wurden: Belegschaften sind ziemlich kriminell!

Nicht nur die FremdfirmenarbeiterInnen sind das Problem. Die Chefs wissen, daß gerade unter der Stammbelegschaft die Reserviertheit gegenüber der *Chemie*produktion ziemlich groß ist. Das ist beispielsweise daran abzulesen, daß gerade in Oppau, wo traditionell die übergroße Mehrheit der Leute in der Anilin arbeitet, die Grünen das beste Wahlergebnis erzielen - auch wenn das natürlich nicht gerade eine militante Form des Protestes ausdrückt. In Oppau wohnt der (proletarische) "Anilin-Adel": Handwerker, mittlere Angestellte, Meister, also genau die Schicht, von deren Loyalität eine Firma ganz besonders abhängig ist. Wie sehr sie solche Loyalität, die durch detaillierte Überwachung nicht zu kriegen ist, braucht, zeigt die Tatsache, daß die BASF es aufgeben hat, den Inhalt von Disketten und Festplatten tragbarer Computer zu kontrollieren, die viele Angestellte beruflich auch außerhalb des Werksgeländes mit sich führen.

Gleichzeitig fährt die BASF seit einiger Zeit ein gewaltiges Programm technischer und organisatorischer Aufrüstung. Ein vom BKA geholter Sicherheitschef entwickelte ein neues Sicherheitskonzept, das im Kern die Trennung von normalem Werkschutz (Torkontrolle etc) und "Sicherung der Werksanlagen und Personenschutz" beinhaltet. Besondere Berücksichtigung erhielt die Sicherung des Rechenzentrums und der "Werksperipherie". Dafür wurden Hundestaffeln (aus DDR-Beständen) eingestellt, die Werkszäune erhöht und verstärkt, Zugangskontrollen auch innerhalb des Werkes neu eingerichtet, alle Nicht-Produktionsgebäude auch innerhalb des Werksgeländes werden mit Alarmanlagen gesichert. Beim Personenschutz sollen mehr sichtbare Bodyguards zur Abschreckung dienen. Bei jeder Investition über einer Million muß die Abteilung Sicherung Werksanlagen in die Planung miteinbezogen werden.

Auch diese Maßnahmen wurden nicht gerade im Geheimen durchgeführt. Mit polizeilichen und technischen Mitteln allein kann man dem Klassenkampf nicht begegnen. Vor allem, wenn einem kaum noch Anhaltspunkte vorliegen zur Beantwortung der Fragen: wer, wann, wo? Also müssen alle diese Maßnahmen ergänzt werden durch die allgemeine Angst vor ihnen und der scheinbaren Übermächtigkeit des Gegners. So wie der reale Meister nur funktioniert, wenn er durch den "Meister im Kopf" der Leute ergänzt wird.

Ludwigshafen, den 26. April 1992

Sechs Thesen, vier Mythen, zwei Wege, ein Ziel?

Zur Geschichte der radikalen Linken in der BRD gehört seit Anfang der 70er Jahre die Existenz bewaffneter Gruppen. Bis in die 80er Jahre kamen speziell von der RZ immer wieder nicht nur praktische Signale des Weiterkämpfens in schwierigen Zeiten, sondern auch wichtige Diskussionsbeiträge. Gleichzeitig gab es aber von Anfang an durch die unpolitische Art der Auseinandersetzung mit diesen Gruppen und ihre fortschreitende Isolierung einen gewissen Zwang für alle Linksradikalen, diese Gruppen zu verteidigen. Eine Diskussion über Fehler und falsche Entwicklungen war kaum möglich, entweder man war dafür oder dagegen. Unsere Versuche, in der Wildcat die Debatte öffentlich zu führen (das letzte Beispiel "Arbeitermacht und bewaffneter Kampf" Wildcat 56) blieben immer schnell stecken. Zum Teil, weil gerade Leute aus der Raf sich kategorisch weigerten, sich zu äußern; vor allem aber, weil wir an uns dabei immer den Anspruch hatten, "nach vorne" zu diskutieren – und ihn nicht einlösen konnten.

Seit über einem Jahr häufen sich nun Interviews, Papiere und Stellungnahmen: Die Raf äußerte sich im Pohl-Interview mit der FR zu "ihren DDR-Aussteigern" und ihren Kontakte zur Stasi. Aus dem Bereich der RZ kamen Papiere, die Anschläge der eigenen "Firma" scharf kritisierten, ein Papier, das die Ermordung von Gerd Albartus als Anlaß zur Distanzierung von antiimperialistischen Vorstellungen nahm, ein weiteres Papier, das die Selbstauflösung einer Revolutionären Zelle verkündete, nun kam auch von der Raf die Ankündigung, den bewaffneten Kampf einstellen zu wollen. Während die RZ-Papiere (trotz inhaltlicher Schwächen) eine politische Diskussion (neu beginnen) wollen, setzt die Raf selbst in ihrer Absage-Erklärung ihren seit Stockholm mit dem Staat begonnenen Exklusiv-Dialog fort.

Die folgenden Thesen haben nicht den Anspruch, die "Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD" abzuhandeln. Sie streichen erst mal ein paar Sachen raus, die uns an den verschiedenen Beiträgen wichtig erscheinen. Wir möchten damit einen Beitrag dazu leisten, daß eine *politische* Diskussion zustande kommt und nicht wieder ganz schnell alles unter den Teppich gekehrt wird oder in einem diffusen Nebel von Taktik und Verleugnen verschwindet. Deshalb hier auch nochmal die Aufforderung an alle "Betreffenden", sich zu äußern, wir werden auch zugeschickte Diskussionsbeiträge veröffentlichen.

1) Mythos 1: Der Antiimperialismus oder: Zusammenarbeit mit Geheimdiensten.

Erstaunlich ist auf seiten der Raf die lapidare Umgehensweise mit der eigenen Verstricktheit in Geheimdienstgeschichten. Kein Wort der Selbstkritik – es wird höchstens darauf verwiesen, daß es für eine Guerilla ohne Hinterland eben notwendig war. Daß diese Zusammenarbeit möglicherweise von der Stasi dazu benutzt wurde, die Raf Anfang der 80er operativ auszu

knipsen, wird mit der Versicherung verdrängt, man sei jederzeit autonom geblieben. Aufgrund des ja wohl sehr eindeutigen Gefälles in dem Kräfteverhältnis Stasi und Guerillagruppen kann wohl ab einem gewissen Zeitpunkt in der Geschichte nicht mehr von der so hochgelobten selbstbestimmten Politik die Rede sein.

Die deutschen Guerilla-Gruppen haben von Beginn an Kontakte zum palästinensischen Widerstand gehabt (Ausbildung, Zusammenarbeit, Flugzeugentführungen). Es ist (zumindest inzwischen) bekannt, daß viele politischen Gruppen in Palästina von Geheimdiensten der verschiedensten Länder durchsetzt und gesteuert sind. Schon mit dem wenigen, was bisher öffentlich wurde, ergibt sich, daß Guerilla-Gruppen zwischen diverse Fronten und Interessen europäischer Staaten und Nah-Ostgeheimdiensten geraten sind (Verflechtungen von Action directe mit dem syrischen Geheimdienst; Ultimaten, mit denen Carlos auf die Inhaftierung von Leuten aus dem hessischen Untergrund in Frankreich reagierte; Sprengstofftransporte von Weinrich via Ostberlin zwecks Anschlag auf das "Maison francaise"). Nach all dem dürften auch Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst einige Kenntnis von gewissen Verbindungen gehabt haben, sie wären Oberdilletanten, wenn sie von allem nichts gewußt haben sollten.

Die deutschen Guerillagruppen haben darüber hinweggesehen, welche innerorganisatorischen Gepflogenheiten bei ihren palästinensischen Verbündeten herrschten (Hierarchien, Verhältnis Frauen-Männer, Umgang mit Abweichlern bzw. ihre Gleichsetzung mit "Verrätern", es war auch bekannt, daß diese Organisationen interne Knäste unterhielten usw.) Der Aufbau eines organisationsinternen Geheimdienstes und eines Knastsystems hat in den seltensten Fällen "Sicherheitsbedürfnissen" gedient, sondern meistens der Durchsetzung der Führer gegen die Basis, der Ausschaltung, Einkerkerung und Ermordung aufmüpfiger "Gefolgsleute"!

Das alles war aber schon lange bekannt. Zur Erschießung von Schmücker hatte beispielsweise Brückner ein Buch gemacht, H.J. Klein, der selber bei der OPEC-Aktion dabei gewesen war, hatte in einem Buch seinen Ausstieg aus der RZ haupt-

sächlich mit solchen Geheimdienstverwicklungen begründet ... Aber die Guerillagruppen hatten solche kritischen Stimmen immer in die Nähe von Verrat gerückt, solche Kritik tabuisiert. Angesichts dieses jahrzehntelangen Verdrängens kriegt man bei den aktuellen selbstkritischen Erklärungen oft den Eindruck, daß da Dämme brechen. Die RZ, die damals Entebbe und HJ Kleins Ausstieg mit der martialischen Parole »Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter« abgetan haben, erklären nun in ihrem Pa-

pier zu Gerd Albartus Ermordung »durch eine palästinensische Gruppe« mit den gleichen Geschichten das Scheitern ihrer antiimperialistischen Politik.*

Die Revolutionäre Zelle legt hohe Erwartungen in die Auseinandersetzung (»Welle von Reaktionen«), die sie mit ihrer Erklärung auslösen will: »Sie wird sich mit dem Zusammenhang von Politik und Moral, dem Gegensatz von nationaler Souveränität und sozialer Befreiung und dem Unterschied zwischen revolutionärer Gewalt und Terror zu befassen haben.« Aber ihr Wille, zunächst mal die eigene Geschichte aufzuarbeiten, bleibt sehr schwach, was mit oberflächlichen Argumenten begründet wird: »Unser Wissen über die Gruppe wie über Gerds Verhältnis zu ihr ist begrenzt. Die Verbindungen gehen zurück auf einen Abschnitt unserer Geschichte, unter den wir aus politischen Gründen schon vor etlichen Jahren einen Schlußstrich gezogen hatten. Ob und inwieweit sich die Zusammenhänge in der Zwischenzeit auch dort geändert haben, überschauen wir nicht.« Zu solchen Oberflächlichkeiten steht der hammerharte Schlußstrich unter die antiimperialistische Perspektive der frühen RZ in krassem Gegensatz: »Was ... als Versuch formuliert wurde, eine Antwort auf die weltweite Ungleichzeitigkeit revolutionärer Entwicklung zu finden, war faktisch zugleich die Abkopplung vom hiesigen Sozialprozeß. Es war der Freibrief für eine Praxis, die sich um politische Vermittlung nicht einmal dem Anspruch nach zu bemühen braucht ... Was wir auf internationaler Ebene machten, war nicht die antiimperialistische Dimension dessen, wofür wir in der BRD kämpften, sondern stand in krassem Gegensatz dazu. Wir mußten uns entscheiden.«

Weil sie nicht zu den inhaltlichen Punkten vorstoßen, landen sie dabei, "den palästinensischen Widerstand" allgemein anzuschwärzen, die Ermordung von Gerd Albartus durch die palästinensische Gruppe, mit der er zusammenarbeitete, wird beinahe zu einer Frage von unterschiedlichem Naturell (»daß hier Maßstäbe aufeinanderprallen, die zweierlei Welten entstammen« und weiter unten »daß in einer solchen Welt eine schwule Identität per se auf Argwohn stößt«).

Das Papier bleibt weit hinter dem zurück, was in den 80er Jahren als "neuer Internationalismus" diskutiert und praktiziert wurde: die Möglichkeit der weltweiten Befreiung macht sich nicht an "Bruderorganisationen", Bündnispolitik und Machtspielchen fest, sondern an den weltweiten Ansätzen zu selbstorganisierten Kämpfen.

In Wirklichkeit ist es auch gar keine Auseinandersetzung mit aktuellen Vorstellungen von weltweitem Klassenkampf, sondern ein Sich-Abarbeiten an der eigenen Geschichte. Ersetze überall »palästinensischer Widerstand« durch »antiimperialistische bewaffnete Gruppen in der BRD«: Dann ist es ein wichtiges Papier, das zum erstenmal mit dem Tabu des gläubigen Antiimperialismus bricht, das zum ersten Mal die militärische Ebene mit ihrer hierarchischen Logik problematisiert. Aber die Selbstkritik bleibt auf halben Weg stehen – sie muß erstmal zuende geführt werden. Sie muß dann auch die Ansätze zu einem "neuen Antiimperialismus" einbeziehen. Und schließlich muß Tacheles geredet werden, wie der Bezug auf die hiesigen Sozialprozesse aussehen kann. Hier bleiben sie völlig schwammig: »Wer unsere Praxis in den 80er Jahren verfolgt hat, weiß wie diese Entscheidung ausgefallen ist.« Was ihre Konsequenzen waren, können wir nur erraten bzw. interpretieren.

2) Krise des Bewaffneten Widerstandes

Die Politik der RZ in den 70er bestand sowohl aus internationalistischen Aktionen z.B. Chile, aus Aktionen zu sozialen Konflikten z.B. Anschlag Kaußen (Kölner Miethai), sowie Themen der damals beginnenden Frauenbewegung (Anschlag auf das Bundesverfassungsgericht), Anschläge auf BDI, BDA und IHK. Nach Entebbe 1976 trat eine Pause ein. Seit Beginn der 80er Jahre versuchten die RZ sich stärker auf soziale Widersprüche zu beziehen, was in der Regel über den Transmissionsriemen der Linksradikalen in den Teilbereichsbewegungen versucht wurde: Startbahn, Friedensbewegung, Gen- und Reproduktionstechnologie und die Flüchtlingsfrage, sogar die 35-Std-Woche. Zumindest in der Anti-Akw-Bewegung, der Häuserkampfbewegung und vor allem an der Startbahn West schien das Konzept auch aufzugehen. Die Papiere "Krise, Krieg und Friedensbewegung und Startbahn-West" (Rev. Zorn 81) wurden in diesen Bewegungen breit diskutiert. Es gelang ihnen "die Herze und Köpfe" der Bewegungsaktivisten zu erobern.

Eine zweite Schiene war das Thematisieren der "Flüchtlingsfrage". Hiermit wollten sie zu einem »neuen Ansatz von Antiimperialismus der radikalen Linken beitragen«. Antiimperialismus sei mehr als Solidarität mit den Befreiungsbewegungen: »Unsere Aufgabe ist es, eine imperialistische Politik auf die Klassenfront hier und auf die Rückwirkungen in diesem Land zu beziehen ... So wie die Flüchtlingsbewegungen die Grenzen zwischen dritter und erster Welt überschreiten, muß heute der antiimperiali-

stische Kampf auf die Metropolen zurückbezogen werden«. (Revolutionärer Zorn extra Oktober 1986).

Durch Kampagnen gegen die Einschränkung der Aufenthaltsbedingungen und Lebensverhältnisse der Flüchtlinge, Netze zur Verteidigung von Flüchtlingen, Aktionen gegen Zwangsprostitution und Frauenhandel, Kampagnen gegen Zwangsarbeit und Niedriglohn, Unterstützung illegaler Strukturen von Flüchtlingen, Aktionen gegen Razzien der Ausländerbullen sollte ein faktisches Aufenthaltsrecht durchgesetzt werden.

In der Kampgane der Roten Zora gegen

---

* Gerd Albartus wurde im Januar '77 festgenommen beim Versuch, ein Kino in Brand zu stecken, in dem der Propagandafilm "Unternehmen Entebbe" lief. Aus der Erklärung zum versuchten Anschlag auf das Kino: »Wir haben heute in mehreren westdeutschen Kinos, die den Film 'Unternehmen Entebbe' spielen, Feuer gelegt. Dies soll als Warnung verstanden werden von den Filmverleihern und den Kinobesitzern, die an der rassistischen Hetze verdienen wollen, aber auch als Warnung an die Zuschauer. Dieses Mal haben wir durch Art und Umfang unserer Aktion sichergestellt, daß niemandem etwas geschehen kann. Um vermeidbare Risiken für die Zukunft auszuschalten, fordern wir: Sofortige Absetzung des Hetzfilms...!
RZ/Kämpfer für ein freies Palästina – 3.1.1977«

Adler bündelten sich viele dieser Vorstellungen.
Nach den Verhaftungen am 18.12.87. von Ingrid Strobl und Ulla Penselin und dem Verschwinden einiger Gesuchten griff eine breite Solidaritätsbewegung die "inkriminierten" Themen wie Gen- und Reproduktionstechnologie, Sextourismus, Flüchtlingspolitik stark auf. Allerdings zeigte sich in dieser Kampagne, wie dünn die politischen Vorstellungen der RZ hier waren. Zudem waren sie – personell geschwächt – auch nicht in der Lage, auf diese breite Solidaritätsbewegung einzugehen.

Die **Auflösungserklärung** der Ruhrgebiets-RZ ist an diesem Punkt völlig widersprüchlich. Sie arbeiten heraus, daß sie bereits "vor dem 18.12." in einer politischen Krise waren: »Zwar hatten wir nicht die Hoffnung, daß sich rasche Verbindungslinien zwischen Flüchtlingen und hiesigen proletarisierten Schichten ergeben würden ... Aber wir phantasierten den Willen der Flüchtlinge, in den Metropolen ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum und an existenzieller Sicherheit einzuklagen, als direkten antiimperialistischen Kampf, verbunden mit trikontinentaler Widerstandserfahrung – und damit als ein mögliches Terrain unserer eigenen Politik. Als die Kämpfe in dieser Form ausblieben, auf die wir hätten Bezug nehmen wollen (wobei wir die vielen "reformistischen" Forderungen von Asylsuchenden leicht übersahen), kompensierten wir dies mit der Analyse der staatlichen Flüchtlingspolitik und mit Angriffen auf deren zugängliche Agenturen. Wir machten die Sache der Flüchtlinge zu der unsrigen, ohne auf ihre Subjektivität und Erwartungen Rücksicht zu nehmen, ja ohne sie zu kennen. Diese "Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge" ergab sich scheinbar notwendig....«
»In der Fixierung auf unsere Kampfmethoden verzichteten wir darauf, eine theoretische politische Orientierung zu entwickeln ... in der Propagierung unserer eigenen Kampfmittel [steckte] eher ein Aktionsmodell als eine politische Theorie ... herausragendes Merkmal blieb die Symbolik des Bombenanschlags.«
Trotzdem machen sie das Debakel an der angeblichen "Nicht-Reaktion der Szene" fest. Ihre eigenen politischen Vorstellungen gingen nicht über "freies Fluten" raus. Und daraus wäre eine revolutionäre Perspektive nur herstellbar, wenn sie in den Vorstellungen, Ansprüchen und/oder im Verhalten der hier ankommenden Flüchtlinge angelegt wäre. Beides trifft aber nicht zu.
Und ohne angeben zu können, wie sich diese "Einbahnstraße" in Zukunft vermeiden läßt, ja ohne den Versuch dazu zu machen, geben sie wiederum "Flüchtlinge" als zentrale Kategorie aus: »Erst wenn sich erwiesen hat, daß die albanischen Flüchtlinge in Italien 1991 nur die Vorboten einer Unterminierung der Festung Europa gewesen sind, werden auch hier die Verhältnisse wieder zu tanzen beginnen«. Wenn aber die RZ weder Hoffnung auf ein Zusammenkommen mit den ProletarierInnen hier haben, noch im Verhalten der Flüchtlinge selbst revolutionäres festmachen können, bleibt eben nur die sozialarbeiterische Betreuung oder die "Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge". Keinesfalls läßt sich dann in der Überflutung der "Festung Europa" eine revolutionäre Perspektive vorstellen.
Auch heute ist die Flüchtlingsfrage nicht *der* Ansatz revolutionärer Arbeit. Aber richtig bleibt es, Netzwerke aufzubauen, um Flüchtlinge zu verstecken, Bleiberecht durchzusetzen, Lager zu verhindern....

Absage-Erklärung der Raf
Die Raf bietet in ihrem Papier dem Staat an, ihre Kommandoebene zurückzunehmen, im Gegenzug dazu sollen endlich die Gefangenen rausgelassen werden. Vermischt ist dieser einfache Sachverhalt mit

einer stümperhaften Einschätzung ihrer Geschichte und der allgemeinen politischen Weltlage.
Nachdem fast 20 Jahre lang mit elf Hungerstreiks über öffentlichen Druck die Haftbedingungen der Gefangenen vergeblich angegriffen wurden, ist es legitim, die Freilassung der Gefangenen direkt zu verhandeln. Aber das kann nicht als revolutionäre Politik ausgegeben werden. Die Aktionen der Raf in den letzten Jahren - das Ausschalten einiger Spitzen aus Politik und Wirtschaft - haben Druck gemacht, um Verhandlungen zu ermöglichen. Eine *politische* Diskussion muß aber trennen: die Freilassung auf der einen Seite, das Aufarbeiten der eigenen Geschichte auf der anderen.
Die Raf ist Anfang der 70er Jahre eine – theoretische und praktische – Orientierung für viele Linke und vor allen Dingen für den bewaffneten Widerstand in der BRD gewesen (RZ und 2. Juni). Seit Mitte der 70er Jahre begaben sie sich mit den Raus-Hol-Aktionen (Stockholm, Ponto, Schleyer) in den abgehobenen Krieg mit dem Staat. Die Linke war gespalten in die "Di-

stanzierer" und die "Sympathisanten" – dazu wurden alle, die Verbesserungen der Haftbedingungen durchzusetzen versuchten.
Alles, was uns die Distanzierer immer vorgeworfen haben, gibt die Raf in ihrer Erklärung nun plötzlich zum Besten: »daß wir viel zu wenig auf andere, die hier auch aufgestanden waren zugegangen sind; und auf die, die noch nicht aufgestanden sind, gar nicht«, »daß [wir] nur Angriffe gegen den Imperialismus im Kopf hatten und nicht gesucht haben nach positiven Zielen und gesellschaftlicher Alternative, die schon heute existieren kann. ... Gezielt tödliche Aktionen von uns gegen Spitzen aus Staat und Wirtschaft können den jetzt notwendigen Prozeß im Moment nicht voranbringen, weil sie die gesamte Situation für alles, was in Anfängen da ist und für alle, die auf der Suche sind, eskalieren.« Das galt auch schon die letzten 20 Jahre. Nur hat es die Raf immer einen Scheiß-Dreck interessiert, welche Reaktionen sie durch ihre Politik ausgelöst hat. Die radikale Linke war über Jahre damit beschäftigt, immer zu verteidigen, daß sämtliche Repressionsmaßnahmen des Staates auch ohne die Politik der Raf entwickelt worden wären, sich nicht speziell gegen bewaffnete Gruppen, sondern gegen sämtlichen Widerstand in der BRD richten.
Ansonsten gibt es in diesem Papier keine neuen Erkenntnisse: Nicht erst seit heute gibt es Kämpfe der sozialen Gefangenen gegen Sonderbehandlung und unmenschliche Haftbedingungen – Aktionen gegen Rassismus – Armut – faschistische Tendenzen usw. usf.
Der Kommentar der ZEIT »Der Brief liest sich in seinem letzten Teil... wie das Parteiprogramm einer sehr linken, aber noch verfassungsmäßigen politischen Partei.. Ist das des Rätsels Lösung: der Wunsch nach Rückkehr in die Legalität und ins politische Wirken?« trifft ins Schwarze.
Emile Marensin schrieb in seinem Text "Stadtguerilla und soziale Revolution" schon 1972: »Daraus erklärt sich, daß heute, in unseren Gesellschaften, wo sich tatsächlich die neuen Probleme stellen, die Leninisten versuchen, sich in den am weitesten zurückgebliebenen Schichten zu verwurzeln, die der Kapitalismus aufs Abstell-

gleis gestellt hat: die Gastarbeiter, die Alten, die Gefangenen, die rassischen oder sexuellen Minderheiten, kurz, alle Bereiche, wo noch die revolutionären Beweggründe der Vergangenheit überleben. Darum gleichen die Leninisten immer mehr Pfaffen oder SozialarbeiterInnen. Sie sind außerhalb des wirklichen Ablaufs, außerhalb des Lebens, außerhalb der wirklichen Bewegung des Kommunismus. Sie suchen im Müllhaufen der Geschichte den Fraß für ihr Überleben.«

3) Mythos 2: Der "Bewaffnete Kampf"

Klassenkämpfe scheren sich nicht um Legalität, wo es nötig ist, wird ein Kapo auch mal verprügelt, eine Maschine sabotiert usw. Auch die Bewegung hat Ende der 60er Jahre laut, massenhaft und öffentlich über revolutionäre Gewalt diskutiert. Raf, 2. Juni und später RZ sahen sich als Teil einer breiten Bewegung an den Unis, in den Schulen, in den Betrieben, bei den Lehrlingen, die aus vielen verschiedenen Gruppen und Organisationen zu Knast und Psychiatrie, zu Häuserkampf, Sanierung, Vietnam etc. bestand – bis hin zu den vielen Miniparteien oder Parteiaufbauorganisationen. Die Raf hatte sich aber aus diesem Gewimmel ganz deutlich rausgestellt, sie behauptete, es sei unmöglich, tagsüber "Basisarbeit" zu machen und abends bewaffnete Aktionen – Voraussetzung für den Aufbau der Guerilla sei das Sich-Illegal-Machen. In dieser Vorstellung gibt es dann zwei Sphären: die "gewöhnlichen" Kämpfe und die bewaffnete Speerspitze – die Radikalität der Kämpfe wird oft mit ihrer Militanz verwechselt, international orientiert man sich an Gruppen, die "schon" bewaffnet kämpfen usw.
Auch im Ansatz der RZ war ein ganz ähnlicher Denkfehler: Die hauptsächliche Grenze der Massenbewegungen sahen sie fälschlicherweise in der staatlichen Repression. Diese Blockierung sollten dann kleine bewaffnete Kerne aufbrechen. Aber beide Guerillagruppen gerieten lange bevor diese falsch bestimmte Dialektik zu den Massenkämpfen in die Krise kam, in eine Eskalation hinein, der sie nicht gewachsen waren: bei der RZ endete das 1976 im Desaster von Entebbe, bei der Raf war nach der breiten Verhaftungswelle 1972 im deutschen Herbst 77 schon der zweite Anlauf steckengeblieben. Indem sie sich an der Frage des Rausholens der Gefangenen auf diese Eskalation einließen, trugen die bewaffneten Gruppen dazu bei, daß Militanz als etwas von den Massenkämpfen Abgehobenes gesehen wurde.
Nur mit diesem Getrenntsein von gesellschaftlicher Wirklichkeit und der Abwesenheit breiter politischer Debatten lassen sich die Debakel-Aktionen der letzten Jahre erklären, mit denen die bewaffneten Gruppen ihr Ende einläuteten: Die Raf verlor schon relativ früh jedwede moralische Skrupel, als sie den GI Pimenthal töteten, weil sie seinen Ausweis brauchten. Im Golfkrieg beschossen sie dann die amerikanische Botschaft in Bonn – und damit gleichzeitig die Friedenswache. Zur gleichen Zeit versuchte eine RZ, die Siegessäule in Berlin vom Podest zu bomben. Beides hirnrissige Anschläge, die auf der einen Seite das Leben Unbeteiligter gefährdeten und auf der anderen Seite völlig inadäquat blieben als Interventionen gegen den Golfkrieg. Der Berliner Baustadtrat Klein wurde mit einer Briefbombe getötet. Als eine RZ aus dem "Traditionszusammenhang" zu diesen Anschlägen sehr kritisch äußerte, wurde das Papier von denen, die es kritisierte, als patriarchalistisch zurückgewiesen, weil es locker in die Form eines Treffen von drei alten Freunden gekleidet war.
Selbst die Auflösungserklärung der Ruhrgebiets-RZ sitzt dem eigenen Mythos auf, wenn sie die "Nichtreaktion der Szene" auf ihre Enteignung der Zigeunerakten in der Kölner Anlauf- und Beratungsstelle nur damit erklären können, daß ihnen die Szene nicht mehr folgt. Dabei befand sich ein großer Teil der Unterlagen schon längst in den Händen der legalen Gruppen – man kann Akten ja auch einfach klauen. Sie ziehen auch nicht den Schluß, daß eine Aktion, die nicht mit breiten politischen und sozialen Prozessen verbunden ist, beliebig wird, im Gegenteil scheinen sie von einem Automatismus "bewaffnet ist vorne" auszugehen, der auftretende Probleme als "Vermittlungs- und Resonanzprobleme" abtut. Das steht im Gegensatz zum Anspruch, den sie (endlich!) formulieren, auch die "Mittel revolutionärer Politik" neu diskutieren zu wollen.
»Jede Gruppe, die beansprucht, revolutionäre Politik zu machen und sich nicht zu der jeweiligen Klassenzusammensetzung und ihren Kämpfen in Bezug setzt, bleibt zwangsläufig ein Selbstläufer und läuft sich irgendwann zu Tode. Bewaffnete Politik verkommt dann – auch wenn es absurd klingt – zur individuellen Überlebensstrategie.« (Kritik von "ex-RZlerInnen" am Auflösungspapier)

4) Der gute Mythos: Gegenmacht

Die Raf machte von Anfang an einen (Qualitäts-)Unterschied zwischen bewaffneten Aktionen der Guerilla und anderen politischen Aktivitäten. Daraus begründeten sie ihren Avantgarde-Anspruch.
Die RZ entstehen als Verbindung zweier politischer Linien: einer Spontilinie von Gegenmacht und einer recht traditionellen Vorstellung, die zwar etwas anders formuliert wurde als von der Raf (»Dem Volke dienen«), aber im Grunde auf das gleiche rauslief, selbst die politische Begründung durch die Faschismustheorien Glucksmanns war die gleiche (»Erst bei einer Vervielfachung der Aktionen werden sie ihre erzieherische Wirkung haben«. »Warum wartet ihr auf die Einnahme des Innenministeriums durch faschistische Banden, während das Innenministerium dieses Land einnimmt und besetzt!«). Ihre Vorstellungen von Gegenmacht beschrieben sie in Revolutionären Zorn Nr. 1 (1975) so: »Was wir wollen, ist die Gegenmacht in kleinen Kernen organisieren, die autonom in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, kämpfen, intervenieren, schützen, die Teil von der politischen Massenarbeit sind. .... Widerstand heißt: über jede Form des Reformismus, der Arschkriecherei und des Anbiederns an dieses System hinauszugehen. Das fängt an, wo man lebt und arbeitet. Am Arbeitsplatz, wo man sich durch Maschinenausfälle gegen die Arbeitshetze wehren kann; geht über kleinere und größere Brände bei Firmen, über Streiks, Fabrikbesetzungen, Demonstrationen, über Angriffe auf die Institutionen der gegen das Volk "Regierenden" und der Unterdrücker, bin hin zu Bestrafungs-, Rache- und Befreiungsaktionen.«
Etwas böswillig dargestellt war Gegenmacht also die naive Vorstellung, daß zur selben Zeit im selben Stadtteil 100 Leute schwarzfahren, 50 Ladendiebstahl machen, 10 Flugblätter verteilen, 2 Rockbands im autonomen Zentrum üben, 50 noch ein Haus besetzen und 7 Arbeiter in einer Fabrik Sabotage begehen, einige Zellen die Fahrkartenautomaten außer Kraft setzen. Aus dieser "Gegenmacht" entsteht revolutionärer Widerstand durch moralische Sauberkeit: kein Arschkriechen, kein Anbiedern, kein Reformismus. Die Leerstellen in der Analyse und im politischen Vorschlag werden durch moralischen Rigorismus aufgefüllt. Die damaligen Spontiszene übersetzte diese Gegenmachtkonzepte politisch in "Freiräume des Arbeitens und Lebens schaffen" und materiell in den Aufbau von hunderten Alternativbetrieben.

[Wie ja überhaupt das spezielle Aktionsmodell der RZ und ihre verschiedenen politischen Linien den jeweiligen existentiellen Entscheidungen ihrer Militanten breitesten Raum ließ: vom Aufgehen im palästinensischen Widerstand bis zur akademischen Karriere...]

Anfang der 80er Jahre entwickelte sich die diffuse Guerilla in der ursprünglichen Absicht der RZ »Schafft viele Revolutionäre Zellen!«, hunderte von Anschlägen mit den unterschiedlichsten Unterschriften, aber auch neue RZs entstanden. Aber nun zeigte das Modell seine ganzen Schwächen: Es kam zu groben Ungenauigkeiten bei bewaffneten Anschlägen. Es gab seitenlange, ideologietriefende Erklärungen zu Anschlägen, die das System nicht mal am Lack kratzten. Im Gefolge der größten diffusen Guerillabewegung, dem Strommastsägen kam es zu Verhaftungen und regelrechten Aussageexzessen, die meines Wissens bis heute nicht politisch aufgearbeitet wurden. An der Startbahn wurden zwei Bullen aufs Geratewohl erschossen.... Im Nachhinein läßt sich feststellen, daß der "bewaffnete Kampf" in der BRD bisher relativ exklusiv geblieben ist – und man muß sagen: zum Glück!

5) Mythos 4: Die Teilbereichsbewegung an und für sich

Was dem Leninisten der vorgebliche Trade-Unionismus der Arbeiterklasse ist dem Autonomen seine Teilbereichs-Sichtweise der Dinge. In den letzten zehn Jahren wurden mehrere hundert Tonnen Papier bedruckt mit "Kritik an den Teilbereichsbewegungen", Überlegungen, wie diese zu "vernetzen" seien usw. Was die autonomen Kritiker dabei ganz übersehen haben: es gibt keine Teilbereichsbewegung mehr – außer ihnen selbst, die sich für die Teilbereiche: Antifaschismus, Antipatriarchalismus, Antirassismus usw. usf. (je nach Konjunktur) einen Alleinvertretungsanspruch zubilligen. Was ist denn eine TB? Die Menschen in Wyhl, die gegen den Bau eines AKW gekämpft haben, Brokdorf, Wackersdorf – aber bereits bei diesen Beispielen stimmt es auf der Ebene der Menschen nicht so ganz: die Leute in Wackersdorf haben in der Mobilisierung gegen die WAA alle möglichen Sachen thematisiert; die Kategorie "TB" trifft eigentlich immer nur auf die Politspezies zu, die sich ein ganz bestimmtes Thema vornehmen (oft mit Scheuklappen und oft mit dem Versuch, theoretisch die Zentralität genau ihres Themas zu beweisen). Aber die ganze Auseinandersetzung darüber findet seit Jahren im luftleeren Raum statt: wo sind denn noch Teilsbereichsbewegungen – die letzte, thematisch wirklich eng begrenzte Bewegung war die mittelständische Friedensbewegung gegen die Mittelstreckenraketen. Und auch die autonome Szene ist nicht mehr in Teilbereichen aktiv (wie es etwa in Revolutionärer Zorn Nr. 1 entworfen wird; s.o.), sondern nur noch in Kampagnen (hat also eine Politikform absolut gesetzt, die wir an der Friedensbewegung noch als bürgerlich kritisiert hatten).

Teilbereichsbewegungen sind das Kleingeld der autonomen Gegenmacht-Entwürfe, der selektive Zugang zur Welt.....

Seit Mitte der 80er Jahre reiben sich die aktuelle Gegenmachtvariante des "antipatriarchalen Kampfs" und ein dünner werdendes Rinnsal der Überbleibsel "sozialrevolutionärer Ansätze" innerhalb der RZ aneinander.... Wobei aber auch "sozialrevolutionär" immer weniger bedeutet, sich auf soziale Prozesse zu beziehen und immer stärker in die Richtung geht, aus den eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen heraus Aktionen zu machen und die Frage nach der Revolution völlig in den Hintergrund zu schieben.

6) Revolution in den Metropolen

Die 70er Jahre waren in breiten Schichten der Gesellschaft gekennzeichnet von der Diskussion über Veränderung. Veränderung in Familienstrukturen, in Arbeitsverhältnissen, Abschaffung des Geldes, des Eigentums, "freie" Gesellschaftsformen, Revolution waren die Themen. Kommunen und Wohngemeinschaften waren das neue Modell des Wohnens, das Mittel, um aus den Kleinfamilien auszubrechen. Man lebte nicht nur zusammen, sondern man kämpfte zusammen, es gab den Ansatz von Abschaffung des Privateigentums, der eigenen Zimmer. In den Betrieben wurde offen über Ausbeutung, die Aneignung der Produktionsmittel und die Abschaffung des Kapitalismus geredet. Wir wollten nicht, wie dann später und noch heute propagiert, Sand im Getriebe sein, sondern dieses Systems stürzen und in anderen Gesellschaftsformen leben. Diese Perspektive fehlt in der heutigen politischen Arbeit vollkommen, "politisch Aktive" weigern sich sogar, darüber zu diskutieren. Aber wenn das Ziel unseres politischen Kampfes nicht Revolution und Befreiung ist, warum machen wir es dann: Freizeitbeschäftigung? aus schlechtem Gewissen?

Im Mai 1968 hauptsächlich durch die Ereignisse in Frankreich stand seit langem mal wieder die Frage nach der Revolution in den Metropolen auf der Tagesordnung. Als die Verhältnisse in Frankreich ins Tanzen gerieten, gab es auch in der BRD eine breite, radikale Bewegung. Zum ersten Mal

seit Jahrzehnten entstand wieder ein Gefühl dafür, daß Revolution auch in den Metropolen möglich ist. Dieser Gedanke war Motor für eine breite Bewegung gegen das kapitalistische System.
Aber in der BRD hatten nur ganz wenige politische Gruppen eine Vorstellung davon, wie aus den breiten Bewegungen die Revolution entstehen könnte. Bald begannen die K-Gruppen, ihre Hoffnungen auf eine "Arbeiterklasse" zu stützen, die so vielleicht vor 100 oder 50 Jahren existiert hatte (wahrscheinlich aber nur in ihren Köpfen). Die anderen stellten ab auf Antiimperialismus, "die Städte vom Land her einkreisen", "Solidarität mit den Befreiungsbewegungen und den jungen Nationalstaaten" usw. Aus dieser Perspektive heraus wurde bis heute eine Politik betrieben, die für Revolution in den Metropolen keinerlei Berechtigung sah. Sie sollte in den Ländern der 3. Welt (der Osten hatte "seine sozialistische Revolution" schon) stattfinden. Für die Metropolen waren unterstützende Aktionen vorgesehen. Das imperialistische System sollte auch hier getroffen werden, aber als Unterstützung für die Befreiungsbewegungen.
Diese Politik ist kläglich gescheitert. Der sozialistische Osten ist an seinen inneren Klassenwidersprüchen zerbrochen, die wenigen noch existierenden kommunistischen Staaten haben mit Auflösungsproblemen zu kämpfen. Die an die Macht gekommenen Befreiungsbewegungen haben die Ausbeutung "ihres" Volkes zum Teil verschärft fortgesetzt wie in Mosambik, zum Teil zerreiben sie sich untereinander wie in Äthiopien, die Sandinistas wurden gar abgewählt... Die Zahl der Befreiungsbewegungen hat sich extrem reduziert. Die "freie Marktwirtschaft" hat sich weltweit durchgesetzt.
Heute drängt sich wieder die Grundfrage aller revolutionären Bewegungen auf: die nach der "Revolution im Westen", der Revolution im Innern der kapitalistischen Metropolen.
Daß so viele Menschen aus der ehemaligen Zweiten und der ehemaligen Dritten Welt hierherzukommen versuchen, unterstreicht gerade nochmal die Zentralität der Frage nach der Revolution hier!
Diese Frage ist aber ganz banal eine Frage nach Mehrheiten: wir können uns eine Revolution im emanzipatorischen Sinn nicht als Sache von Minderheiten vorstellen. Und das heißt wiederum die Frage nach dem (möglichen) Subjektsein der Menschen hier. Im Auflösungspapier der RZ steht: »Die Kämpfe und Aneignungsformen im proletarischen Spektrum, in den Subschichten der jugendlichen ImmigrantInnen, der sozial entrechteten Frauen, der Opfer der Deregulation im Osten, erscheinen uns bisher undurchschaubar, weil wir mit Bildern konfrontiert werden, in denen wir das Wesen der Emanzipation der Klasse nicht erkennen, und weil unser analytisches Instrumentarium nicht ausreicht, um hinter den Erscheinungsformen die Bedeutung der Kämpfe zu entziffern. Es bleibt also nichts anderes übrig, als sich dem historischen Prozeß zu stellen, ohne auf die hierarchisch-patriarchalischen, anti-kommunistischen Politikmuster und Organisationsmodelle zurückzugreifen und ohne vorschnell neue Ideologien zu produzieren, die der völlig offenen Situation schon wieder ein Korsett anpassen und vorhandene Widersprüche zugunsten einer monokausalen Weltsicht glätten würden.« Ironischerweise tun sie genau das: die Menschen im Osten erscheinen ihnen nur als "Opfer"! Und in der Aufzählung kommt es auch auf die Auswahl an: die vielen Kämpfe von Lohnabhängigen kommen nicht vor! Sie zeigen also ganz richtig das Unverständnis der Linken gegenüber den aktuellen Umwälzungen auf – tun das aber in Begriffen, wo die Menschen als Subjekte nicht vorkommen.
Aber die Frage danach, wo sie es sind und wie sie es werden können, ist die zentrale Frage auf dem Weg zur Revolution.

Lotta Armata

Stefan Seifert
Edition ID-Archiv

»Es ist nichts da, woran wir anknüpfen, worauf wir uns historisch beziehen, was wir organisatorisch oder im Bewußtsein des Proletariats voraussetzen könnten, nicht einmal demokratische, republikanische Traditionen.« Dieses Zitat der RAF-Gefangenen von 1975 auf der Umschlagseite des Buches hat den Autor offensichtlich beeindruckt. Er versucht daher im vorliegenden Buch ständig zu beweisen, daß die Roten Brigaden traditionsreicher, im Proletariat verankerter, massenhafter, kurz: besser als die RAF waren.
Die Roten Brigaden entstanden an einem Schnittpunkt der Arbeiter- und Studentenbewegung als marxistisch-leninistische Organisation. Der Bruch der BR mit dem klassisch-kommunistischen Positionen zeigte sich z.B. in ihrer Ablehnung des Zwei-Phasen-Modells, wie es in jedem KP-Programm verankert war: zuerst Agitation und Propaganda, dann der bewaffnete Aufstand. Die BR lehnten es auch ab, die Staaten des Realsozialismus als Hinterland für ihren Kampf zu benutzen – eine Positon, die wieder Aktualität erlangt hat. Die ersten Jahre verbrachten die BR mit kleineren Sabotageaktionen in Mailänder und Turiner Großbetrieben, der *bewaffneten Propaganda*. Dazu kamen kurzfristige, rein propagandistische Entführungen von Managern und Personalchefs, die bald daruf wieder freigelassen wurden. Die BR erklärten dazu, es bringe nichts, auf exemplarische Aktionen eines "Samurai-Kerns der Arbeiterklasse" zu setzen.
Ab 1974 verschwand der direkte Bezug auf die Fabriken. Stattdessen suchten die BR die direkte Konfrontation mit dem Staatsapparat, indem sie Richter und Staatsanwälte entführten. Sie begründeten dies damit, daß sie nicht auf der Ebene des Fabrikkampfs stehenbleiben dürften, sondern direkt die »Machtfrage« stellen müßten. In Wirklichkeit versuchten sie aber, auf der Ebene der »hohen Politik« mitzumischen.
1976 wird zum ersten Mal ein tödliches Attentat ausgeführt: auf den Genueser Staatsanwalt Coco. Für die BR ist damit die Phase der »bewaffneten Propaganda« beendet, sie wird abgelöst durch den *Angriff auf das Herz des Staates*. Es entsteht eine Eigendynamik zwischen Anschlägen auf Funktionäre von Staat und DC, Verhaftungen und Erschießungen von BR-Aktivisten.
Die 77er Bewegung – auf die in einem Exkurs eingegangen wird – verändert die politische Landschaft und führt zu einer höheren Konfliktebene, die aber »nicht Ausdruck gesellschaftlich stabiler Macht

waren, sondern Ergebnis der Entschlossenheit, der Wut und des Hasses ihrer Protagonisten«. Das schnelle Scheitern der Bewegung machte es den BR ziemlich einfach, massenhaft Jugendliche für ihre Organisation zu rekrutieren. Die BR schloß daraus, daß »sich tatsächlich eine Bewegung des bewaffneten Widerstands gebildet hat, die obwohl in tausend verschiedene Rinnsale partieller Widerstandsbewegungen verteilt, aufgrund ihrer Intensität und politischen Reife die Voraussetzungen zum Bürgerkrieg geschaffen hat«. Da dies aber kein spontaner Prozeß sein könne, sei so schnell wie möglich »die proletarische Bewegung des Widerstands im Aufbau der Kämpfenden Partei zu entwickeln und zu einen.« Stefan Seifert meint dazu, die BR »entsprachen weder der Lage und dem Antrieb der bewaffneten Jugendlichen, noch gingen sie auf deren grundsätzliche Kritik an ihrer Kampfform ein«.
Mit der Moro-Entführung wollten die BR »den Angriff auf das Herz des Staates« auf die Spitze treiben, wurden aber stattdessen selbst zum Werkzeug rivalisierender Fraktionen der DC und des Staatsapparats. Anstatt den Historischen Kompromiß zu verhindern, stärkten sie gerade die DC, die es verstand PSI und PCI, die Befürworter bzw. Gegner von Verhandlungen waren, gegeneinander auszuspielen. Die harte Haltung hatte der BR jeglichen Spielraum genommen, so daß ihnen auch bei der Ermordung Moros das Handeln von der Gegenseite diktiert worden war.
An der Oberfläche allerdings schienen die BR ihren größten Erfolg erzielt zu haben: die Organisation stieg weiter an, die Aktionen weiteten sich aus, aber es handelte sich lediglich um ein Strohfeuer. Die Repression des Staates konnte daher in den nachfolgenden Jahren relativ schnell greifen, u.a. mit Hilfe von direkter Folter.
Nun begannen die internen Diskussionen über Militarismus, es wurde kritisiert, daß viele Aktionen zur Selbstlegitimation verkommen seien. Es gab Fraktionierungen, und bald konnte nicht mehr von einer einheitlichen Organisation gesprochen werden. In diese Kerbe hieb das 1980 verabschiedete Kronzeugen-Gesetz, das die Krise der BR voll ausnutzte. Die aktionistische Offensive 1981 versuchte noch einmal, die Krise zu überdecken, doch Ende des Jahres brachen die BR endgültig auseinander.

Der leicht verklärte Blick des Autors auf die »in der Klasse verankerten Roten Brigaden« bestimmt den Grundtenor des Buches. Doch es ist besser, als dieser erste Eindruck vermuten läßt. Es ist die bisher einzige zusammenhängende Darstellung der Geschichte der Roten Brigaden in deutscher Sprache.

Der Verleger

Nanni Balestrini
Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg

»es gibt da die beiden großen Wendepunkte zwei Scheidewege der Tod des Verlegers und später die Entführung Moros der erste schafft ein neues Bewußtsein markiert den Beginn eines neuen Prozesses durch einen Bruch mit revolutionären Traditionen wie der der Partisanen und der alten Arbeiterklasse die nun verbraucht waren während ein anderer verrückter historischer Zyklus beginnt die tiefgreifende Veränderung der Arbeit der Aufbau einer vollständig veränderten persönlichen und kollektiven Subjektivität beginnt es ging also von einer Geschichte zu einer anderen Geschichte von einer Subjektivität zu einer anderen und das Klassenbewußtsein verschwindet und es entsteht die dezentrale Kollektivität zumindest sagten wir das damals so«

»Genau hier erfolgt der Übergang von einer Form des Widerstands gegen die Konterrevolution gegen den Staatsstreich die eine Form ist die den Jugendlichen der Bewegung nicht mehr reicht geht man dazu über die Gesellschaft radikal und gewaltsam verändern zu wollen also die Revolution zu machen all das bricht nach dem Tod des Verlegers unter dem Strommast dramatisch hervor nicht nur als Theorie und Projekt sondern als alltägliche Praxis diese Komplexität bricht hervor und es verbreitet sich dieses Gemisch dieser explosive Molotowcocktail aus Erfahrungen die alle auf eine revolutionäre Veränderung zielen«

»die Autonomia entsteht vor diesem Hintergrund sie entsteht indem sie sagt der Antifaschismus ist nicht das Problem den Antifaschismus setzen wir voraus das wahre Problem ist in dieser zweiten Phase die Konfrontation innerhalb der Linken nach dieser Wende die nach dem Tod des Verlegers eintritt überall beginnt sich die Revolution zu dezentralisieren es gilt in Beziehung zur eigenen kollektiven Zugehörigkeit etwas zu riskieren es beginnt damit daß alle Widersprüche der Widerstand die Revolten dort wo sie entstehen angeregt und unterstützt werden und damals hörte niemand auf die BR die das alte Revolutionsmodell des monolithischen politischen Zentralismus verfolgten und keine Beziehung zu dem Widerstand zu dem Durcheinander hatten das dabei war sich zu entfalten«

Eine andere Art der Rekonstruktion von Geschichte ist der neue Roman von Balestrini »Der Verleger«. Anhand der Person von Giangiacomo Feltrinelli wird die Debatte zu Beginn der Siebziger Jahre dargestellt. Der Tod Feltrinellis beim Versuch, einen Strommasten in der Peripherie Mailands in die Luft zu sprengen, macht die Widersprüche in der Linken offensichtlich: auf der einen Seite, diejenigen, die sofort die Mordthese aufstellen, um in ihrem Weltbild die "reine Weste" der Bewegung aufrechtzuerhalten und die Gewalt dem Staatsapparat zurechnen; auf der anderen Seite die Bewegung, die längst die Legitimität der revolutionären Gewalt vertritt. Doch auch in diesem Lager bestehen heftige Widersprüche.
Feltrinelli steht für den Schnittpunkt zwischen der alten Geschichte der »verratenen« Resistenza, dem beginnenden bewaffneten Kampf und der autonomen Bewegung der ArbeiterInnen und Jugendlichen darstellen. Er selbst versucht das Partisanenkonzept, leicht »aktualisiert« durch die Erfahrungen der lateinamerikanischen Guerilla, in die Siebziger Jahre hinüberzuretten, wo doch die damals aktuellen Kämpfe diese Geschichte bereits hinter sich gelassen hatten. Es wird klar, wie sehr sein Kampf gegen die staatliche Strategie der Spannung zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie wird, während sowohl die ArbeiterInnenkämpfe als auch die Jugendbewegung diesen alten Antifaschismus der Resistenza überwunden und die soziale Revolution auf die Tagesordnung gesetzt hatten. Die Widersprüchlichkeit der Person Feltrinellis, ein Großbürger, der Revolution spielt – wie die verschiedenen Nachrufe der italienischen Presse hämisch anmerkten – steht hier für die Widersprüchlichkeit der revolutionären Bewegung selbst.

Zu diesen Büchern empfehlen wir noch:
Rote Brigaden: Fabrikguerilla
erhältlich bei Sisina Berlin
Die BR-Kolonne Walter Alasia erzählt ihre Geschichte ihrer Reorganisation 1980-81. Dazu die Kritik des historischen Kerns der BR am "bewaffneten Reformismus".

atom

Nr. 38 April/Mai 92

Aus dem Inhalt :

- **Atom-Renaissance**
  - Neues Atomgesetz - neuer Energiekonsens?
  - Der Jahrhundertvertrag - Neues Märchen von Kohle und Atom
  - Europäische Energiecharta zur Kolonialisierung des Ostens
- **Schacht Konrad**
  - Einwendungsverfahren u. Mobilisierung
  - GÖK über Atomtransporte
- **Gorleben**
  - 15 Jahre Widerstand
  - Polizei will "vorbeugen"
- **Greifswald**
  - Bundesweites Atommüll-Lager?
- **Leukämie in der Elbmarsch**
  ist das AKW Krümmel schuld?
- **Weltwirtschaftsgipfel**
  Anfang Juli treffen sich die G7-Staaten zum Weltwirtschaftsgipfel in München. Widerstand ist angesagt
  - Gegengipfel 6.-8. Juli in München
  - Geschichte und Funktion der Gipfeltreffen
  - "One World" und Nationalismus
  - Militarisierung der Ökologischen Frage
- **Uranabbau**
  - Nuklearer Kolonialismus
  - Rössing-Mine: Katastr. Zustände
  - "Altlasten" in Frankreich
- **Was gibt´s sonst noch**
  - Hilfe für Tschernobyl-Opfer
  - Frühjahrskonferenz in Münster
  - Kriminalisierung: Münster

Die atom erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 5 Mark (+ Porto), Abo für 5 Ausgaben 30 DM Ab 4 Ex. 3,50DM (+ Porto)

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109,
2120 Lüneburg

neu:

die Zeitschrift
über das Baskenland.

ua. in der aktuellen Nr:
1992: Great Fiesta
Diskussion: Bewaffneter Kampf
Hitlers Kreuzzug in Euskadi
Die Folkmusiker OSKORRI
Interview mit Europarlamentarier

Erhältlich im Abonnement
für mindestens 30 DM.
Oder in gut sortierten
linken Buch & Infoläden.
Probenummer gegen
5 DM-Schein

Bestellungen an:

EUSKADI INFORMATION
Postfach 7323 CH - 8023 Zürich

BREMER kassIBER

stadtzeitung für politik, alltag, revolution

- Folter an Flüchtlingen
- Newroz in Kurdistan
- "Drei zu Eins" - Diskussion
- 500 Jahre Widerstand - 500 Jahre Kolonialismus
- Internationales
- Repression

kassiber Nr. 18
April/Mai 1992

ABO: 6 Ausgaben DM 25,- in Scheinen oder Briefmarken (keine Schecks!)

VzVuN
St. Pauli Str. 10
2800 Bremen 1

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit
Nr.1/92 enthält u.a.:

Flüchtlinge in Norderstedt, Skins und Gewalt, Kurden zwischen Saddam und Neuer Weltordnung, Anti-Herrschaftliche Tendenzen in China gestern und heute, Theorie und Praxis von Class War, Der Ort der Geschlechterdifferenz, Anarchistenpresse vor 1933 in Österreich-Ungam, Diskussion um Anarchismus heute, Teil 3 uva. 72S., 7.-DM

Trotzdem ★ Verlag Neuerscheinungen

Janet Biehl: Sozialer Ökofeminismus und andere Aufsätze

Biehls Ansatz betont die Bedeutung des gesellschaftlichen Gefüges für das Leben von Frauen ohnealles in einer deterministischen Abhängigkeit zu sehen. Der soziale Ökofeminismus fordert einen Feminismus ein, der sich am politischen Handeln orientiert und nicht an Mythen prähistorischer Matriarchate oder Göttinnen-Kulten. 88S., 14.-DM

Noam Chomsky, Joel Beinin, Howard Zinn u.a. Die Neue Weltordnung und der Golfkrieg

Aufsätze zu den Hintergründen des Golfkrieges und zur US-Außenpolitik: *Noam Comsky:* Media Control (Desinformation und Golfkrieg), *HowardZinn:* Macht, Geschichte und Kriegsführung, *Joel Beinin:* Über die Ursachen des Golfkriegs, *Noam Chomsky:* Die Neue Weltordnung. Weitere Beiträge von Michael Emery und Craigh Hulet, 130 S., 16.-DM.

Trotzdem Verlag
PF 1159
D-7043 Grafenau/Württ.
Tel. 07033-44273
Fax 07033-45264

Das Jahr 1992 wird als Stichdatum für 500 Jahre der Ausbeutung und Unterdrückung der südlichen Halbkugel "gefeiert". Daß das nicht nur für den von Columbus entdeckten Kontinent gilt, zeigt dieses Buch.
Afrika gilt heute als der Hunger- und Krisenkontinent: Hungerkatastropher und latente Fehlernährung, Bürgerkriege, Cliquenwirtschaft und korrupte Regimes, chronischer Bildungsnotstand. Kaum Informationen gibt es über die alltägliche soziale und ökologische Zerstörung, die mit der selektiven Integration Afrikas in den Weltmarkt einhergeht.
Dieses Buch beschäftigt sich mit den sozialen, ökologischen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Großprojekten im Minen- und Agrarsektor, der Ausbeutung von Mensch und Natur für den Reichtum der "Ersten Welt", der Vernichtung des Regenwaldes, der Frage von Reparationszahlungen für 500jährige Unterdrückung ... etc.
21 Autorinnen aus Afrika, Europa und den USA schreiben zudem über aufkeimenden Widerstand und erfolgversprechende Alternativen zum gegenwärtigen Entwicklungsmodell.

Afrika - der vergessene Kontinent?,
ISBN 3-928300-09-1, 258 Seiten, 19,80 DM

Bestellungen an:
AKAFRIK, Albersloher Weg 27
4400 Münster
oder
UNRAST-Verlag, Querstr.2,
4400 Münster

ak...

... damit das Kapital nicht das letzte Wort behält

Seit 20 Jahren berichten, dokumentieren und kommentieren wir u.a.:

- Nazi-Terror und alltäglichen Rassismus
- Klassenjustiz
- die Situation nach dem Zerfall der Sowjetunion
- den Kampf gegen § 218
- die Frauenbewegung in Ost und West
- Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt"
- Linke Debatte um das Ende des „realen Sozialismus" und die Folgen ... und ...

Der ak erscheint vierwöchtlich im 20. Jahr. Er kostet DM 6 und ist in allen linken Buchläden und gut sortierten Zeitschriftenläden erhältlich. Oder direkt bei der

Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36
Tel. 040 / 43 53 20

Der ak kostet im Abonnement: jährlich DM 72; halbjährlich DM 38
Für Abonnentinnen in der (ex-)DDR: jährlich DM 60; halbjährlich DM 33
Einzelbestellungen: DM 6 + DM 1 Porto
Kostenloses Probeexemplar bestellen!

PARTISANEN & soziale bewegungen und sozialismus im 20. jahrhundert im neuen AURORA BÜCHER-INFO FRÜHLING 1992.
eine überraschende zusammenstellung von über 160 titeln, die bestellt (und gelesen?) werden können. natürlich werden auch in den rubriken anarchie, frauen, philosophie und krimis wieder herausragende publikationen angeboten.
das info gibt es immer noch umsonst und kann beim »aurora buchversand« angefordert werden, oder in der »buchhandlung oh★21« abgeholt werden.
das info ist eine gemeinschaftsproduktion vom: **aurora buchversand • knobelsdorffstr. 8 • 1 berlin 19 • tel.: 030-322 71 17**
und der:
buchhandlung oh★21 • oranienstr. 21 • 1 b 36 • tel.: 030-615 22 26

Foto rechts: Die Stadtreinigung hatte am 2. Mai alle Hände voll zu tun, um die Spuren der Kreuzberger Mai-Krawalle zu beseitigen. Der Einsatz war durch eine Notdienstvereinbarung geregelt.

BEIM EINKOMMEN DRANBLEIBEN

ötv

außerdem:

Interviews zu den Streiks in Deutschland – Stahlarbeiter, Postler, LehrerInnen...
neue Schichten im Kampf: BankarbeiterInnen
Zum BASF-Skandal in Ludwigshafen
BusfahrerInnenstreik in Madrid
Asturien zur Stunde des Requiems
Ungarn: 50.000 Krankenschwestern im Kampf
Interview zur Lage in Kurdistan/Türkei
Briefe aus: Griechenland, Schweden, Frankreich